

4. Hegemonie- und Diskurstheorie als Werkzeugkasten für politische Analysen

Nachdem zuvor der Forschungsgegenstand der GB und seine zu betrachtenden Handlungsebenen und die Akteur*innenstrukturen und -konstellationen vorgestellt wurden, werden in Kapitel 4 nachfolgend die Forschungsrichtung der Diskursanalyse als neues Instrument für die Erziehungswissenschaft, die damit verbundene Neukonzeption der Frage nach Identität sowie der umfangreiche Werkzeugkasten der hegemonietheoretisch gefassten Form der Diskursanalyse nach Laclau und Mouffe, dargelegt. So gesehen wird in diesem Kapitel die theoretische Einbettung und die theoretischen Konzepte herausgearbeitet, anhand derer der Gegenstand der GB im Rahmen einer Fallstudie (Kap. 6) untersucht werden soll.

Dazu wird zuvorderst der »Cultural Turn« und dessen Politisierung durch die Cultural Studies unter 4.1 beschrieben, wodurch eine Hinwendung zu theoretischen Konzepten wie Diskurs, Artikulation und Hegemonie ermöglicht wurde. Diese theoretischen Konzepte hatten Auswirkungen auf die Möglichkeiten von Forschungspraxis in der Erziehungswissenschaft. Zur Verortung der hier spezifisch zur Anwendung kommenden Hegemonie- und Diskurstheorie wird in Kapitel 4.2 zunächst eine Einordnung in ein mögliches idealtypisches Klassifikationsschema der Strömungen von Diskurs- und Hegemonietheorien vorgenommen. Damit soll zudem deutlich werden, dass Diskurs- sowie Hegemonietheorien ein äußerst heterogenes Feld darstellen, deren jeweilige theoretische Ausrichtung unterschiedliche Konsequenzen für die Forschungspraxis hat. Darauf folgend wird die gegenwärtige Stellung von Diskursanalysen in der Erziehungswissenschaft geklärt. Da die Frage nach der Identität im Zentrum der Untersuchung steht und diese durch die Rezeption diskurs- und hegemonietheoretischer Ansätze eine Neukonzeption erfahren hat, erörtert das Unterkapitel 4.3 eine Übersicht über den Verlauf der Debatte um Identität seit ihrer Entstehung. Damit soll die charakteristische Verwendung des Begriffs in der Forschungsarbeit theoretisch geschärft und von anderen Verwendungsweisen abgegrenzt werden.

Der Hauptteil des Kapitels ist der Darstellung der Hegemonie- und Diskurstheorie nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe gewidmet. Mit diesen Theorien entwickelten sie eine »poststrukturalistisch informierte politische Theorie« (Marchart 2013b: 7), die

auch als eine »umfassende Gesellschaftstheorie« (Wullweber 2014a: 29) neuen Typs angesehen wird. Mit ihrem theoretischen Werkzeugkasten lassen sich zu erforschende Gegenstände und Strukturen in ihrer diskursiven Verfasstheit erkennen. Damit geht eine Skepsis gegenüber vermeintlich geschlossenen und unveränderbaren »Totalitäten« einher. So können sich sozial bzw. gesellschaftlich konstruierte Identitäten – so z.B. die Übereinstimmung mit einem Ideal einer bestimmten Praxis der GB und den Schlussfolgerungen daraus – nicht auf ein festes unverrückbares Fundament gründen, sondern basieren stets auf hegemonialen Fixierungen von Diskursen, weshalb jegliche Idealvorstellungen stets umkämpft bleiben. Der theoretische Werkzeugkasten ermöglicht, die diskursive Verfasstheit des Forschungsgegenstandes aufzuschlüsseln, die Prozesse ihrer hegemonialen Fixierungen zu verdeutlichen und die damit einhergehenden Auseinandersetzungen zu erkennen. Abschließend wird die gesellschaftspolitische Relevanz der Diskurstheorie geklärt.

In zweierlei Hinsicht bildet die Diskurstheorie damit den Ausgangspunkt für die darauffolgenden Kapitel: Erstens für die Überlegungen einer daraus abzuleitenden Operationalisierung der Diskurstheorie für die Forschung (Kap. 5), zweitens liefert sie die Konzepte und Logiken zur Erforschung des empirischen Materials in der Fallstudie und verleiht zudem der Studie ihre Struktur (Kap. 6).

4.1 Der Cultural Turn erreicht die Erziehungswissenschaften

4.1.1 Cultural Turn

Unter dem Label »Cultural Turn« wird seit den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine Tendenz beschrieben, die in vielen Disziplinen der Kultur-, Geistes- und Sozialwissenschaften dazu geführt hat, »sich gezielt der Analyse kultureller Bedeutungen und symbolischer Ordnungen zuzuwenden.« (Bachmann-Medick 2019) In Teilen ging damit die Einsicht einher, das Kulturelle nicht mehr einfach nur »als ›sanfte‹ Seite vorgeblich ›harter‹ sozialer Strukturen und Funktionen« zu betrachten, sondern vielmehr die Eigenwertigkeit des Kulturellen anzuerkennen (Marchart 2018: 17). Wichtig ist jedoch hervorzuheben, dass der Cultural Turn in den Geistes- und Sozialwissenschaften »nur partiell und nur in bestimmten Subdisziplinen¹ oder von engen personellen Fraktionen dieser Disziplinen vollzogen« wurde (ebd.: 18). Gleichsam ist der Cultural Turn unterschiedlicher Disziplinen nicht synchron geschehen, sondern eher unter den spezifischen Bedingungen der jeweiligen Disziplinen. Das Eintreten eines Cultural Turns ist damit nur unter Vorbehalt für den Mainstream der Geistes- und Sozialwissenschaften zu diagnostizieren, da »das dominierende Paradigma in der Gesellschaftsanalyse weiterhin scientistischen Modellen und Annahmen folgt« (ebd.: 18). Spezifisch für die Erziehungswissenschaft hat Michael Wimmer einen programmatischen Versuch vorgelegt, eine Auseinandersetzung mit dem Cultural Turn im Sinne einer »Pädagogik als Kulturwissen-

1 Spezifisch für die Erziehungswissenschaft hat Michael Wimmer eine Auseinandersetzung mit der »kulturellen Wende« im Sinne einer »Pädagogik als Kulturwissenschaft« vorgelegt (Wimmer 2002).

schaft« anzustoßen. Er zielt dabei nicht auf eine Wiederbelebung der »Kulturpädagogik«, sondern auf die Erneuerung der Erziehungswissenschaft als interdisziplinär verfasste Praxiswissenschaft, in dem sie sich interpretativer und diskursanalytischer Verfahren zur empirischen Untersuchung von pädagogischen Interaktionen und Institutionen bewusst wird und diese an ethischen und politischen Fragen der Alterität, Differenz und Gerechtigkeit orientiert (Wimmer 2002).

Zudem ist es äußerst fragwürdig von »einem herausgehobenen Cultural Turn« zu sprechen, denn vielmehr handelt es sich wie Bachmann-Medick betont, um eine »Vielzahl und Verschiedenheit der Cultural Turns«, womit eher auf eine Pluralisierung der Entwicklung der Geistes- und Sozialwissenschaften verwiesen sein sollte (Bachmann-Medick 2019). Der grundlegende Ausgangs- und Bezugspunkt all dieser »Turns« ist zunächst der sogenannte »Linguistic Turn«, der aus der Sprachphilosophie des 20. Jahrhunderts hervorgegangen ist, da hier die »Sprachabhängigkeit jeglicher Erkenntnis« betont wird (ebd.). Der Ausdruck »Linguistic Turn« erlangte durch eine von Richard Rorty herausgegebene Anthologie – erstveröffentlicht im Jahre 1967 – an Bekanntheit (Rorty 1992). Mit seiner »Grundlegungsfunktion von Sprache als unhintergehbare Basis aller Wirklichkeitswahrnehmung« (Bachmann-Medick 2019) leitete dieser einen wesentlichen Orientierungswechsel nach und nach in weiten Teilen der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften ein und kann damit auch als »Mega-Turn« bezeichnet werden (Bachmann-Medick 2016: 21–23). Dieser »bahnbrechende Orientierungswechsel« der letzten Jahrzehnte, der durch diesen »Mega-Turn« ausgelöst wurde, ist inzwischen übergegangen in eine Vervielfältigung der Cultural Turns, die auf die Weiterentwicklung der angestoßenen Wende, aber auch wegen der durch die Sprach-Fixierung der Turns ausgeblendeten Dimensionen auf eine Wiederkehr des Verdrängten hinweist. So wurden und werden unter anderem verdrängte Dimensionen wie Kultur, Geschichte und Materialität zunehmend neu in die Betrachtung gerückt. Daraus folgend ist es in den letzten Jahrzehnten zu einer entsprechenden Neufokussierung der Forschung quer durch fast alle Disziplinen gekommen (Bachmann-Medick 2019). Zu der daraus resultierenden Spirale an »Cultural Turns« gehören unter anderem der Interpretive Turn, der Ethical Turn, der Spatial Turn, der Materialist Turn, der Postcolonial Turn oder der Political Turn usw., um nur einige wenige zu nennen.

Die damit bezeichneten Umbruchprozesse in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften sowie in der Erziehungswissenschaft müssen jedoch ihr Potenzial als »radikale Interventionen« stets erst noch beweisen. Diese müssen sich daran messen, inwiefern sie es schaffen theoretisch-konzeptuelle Wendungen in konkrete empirische Forschungsarbeit in den unterschiedlichen Disziplinen – im Sinne inhaltlich und methodisch weiterführender Forschungsimpulse – einzubringen, wie Bachmann-Medick betont. Gelingen jedoch solche weiterführenden Forschungsimpulse, besteht die Chance die Traditions- und Disziplinensicherheit des Mainstreams der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften abzulösen (Bachmann-Medick 2016: 32; 2019). Dies gilt allen voran in der (Internationalen und Interkulturell Vergleichenden) Erziehungswissenschaft gegenüber dem, was sich zumeist immer noch in Formen eines »nationalstaatlichen Paradigma[s]« (Adick 2005: 244ff) und der Reduzierung von Bildung auf »Funktionalität« sowie

der Ausblendung des »paradoxalen Vollzugs«² ausdrückt (Wimmer 2002: 113–116, 119). Nachfolgend soll »die Bedeutung der gegenwärtigen Transformationsprozesse für das Bildungssystem und die Erziehungswissenschaften [sic!]« erfasst werden (ebd.: 114), da eine sich als kritisch verstehende Erziehungswissenschaft nicht einfach bei den »sozialphänomenologischen Beschreibungen« der Veränderungen durch Globalisierungsprozesse stehen bleiben kann. Vielmehr versucht der hier vorliegende Forschungsimpuls, diese Veränderungen im Gegenstandsbereich angemessen empirisch einzufangen, zu analysieren und zu verstehen (ebd.: 114).

4.1.2 Die Relevanz des Political Turn der Cultural Studies für die Forschungspraxis in den Erziehungswissenschaften

»Kultur« ist seit den Cultural Studies (CS) alles andere als ein Sammelbegriff für alles Schöne, Wahre und Gute, Amüsante, Bunte und Laute, sondern hat mit ihnen seine Unschuld verloren und stellt seit dem alles andere als etwas Harmloses dar (Marchart 2018: 12). Es ist gerade das »Feld der Kultur in dem politische soziale Identitäten produziert und reproduziert« werden (ebd.: 12). Ihre eigene Stabilität können die im Medium der Kultur produzierten politischen und sozialen Identitäten nur sichern, wenn sie sich von anderen Identitäten abgrenzen. Abgrenzungen produzieren zwangsweise Ausschlüsse, Verhältnisse von Dominanz und Unterordnung, aber auch Möglichkeiten des Widerstands, weshalb Kultur letztendlich als ein massiv umkämpftes Feld betrachtet werden muss, in dem Identitäten wie Religion, Nationalismus, Sexualität, Ethnizität, Klasse oder Umwelt umgehandelt werden (ebd.: 12f). Anders gesagt wird damit »Kultur« in den CS

»als relativ autonome Sphäre gedacht, die zwar von ökonomischen und sozialstrukturellen Verhältnissen vermittelt und beeinflusst ist, der jedoch ein eigenes Potenzial der Bestätigung von Differenz- und Ungleichheitsverhältnissen, aber auch das Potenzial ihrer Verschiebung und Verflüssigung zugesprochen wird.« (Mecheril/Witsch 2006: 8)

Auf empirischer und theoretischer Ebene wird somit jedes zu untersuchende Subjekt der CS – für diese Arbeit das Subjekt der GB – stets als von Machtprozessen durchzogen und gezeichnet begriffen und ist deshalb letztlich auch als ein Phänomen zu verstehen, welches unaufhörlich in sozialen, politischen und gesellschaftlichen Kräftefeldern hervorgebracht wird (ebd.: 9). So divers das Feld der CS sein mag, ihm liegen jedoch zwei Grundprämissen zugrunde. Zum einen wird davon ausgegangen, »dass für soziale Wirklichkeit das Prozessieren von kulturellen Bedeutungen konstitutiv ist.« (ebd.: 9) Auf der anderen Seite geschehen diese Bedeutungsabläufe zur Strukturierung der Welt in Differenz- und Identitätsfiguren nicht rein passiv entlang sozialer Asymmetrien, rechtli-

2 Gemeint ist hier nach Wimmer die nicht mehr klar zu unterscheidende wechselseitige Verschränkung von Individuierung und Unterwerfung durch pädagogische Interaktionen und Institutionen. Eine daran kritisch anschließende Erziehungswissenschaft darf diese Unterscheidung nicht mehr »als Opposition reiner Optionen« verstehen (Wimmer 2002: 114).

cher und politischen Dominanzverhältnisse, sondern sind in diesen Kräftefeldern selbst machtvoll produktiv und bieten damit immer auch Chancen von Widerstand (ebd.: 9f).

Es ist also gerade die Errungenschaft der CS, die Ebene der Kultur (z.B. sprachliche Artikulationen) nicht als einen Platz frei von Macht und Konflikt zu betrachten. Vielmehr haben die CS eine politische Perspektive auf Kultur hervorgebracht, die es ermöglicht

»Kultur als ein Feld von Machtbeziehungen [...] [begreifen zu können] auf dem soziale Identitäten wie Klasse, »Race«, Geschlecht, [Perspektiven auf Ökologie], oder sexuelle Orientierung konfliktorisch artikuliert und zu breiteren hegemonialen Mustern verknüpft werden.« (Marchart 2018: 16)

CS zeichnen sich damit weniger durch einen vorgegebenen Gegenstandsbereich aus, als vielmehr durch eine bestimmte Herangehensweise an die Untersuchung des (pädagogischen) Gegenstandes (Mecheril/Witsch 2006: 7).

Dem Feld der Analysen der CS liegt grundlegend die methodologische Absicht der Generierung von theoretischer Einsicht in kulturelle Praktiken von Alltagssubjekten, aber auch in »überindividuelle« kulturelle Strukturen zugrunde. Ihre theoretische Rezeption greift dabei traditionell auf unorthodoxe westeuropäische Spielarten des Marxismus, wie sie etwa mit der Hegemonietheorie Antonio Gramscis oder dem strukturalen Marxismus Louis Althusser entwickelt worden sind, zurück (Marchart 2018: 23; Mecheril/Witsch 2006: 10). Gleichzeitig wird diese Tradition jedoch überlagert durch die Rezeption von Theorien des Feminismus, Poststrukturalismus, der Psychoanalyse und Dekonstruktion. Stuart Hall beschrieb diesen Prozess auch als »Ringens mit den Engeln« (Hall 2000: 39 in: Mecheril/Witsch 2006: 10; Hall 2018). Es handelt sich deshalb auch nicht um ein spezifisches Forschungsprogramm, sondern mehr noch um ein »methodisches und erkenntnispolitisches Strategiebündel in der Analyse von Alltagspraxen und kulturellen Subjektivierungsformen« zur Offenlegung von Strategien, die die durch und mit Kultur definierten Strukturen bewältig- und veränderbar machen können (Mecheril/Witsch 2006: 11). Mit ihrem Einsatz haben die CS die »Politik der Kultur« und die »Kultur des Politischen« ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt (Marchart 2018: 25).

CS sind in diesem Sinne ein akademisches und politisches Projekt zugleich, welches ein intellektuelles Denken zur Geltung bringen möchte, »das aus den Erfahrungen (mit) kritisch-normativer Orthodoxie und ihrer unbarmherzigen Gewissheit gelernt hat« und deshalb »vorsichtig und in gewisser Weise zurückhaltend« agiert, ohne dabei »den Anspruch, soziale Prozesse in einem kritischen Sinne zur Geltung zu bringen«, aufgegeben zu haben (Mecheril/Witsch 2006: 12). Mecheril und Witsch bezeichnen den Kritikbegriff der CS auch als »reflexiv gebremst«, versehen mit einer »inhaltlich zurückgenommenen Haltung«, welche eine Art »negative Suchperspektive, die nicht genau weiß, wonach sie sucht«, ausdrückt, in dem die Kritik weiterhin »kritisch (ausgerichtet) ist, ohne festgelegt zu haben, welches die exakten Kriterien der Kritik sind.« (ebd.: 12)

Nicht nur, dass die britischen CS mit ihrer sogenannten Gründungsgeneration³ um Raymond Williams, Richard Hoggart und Stuart Hall ihre Ursprünge in aus der Erwachsenenbildung kommenden Akteuren hatte und damit der Beginn der CS nicht theoretisch, sondern durch ein »pädagogisch-politisches Handeln« geprägt war, sollte Anlass dazu geben, die grundlegende pädagogische und erziehungswissenschaftliche Relevanz der CS in Betracht zu ziehen (Marchart 2018: 28–30; Mecheril/Witsch 2006: 14–15). Eine methodologische Entscheidung die Herangehensweise der CS für die erziehungswissenschaftliche Reflexion zu nutzen, bedeutet, wie Mecheril und Witsch es auf den Punkt bringen, »pädagogische Situationen, Handlungen und Konzepte, so sie pädagogisch relevant sind, als »kulturelle Phänomene« zu verstehen und unter der Perspektive der »Kultur« zu analysieren.« (Mecheril/Witsch 2006: 13) Solcherlei Herangehensweise ist eng mit der Vorstellung verbunden, Kultur im Sinne einer sozialen Praxis, als »Darstellendes« zu begreifen. Für das Verstehen pädagogischer Praxis im Sinne der CS bedeutet das, dass es sich hierbei nicht einfach um »freie«, singuläre pädagogische Vorkommnisse handelt, sondern es vielmehr um pädagogische Praxen geht, »die in historische, politische, (welt-)gesellschaftliche etc. Strukturen, Kontexte und Prozesse eingebunden sind.« (ebd.: 13) Von den CS geleitete Studien sind deshalb wachsam in Bezug auf die Kontextrelativität ihres zu untersuchenden Gegenstandes (ebd.: 13f). Dies bedeutet zum einen stets die Machtverstrickungen des Subjektes der Untersuchung im Blick zu haben – hier der GB – und zum anderen offen zu sein für das prinzipielle, kreative, reflexive und widerständische Potenzial, das in den Formen kultureller Welterschließung – wie den Strategie- und Konzeptpapieren der internationalen Bildungsgestaltung – auftauchen kann (ebd.: 14).

Um forschungspraktisch die Perspektive von »Kultur-Macht-Identität« zu operationalisieren, verfügen die CS über keine eigenständige Methode. Vielmehr haben sie dazu eine Reihe von Methoden aus anderen Disziplinen – der Soziologie, Sprachwissenschaft, Ethnografie, Diskursanalyse – aufgegriffen und diese an ihren jeweiligen konkreten Gegenstand angepasst. Aus den CS erwachsene Studien bedienen sich deshalb einer Methodenvielfalt, ohne dass es sich dabei gleich um eine Methodenbeliebigkeit handelt. Je nach Fragestellung sind bestimmte methodische Zugänge angemessener als andere (Marchart 2018: 36f). Oliver Marchart weist darauf hin, dass bspw. für die Untersuchung von Alltagspraxen eher ethnografische Methoden zur Anwendung kommen würden, wohingegen zur Untersuchung zur Beschreibung von konkreten (Kultur-)Botschaften Strategien der Semiotik zur Verfügung stehen. Zur Untersuchung sozialer Makroverhältnisse sind wiederum hegemonietheoretisch verfasste Diskursanalysen geeignet (ebd.: 37). Letztere Methode ist jene, die in der vorliegenden Arbeit zur Analyse GB in Global Governance-Strukturen zur Anwendung kommt.

- 3 Diese beschränkten ihre Tätigkeiten nicht allein auf die Universität, sondern waren vor allem auch in der Erwachsenenbildung tätig. Daraus erwuchs der soziale Bildungsanspruch der CS, wissenschaftliche Erkenntnisse auch weit hinaus über eng gefasste Expert*innenrunden und »Peer Groups« zur Verfügung zu stellen. So war Raymond Williams auch in der *Workers Educational Association* aktiv und Stuart Hall lehrte an der *Open University*, einer Fernuniversität, die offen für Personen ohne akademische Ausbildung war, welches einen Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen erforderte, der die populäre und allgemein zugängliche Aufbereitung der Erkenntnisse einschloß (Marchart 2018: 28–29).

In den CS wurden vor allem im Zuge eines »Discursive Turn« zwei Diskurstheorien aufgegriffen, die die Theorie- und Methodikdiskussion im Wesentlichen beeinflussten, da die sich aus den Diskurstheorien ergebenden Methodiken als am angemessensten hervorgeraten haben, um »das Identität generierende Verhältnis vom Macht/Widerstand« zu beschreiben. Zum einen handelt es sich dabei um die Diskursanalyse Michel Foucaults und zum anderen um die diskursanalytisch reformulierte Hegemonietheorie, welche von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe entwickelt wurde (ebd.: 180–182). Der Hinwendung zu den Diskurstheorien durch die CS ging ein allgemeinerer »Linguistic Turn« voraus, der die Übernahme von Modellen der Sprachwissenschaft in die Kulturanalyse bezeichnete, woraufhin sich das traditionelle Verständnis von Kultur hin zu Kultur als »Terrain sozialer Bedeutungsproduktion (Signifikation)« neu konzipierte (ebd.: 219). Vor allem die hegemonietheoretisch verfasste Diskursanalyse »erlaubt es, die Konstruktion sozialer Identitäten innerhalb des breiteren sozialen Zusammenhangs von Kräfteverhältnissen bzw. hegemonialen Formationen zu verorten.« (ebd.: 219) Die hier vorliegende Arbeit widmet sich der zweiten Variante, da sie diese den CS deren zentrales »methodisch-theoretisches Konzept der *Artikulation*« lieferte⁴ (ebd.: 182). Mit ihr steht damit ein theoretischer Werkzeugkasten zur Verfügung, der die »diskursive Konstruktionslogik von Identität« (ebd.: 170) und die damit in Zusammenhang stehenden Unterordnungs- und Unterdrückungsverhältnisse⁵ und die wechselseitige Artikulation von Identitätsachsen zu beleuchten vermag (ebd.: 209f) und zugleich versucht »identitätspolitischen Selbstabschließungstendenzen«⁶ (ebd.: 214) vorzubeugen, da damit auch Möglichkeiten für Verschiebung und Reartikulation offen gelegt werden können (ebd.: 212ff). Es bleibt also ein wesentliches Verdienst der CS den Sozial- und Kulturwissenschaften, aber auch der Erziehungswissenschaft den Weg für nicht-essenzialistische Möglichkeiten der empirischen Untersuchung eröffnet zu haben.

- 4 Es waren insbesondere Stuart Hall (Hall 1988) und Lawrence Grossberg (Grossberg 1992), die Analysen makropolitisch hegemonialer Formationen hervorbrachten, womit sie trotz ihrer Bedeutung für die CS jedoch Einzelfälle blieben (Marchart 2018: 244).
- 5 Laclau und Mouffe unterschieden aus einer nicht-essentialistischen Perspektive zwischen Unterordnung, Unterdrückung und Herrschaft. Unterordnungsverhältnisse sind immer dann gegeben, wenn »die Unterwerfung eines sozialen Agenten unter die Entscheidungen eines anderen – bspw. die Unterwerfung eines Arbeiters unter die Entscheidung eines Unternehmers« stattfindet (Laclau/Mouffe 2015: 189f). Von Unterdrückungsverhältnissen lässt sich wiederum erst dann sprechen, wenn diese sich zu »Orten von Antagonismen transformiert haben«, d.h. es kann nicht an sich antagonistische Positionen geben, sondern Unterordnung als Unterdrückung muss immer erst konstruiert werden, in dem z.B. die Behauptung bekräftigt wird, der »Leibeigene« oder der »Sklave« besitze »angeborene Rechte eines jeden Menschen« (ebd.: 190). Herrschaftsverhältnisse liegen darüber hinaus dann vor, wenn »Unterordnungsverhältnisse, die von der Perspektive oder im Urteil eines sozialen Agenten, der außerhalb ihrer steht, als illegitim betrachtet werden und die folglich mit den in einer bestimmten Gesellschaftsformation tatsächlich existierenden Unterdrückungsverhältnissen zusammenfallen können oder auch nicht.« (ebd.: 190)
- 6 Darunter zählt z.B. das Phänomen des »ethnischen Absolutismus« von rechts wie von links (d.h. von rassistischer wie von einer gewissen anti-rassistischen Seite)« (Marchart 2018: 214), welcher sich nach Paul Gilroy z.B. in Form des »Schwarzen Antisemitismus« (Gilroy 2000: 292) oder in »ethnischen Separatisten« wie den »Nation of Islam« zeigt (Gilroy 2000: 81ff, 2013: 4f, 41ff). Gleichermaßen richtet es sich aber damit auch gegen den narzistischen Irrglauben, »jede*r von uns besäße nur ihm oder ihr eigene, ganz persönliche, unwandelbare Identität.« (Marchart 2018: 170)

4.2 Diskurs, Hegemonie und Erziehungswissenschaft

4.2.1 Diskursanalysen und -theorien

Seit den 1990er Jahren hat die Diskursanalyse als Forschungsmethode im deutschsprachigen Raum zunehmend an Bedeutung in den Sozial- und Sprachwissenschaften gewonnen. Über disziplinäre, sprachkulturelle und nationale Grenzen hat sich in den letzten Jahren ein dynamisches Forschungsfeld entwickelt, wodurch eine fast unüberschaubare Vielfaltigkeit von Ansätzen und Terminologien entstanden ist, die sich nur schwerlich überschauen lässt (Wrana et al. 2014b: 7). In einem breiten Verständnis lässt sich unter *Diskurs* eine sprachlich bzw. semiotisch vermittelte Praxis im Kontext von Wissen und Macht verstehen. Es war vor allem die Rezeption des Werks von Michel Foucault, die für die Verbreitung von Diskurs als Untersuchungsobjekt quer über verschiedenste Fachdisziplinen hinweg Interesse weckte (ebd.: 7).

Dzudek, Kunze und Wullweber (2014: 10–12) unterteilen trotz der Vielfaltigkeit die diskursanalytischen Arbeiten gegenwärtig idealtypisch in drei grobe Richtungen. Die erste zeichnet sich dabei durch ihre *stärkere Fokussierung auf semantische Aspekte des gesprochenen und des geschriebenen Textes* aus (ebd.: 10). Hierzu zählt u.a. »the French school of discourse analysis«, die sich im Wesentlichen von Michel Pêcheux (Pêcheux 1982) ausgehend entwickelt hat und hauptsächlich durch das strukturelle Denken Althusser's beeinflusst ist (Maingueneau/Angermüller 2007). Pêcheux's Interesse war z.B. dadurch geprägt, »wie durch Auswahl und Kombination von linguistischem Ausdruck und Stil eine bestimmte Repräsentation von Realität produziert wird.« (Dzudek/Kunze/Wullweber 2014: 10) Darüber hinaus können in diesen Bereich »verschiedene Ansätze wie die Soziolinguistik (Downes 1984), die Argumentations- und Konversationstheorien (Atkinson/Heritage/Oatley 1985) und die Inhaltsanalyse (Holsti 1969), eingeordnet werden.« (ebd.: 10) Die wohl bekannteste diskursanalytische Ausrichtung dieser Prägung im deutschsprachigen Raum mit ihrer theoretisch-epistemologischen Orientierung an Foucault, stellt die Kritische Diskursanalyse dar, wie sie vom *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung* hervorgebracht wurde (Angermüller 2011: 126f). Sie lässt sich als ein Ansatz beschreiben, der sich an der Schnittstelle zwischen der sozialwissenschaftlichen Rezeption von Foucault und der germanistischen Sprachwissenschaft, hier insbesondere der historischen Semantik (bspw. Busse/Teubert 1994) und der diskursanalytisch begründeten Textlinguistik (bspw. Warnke 2002a, 2002b) sowie den Einflüssen der diskursanalytischen Arbeiten in der Literaturwissenschaft durch Jürgen Link und sein Team situieren lässt (Jäger/Jäger 2007: 17ff). Neben diesem machttheoretischen Strang der *linguistisch geprägten Diskursanalyse* hat sich im deutschsprachigen Raum ein weiterer, eher beschreibender Strang der linguistischen Diskursanalyse herausgebildet. Dieser befindet sich mehr in der Tradition der historischen Linguistik. Hierzu zählen z.B. die Argumentationsanalysen Martin Wengeler's zum deutschen Migrationsdiskurs (Wengeler 2003), aber auch das von Busse und Teubert (bspw. Busse/Teubert 1994) herausgearbeitete Programm zur diskurshistorischen Untersuchung semantischer Beziehungsnetze. Weitere ausführlichere und vollständigere Ausführungen dazu befinden sich bei Angermüller (2011: 127).

Die zweite Richtung stellen nach Dzudzek, Kunze und Wullweber (2012: 10f) *diskursanalytische Ansätze* dar, die den Begriff des Diskurses weiter fassen, da sie auch soziale Praktiken mit in ihre Betrachtung einbeziehen. Nach ihnen definiert Norman Fairclough bspw. »Diskurs als eine Sammlung von Praktiken, die semiotische Elemente enthalten. Der Begriff der Praktiken umfasst hierbei alle Formen linguistisch vermittelter Handlungen (Rede, Text, Bilder, Gesten).« (Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014: 10f) Gleichsam zählen sie auch den »jüngeren« Foucault in diese Richtung hinzu, der in seiner »Archäologie des Wissens« (Foucault 1973) mit seiner Form der Diskursanalyse »die Regeln, die regulieren was gesagt werden kann, wie es gesagt werden kann, wer in welchem Namen sprechen darf und welche diskursiven Strategien eingesetzt werden kann« (Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014: 11), untersucht. Auch die als »kritische Realist*innen« beschriebenen Bob Jessop und Ngaig-Ling Sum (Jessop 2004; Jessop/Sum 2001, 2006a, 2006b) rechnen sie diesem zweiten Diskursstrang zu. Beide lehnen einen »Fundationalismus [sic!], z.B. in Form des Positivismus oder in Form eines Glaubens an die Existenz unerschütterlicher Grundlagen der Erkenntnis, ab.« (Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014: 11) Die drei Autor*innen sehen die Schwachstelle dieser Richtung diskurstheoretischer Ansätze jedoch darin, dass hier »der Unterschied zwischen dem diskursiven und nicht-diskursiven Raum unklar« bleibt: »Ein Diskurs wird [in diesen Ansätzen] bisweilen auf die linguistische Mediation von Ereignissen reduziert, die durch eine unabhängig von den Diskursen existierende Struktur der Gesellschaft (z.B. Technologien, Institutionen, ökonomische Prozesse) hervorgerufen werden.« (ebd.: 11)

Demgegenüber identifizieren die drei Autor*innen eine dritte Richtung diskursanalytischer Ansätze, die noch einen Schritt weiter gehen, da diese in ihrem Diskursbegriff alle sozialen Phänomene umfassen. Sie bezeichnen diese auch als *Diskurstheorien* (ebenso Keller et al. 2001: 15), da damit eher wissenschaftliche Unternehmungen bezeichnet werden, »denen es um die systematische Ausarbeitung des Stellenwerts von Diskursen im Prozeß der gesellschaftlichen Wirklichkeitskonstitution geht« (ebd.: 15). Hierzu zählt zunächst der »ältere« Foucault,⁷ der mit seiner »Genealogie der Macht« im Gegensatz zu einem klassischen Verständnis einer repressiven Macht, auch ihre produktiven Anteile stark machte (Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014: 11), sowie das Bewusstsein dafür schuf, dass da, wo Macht ist, auch Möglichkeiten zum Widerstand bestehen. Macht ist in diesem neuen Verständnis »weder ein Herrschaftsverhältnis, noch die Fähigkeit zu handeln«, sondern beschreibt »das Führen der Geführten.« (ebd.: 11) Im Zentrum seiner theoretischen Neuorientierung und der Erweiterung des analytischen Instrumentariums im Hinblick auf das »Führen« steht der Begriff der »Regierung« der zum »Leitfaden« für die weitere Arbeit von Foucault wird. Mithilfe des Begriffes der »Regierung« konzipiert er ein »Bindeglied zwischen strategischen Machtbeziehungen und Herrschaftszuständen und differenziert jetzt im Gegensatz zu früheren Arbeiten

7 Als »älterer« Foucault kann die Phase beschrieben werden, die mit seiner Korrektur der Machtanalytik in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre beginnt und zunächst durch die Werke »Überwachen und Strafen« (1976) und »Der Wille zu Wissen« (1977) beginnt und dann in der Beschreibung der Machtverhältnisse mithilfe des neuen Begriffs der *Gouvernementalité* weitergeführt wird (Lemke 2008: 260f).

zwischen Herrschaft und Macht.« (Lemke 2008: 260) Gerade mithilfe des Regierungsbegriffes wird die Vermittlung zwischen Macht und Subjektivität – wie im Falle der Verknüpfung von Herrschaftstechniken und »Technologien des Selbst« – untersuchbar (ebd.: 260f). Zudem entwickelt Foucault ein wichtiges Analyse-Instrument zur Beschreibung, der von ihm immer wieder herausgestellten »Macht-Wissen-Komplexe«. Hierfür stellt er den neuen Begriff der *Gouvernementalität* bereit (ebd.: 260f), der aus einer semantischen Verbindung zwischen Regieren (»gouverner«) und Denkweise (»mentalité«) besteht (Lemke 2008: 260f; auch Foucault 2005d, 2004, 2006). Auch Wittgensteins Begriff der »Sprachspiele« gehört zu dem Bereich der Theorien, der bewusst versucht »sämtliche bedeutungsproduzierende[n] Praktiken« zu umfassen (Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014: 11). Ebenso ist auch Derridas Konzept von Text, eine sich auf alle gesellschaftlichen Strukturen beziehende Theorie, die in den Diskurstheorien zu Anwendung kommt (ebd.: 11f). Am tiefgreifendsten wurde dieser Strang von den Hauptvertreter*innen einer post-strukturalistisch informierten politischen Theorie durch Laclau und Mouffe hin zu einer Diskurstheorie weiterentwickelt (bspw. Laclau/Mouffe 2015).

Grundlegend lässt sich über alle diskursanalytischen und diskurstheoretischen Ansätze sagen, dass sie auf der post-positivistischen Annahme basieren,

»dass Bedeutung nicht gegeben ist, sondern sich erst im sozialen Prozess durch die Interaktion gesellschaftlicher Akteure generiert. Bedeutung und die Subjekte selbst sind demnach im ständigen Werden begriffen.« (Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014: 12)

Die Konsequenz daraus ist, dass die Akteur*innen um die verschiedenen Deutungen dieser Interaktionen ringen – ob nun bewusst oder unbewusst. Gerade jedoch in der unterschiedlichen Betonung dieses letzten Aspekts, welcher im vielfältig ausdifferenzierten Gemeindegewebe der Diskursanalyse oft untergeht, verengen viele forschungspraktisch umgesetzte Diskursanalysen auf methodisch-analytischer Ebene häufig ihren Fokus auf »semantische Aspekte und auf eine relativ eng ausgelegte Sprachanalyse von Textmaterial«, obwohl sie sich im theoretisch-epistemologischen Sinn der Wichtigkeit des gesellschaftlichen Kontexts bewusst sind (Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014: 12; Wrana et al. 2014b: 84f). Die Gefahr, die dadurch besteht, ist, so die Autor*innen weiter, dass »der gesellschaftliche Kontext [...] auf diese Weise – zumeist implizit zu einer mehr oder weniger statischen Größe reduziert [wird]. Er wird – zugespitzt – zu einer unabhängigen Variable, die für die konkrete Analyse wenig Bedeutung hat.« (Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014: 12) Um den Tendenzen der Reduzierung des gesellschaftlichen Kontexts zu begegnen, können Diskursanalysen mit Hegemonietheorien erweitert werden. Nachfolgend wird dazu ein kurzer Überblick über gegenwärtige Richtungen dieser gegeben.

4.2.2 Hegemonietheorien

Auch die gegenwärtigen Ansätze von Hegemonietheorien lassen sich nach Dzudzek et al. (2014) idealtypisch in drei Richtungen unterteilen (Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014: 12–15). Sie nennen zunächst die *neogramscianischen Ansätze*, die wohl die prominentesten Theorieentwicklungen und Analysen, die an das Hegemoniekonzept von Gramsci anschließen, darstellen. Sie stellen Ansätze dar, die ihren analytischen Fokus vor allem auf

inter- und transnationale Macht- und Herrschaftsverhältnisse legen (für einen Überblick siehe Buckel/Fischer-Lescano 2007; Merkens/Diaz 2007; Opratko/Prausmüller 2011). Zu den ersten Verfechter*innen dieser *neogramscianischen Ansätze* sind der ehemalige Direktor des Internationalen Instituts für Arbeitsfragen der ILO, Robert. W. Cox (Cox 1987; Cox/Sinclair 1996), aber auch Kess van der Pijl (Pijl 2005, 2014) und Stephen Gill (Gill 1993, 2003) zu zählen. Laut Dzudzek et al. (2014) zeichnen sich diese Ansätze zumeist durch eine »positivistische Lesart« Gramscis aus, in dem zumeist gesellschaftliche Akteur*innen vor allem hinsichtlich ihrer Klassenzugehörigkeit erfasst werden. Gramscis Hegemoniebegriff, der eine Fülle an Möglichkeiten eröffnet wie z.B. die »Bedeutung der Akteure bei der Herstellung von Machtverhältnissen [...] die Veränderung der Subjekte im hegemonialen Prozess [...] die strategische Selektivität der sich historisch verstetigten Verhältnisse« und das »Ringens um die Besetzung des Alltagsverstands« (Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014: 13), wird hier nur begrenzt wahrgenommen.

Die zweite Richtung sehen die drei Autor*innen in dem Theoriezweig der *Regulationstheorie* (Aglietta 2000; Boyer 1990; Lipietz 1987). In dieser sehen sie jedoch keine direkte Weiterentwicklung der Theorie Gramscis, als vielmehr einen Versuch zur Hervorbringung eines angemessenen »Instrumentariums zur Analyse des Verhältnisses von Staat, Ökonomie und Zivilgesellschaft« (Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014: 14). So stellt sie zum einen »die theoretischen Werkzeuge zur Analyse konkreter, profitorientierter und marktwirtschaftlich organisierter [...] Produktionsweisen« bereit und zum anderen ist sie offen »für die Theoretisierung historischer sozio-ökonomischer Veränderungen.« (ebd.: 14) Probleme für eine kritische Gesellschaftstheorie sehen die Autor*innen darin, dass die Regulationstheorie in erster Linie eine ökonomische Theorie ist, »deren Einbettung in einen gesellschaftlichen (und staatstheoretischen) Kontext erst noch auszuarbeiten ist« und von ihr geprägte Ansätze tendenziell eher »strukturalistisch und ökonomistisch« sind, wodurch in diesen Ansätzen bis dato den Akteur*innen wenig Handlungsspielraum bleibt (ebd.: 14).

Den dritten Strang der Hegemonietheorien bildet derjenige, der durch Laclau und Mouffe (Laclau/Mouffe 2001) angestoßen wurde. Die von ihnen *poststrukturalistisch verfasste Hegemonietheorie* unternimmt den Versuch einer nicht-essentialistischen Neuformulierung der Hegemonietheorie Antonio Gramscis, da ihnen zufolge dieser die Identität der Subjekte noch wesentlich in deren Position der Ökonomie ausmacht. Gramsci räumte insbesondere den Positionen der Arbeiter*innenklasse oder Bourgeoisie in dem Ringen um Hegemonie immer noch eine privilegierte Stellung ein. Hingegen eröffnen Laclau und Mouffe einen Ansatz, der sich auf »die strategischen Konstruktionsprozesse während der Produktion von Bedeutung als auch die hegemoniale Verfasstheit dieser Prozesse« konzentriert (Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014: 14f). Ausführlicher wird die Theorie Laclaus und Mouffes in Kapitel 4.4 dargestellt.

4.2.3 Diskursanalysen in der Erziehungswissenschaft

Diskursanalytische Studien sind seit den letzten Jahren aus der Erziehungswissenschaft nicht mehr wegzudenken. Sie haben sich zunehmend zu einem immer breiter werdenden Forschungsgebiet entwickelt, deren Fokus allgemein gefasst auf den

»widersprüchlichen (Re-)Produktions- und Transformationsprozessen sozialer und pädagogischer Ordnungen und Praktiken sowie der Konstruktion pädagogisch relevanter Gegenstände in fachlich-professionellen, wissenschaftlichen, bildungspolitischen und medialen Debatten« liegt (Fegter et al. 2015: 9).

Davon zeugen zum einen die große Bandbreite der im deutschsprachigen Raum veröffentlichten Texte (Kessl 2011; Koller/Lüders 2013; Truschkat/Bormann 2013; Wrana et al. 2014a; Wrana/Langer 2013) zum Stand der erziehungswissenschaftlichen Diskursforschung sowie die zahlreichen englisch- (Gee/Sarah/O'Connor 1992; Nikander/Vehviläinen 2010; Rogers 2011; Kap. 4 in: Gee/Handford 2012; Adger/Wright 2018), spanisch- (Burgos 1993, 2019; Colella/Díaz Salazar 2016) und französischsprachigen (Reboul 1984) Beiträge zur Erforschung der Praxis der Erziehung und Bildung. Der Gegenstandsbereich erziehungswissenschaftlicher Diskursanalysen beschränkt sich dabei nicht allein auf die Rekonstruktion eines Diskurses »über: Erziehung, Bildung oder Sorge«, sondern betrachtet darüber hinaus auch Zusammenhänge »von Wissensformierungen, Machtverhältnissen und Subjektivierungen« (Fegter et al. 2015: 10). Pädagogische Probleme können, wie Fegter et al. (2015) betonen, unter dem neuen analytischen Horizont der Diskursforschung anschlussfähig an die Gegenstandskonstruktionen der Disziplin thematisiert und empirisch bearbeitet werden (ebd.: 10).

Die Entwicklung der erziehungswissenschaftlichen Diskursforschung ist dabei nicht unabhängig von den Diskussionen poststrukturalistischer Ansätze in der Bildungstheorie seit den 1990er Jahren zu betrachten, da in ihnen erziehungswissenschaftliche Grundbegriffe reflektiert und revidiert wurden. Die Diskursforschung stellt nach Fegter et al. somit eine Art »empirische Wende und Weiterführung dieser Debatten« dar, die in engem Zusammenhang mit einem Verständnis steht, dass »Theorie als analytisches Instrumentarium« begreift, »um Erziehungs-, Bildungs- und Sorgeverhältnisse empirisch zu untersuchen.« (ebd.: 10) Wie die Autor*innen feststellen, ist mit der Öffnung zur Empirie, die Theorie in ein Spannungsverhältnis geraten, so dass sich im Zuge dieses Aufeinandertreffens auch Widersprüche und Brüche aufgetan haben, wodurch die erziehungswissenschaftliche Theorie im Zuge der Arbeit am Material sich selbst ausdifferenziert und in einen Prozess der Transformation eingetreten ist. Empirie kommt in diesem Falle die spezifische Rolle zu, selbst zum Auslöser für die Entwicklung der Theorie zu werden (ebd.: 10).

Zudem ist die erziehungswissenschaftliche Diskursforschung laut den Autor*innen von einer weiteren Zweideutigkeit geprägt. Zum einen zeichnet sich ihre Gegenstandskonstruktion durch eine disziplinäre Spezifik aus, zum anderen ist sie jedoch »in Bezug auf die vertretenen Diskurstheorien oder die genutzten methodischen Konkretisierungen Teil eines interdisziplinären, sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschungsfeldes.« (ebd.: 10) Die bezugnehmenden Disziplinen sind deshalb vielfältig und reichen von der Linguistik, Semiotik, historischen Anthropologie, Wissenssoziologie bis hin zur Dekonstruktion oder Machtanalytik. Der Zusammenhang der grundlegenden analytischen Achsen Diskurs, Macht und Subjekt wird in der Bandbreite der empirischen erziehungswissenschaftlichen Diskursforschung »theoretisch und gegenstandsbezogen sehr unterschiedlich gefasst und forschungsmethodisch verschieden untersucht.« (ebd.: 10) Kurz gesagt: Wir haben es bei Diskurstheorien und -analysen mit einem Feld

zu tun, welches sich durch seine interdisziplinären Zugänge auszeichnet, jedoch der Gegenstandsbezug verweist auf das Gemeinsame einer erziehungswissenschaftlichen Diskursforschung (ebd.: 10f).

Aufgrund der starken Ausdifferenzierung interdisziplinärer Diskursforschung »in den Dimensionen der theoretischen Zugänge und des methodischen Instrumentariums« ist es deshalb notwendig, im Rahmen empirischer diskursanalytischer Projekte eine »begründete Auswahl« zu treffen und »das Rezipierte in einer kohärenten Forschungsstrategie« in Rückbezug auf die gewählten Theoriezugänge zu reformulieren (ebd.: 11). Das Ganze geht auf ein spezifisches Methodenverständnis des Großteils der Diskursanalytiker*innen zurück, wonach die Diskursanalyse (DA) »ihnen nicht als eigenständige Methode, die sich charakteristisch von anderen Methoden unterscheidet [, gilt] und über gemeinsam geteilte Verfahrensschritte und Analysestandards definiert«⁸ ist, sondern eher als »analytisches Instrumentarium und eine erkenntnisproduzierende Heuristik« aufzufassen ist (ebd.: 28). Es ist deshalb im Hinblick auf die diskursanalytische Forschung weniger von einer Methode, als von einer analytischen »Haltung« gegenüber ihrem Gegenstand zu sprechen (ebd.: 28). DA werden somit auch als Theorie, Methode und Haltung zugleich aufgefasst, weil sie ein planmäßiges Verfahren zur Erschließung von Diskursen darstellen, die verwendeten Analyseverfahren, als die der Theorie angemessenen Methoden erscheinen, und ihre Methoden sich gegen reduktionistische Darstellungen ihres Gegenstandes stellen (Gardt 2007: 39f).

Um die Besonderheit des Gebrauchs des Methodischen in der DA zu deuten, hat sich zunehmend die Metapher des »Werkzeugkastens« durchgesetzt.⁹ Diese Verwendung bringt explizit zum Ausdruck, dass es sich bei der DA nicht um ein starres Verfahren handelt »das sich in idealen Handlungsabfolgen formulieren und reproduzieren ließe, sondern dass sie ein offenes analytisches Instrumentarium bereitstellt, das je nach Gegenstand, Material und Fragestellung in verschiedenen Kombinationen gebraucht wird.« (Fegter et al. 2015: 28) Damit ist zugleich der am Werk seiende »operative Charakter des Methodischen« bezeichnet (ebd.: 28). Und so explizieren Fegter et al. weiter: »Die Instrumente werden am und in der Arbeit am Material ›gebraucht‹ [sic!]: Sie machen etwas mit dem Material und mit sich selbst, sie erzeugen [...] im Gebrauch ihre analytische Schärfe und ihre Ergebnisse [...]« (ebd.: 28). Gerade aufgrund dieser Offenheit gegenüber dem Gegenstand, dem Material und der Fragestellung hat sich im Zuge der Anwendung der DA in der Erziehungswissenschaft eine Vielfalt an Instrumenten verschiedenen Typs herausgebildet. So können u.a. analytische Instrumentarien aus Rhetorik, Semiotik, Pragmatik, Textlinguistik oder Lexikometrie¹⁰ Anwendung finden, aber auch Methoden

8 Damit unterscheidet sie sich von anderen klar abgegrenzten Methoden wie z.B. der *Dokumentarischen Methode* oder der *Objektiven Hermeneutik*.

9 Foucault äußerte sich hinsichtlich seiner methodologischen Überlegungen folgender Maßen: »[Sie] sind sozusagen Baugerüste, die als Übergang dienen zwischen einer Arbeit, die ich gerade abgeschlossen habe, und einer weiteren. Das ist nicht eine allgemeine Methode, die für andere oder für mich definitiv gültig wäre. Was ich geschrieben habe, sind keine Rezepte, weder für mich noch für sonst jemand. Es sind bestenfalls Werkzeuge – und Träume.« (Foucault 2005b: 53)

10 Mit der Lexikometrie kommen in der Diskursanalyse auch quantitative Forschungsmethoden zur Anwendung. Vor allem Daniel Wrana verweist darauf, dass die übliche in den Sozialwissenschaften gängige binäre Unterscheidung zwischen quantitativen und qualitativen Methoden mit ihren

qualitativer Sozialforschung, ebenso Methoden der Ethnographie, vor allem in Hinblick auf die Beobachtung und Versprachlichung von Praktiken sowie historiographische Methoden wie die Archivarbeit oder Techniken der Kontextualisierung, um nur einen Teil der Möglichkeiten zu benennen (ebd.: 29f).

4.3 Politische Identität als Gegenstand diskurstheoretischer Debatten

Die Umbrüche der 1960er Jahre und spätestens die einsetzende gegenwärtige Form der Globalisierung nach dem Ende der Blockkonfrontation bewirkten eine vielfältig umkämpfte Debatte um Identität im sozialwissenschaftlichen Bereich. Es setzte zunehmend ein Abschied von der »klassischen« Identitätstheorie¹¹ ein, die ausgehend vom »cartesischen Subjekt« (Descartes) auf der »modernen« Leitidee eines »autonomen«, selbstbestimmten, einheitlichen, kohärenten Subjekts, das seit dem Deutschen Idealismus [Immanuel Kant, Johann Gottlieb Fichte, Friedrich Wilhelm Joseph Schelling, Georg Wilhelm Friedrich Hegel] im Zentrum philosophischer Weltentwürfe stand, beruhte (Eickelpasch/Rademacher 2013: 10; Hall 2012d: 187ff; Stavrakakis 2003: 410). Theoretisch wurde dieser Abschied vom kohärenten Subjekt vor allem durch die Rezeption poststrukturalistischer und dekonstruktiver Ansätze seit den 1970er Jahren in den Sozial- und Geisteswissenschaften vorangetrieben, womit auch zunehmend die bis dahin währenden Auffassungen einer ursprünglichen und kohärenten Identität in die Kritik gerieten. Wie Stuart Hall herausstellt, bedeutete dies jedoch nicht sich von der Idee der Identität vollständig zu verabschieden, sondern sie vielmehr im Sinne Derridas »under erasure« zu stellen, sie weiterhin zu denken, jedoch nicht unter den Prämissen wie es vorher geschah (Hall 1996: 1f).

Das Neudenken von Identität basiert dabei auf der von allen poststrukturalistischen Subjektkonzeptionen geteilten Gemeinsamkeit, dass sie einen einheitlichen Subjektbegriff aufgeben. Vielmehr stellen sie die »Dezentrierung des Subjekts«¹² hervor. Entgegen

jeweiligen sich einander ausschließenden Zuschreibungen, das Potenzial von DA einschränken kann, da diese dem foucaultschen Verständnis der »Formalisierung von Daten« sowie der Vielfalt der Formen ihrer Anwendung, nicht gerecht wird (Wrana 2014: 641–642).

- 11 Die Kategorie der »Identität« geht sogar bis in die Antike zu Aristoteles zurück. Hier bedeutete das Wort *tautotes* soviel wie »shared identity« [geteilte Gleichheit]. Das Lateinische Wort *identitas*, welches von *idem* abgeleitet wird, bezeichnet wiederum »the same« [das Gleiche] (Stavrakakis 2003: 410). Trotz der bereits vorhandenen Kategorie der »Identität«, nahm die Kategorie in philosophischen Diskussionen vormoderner Gesellschaften der Antike und im Mittelalter jedoch keinen großen Stellenwert ein, da hier überwiegend »Gemeinschaften und gesellschaftliche Ordnungen [...] als natürlich bzw. von Gott gegeben und damit [als] feststehend wahrgenommen [...] und daher i.d.R. nicht problematisiert [wurden].« (Glasze 2013a: 24)
- 12 An dieser Stelle sei auch auf den bemerkenswerten Essay von Stuart Hall »Die Frage der kulturellen Identität« hingewiesen, in dem er auf die fünf großen Dezentrierungen des Subjekts eingeht [Louis Althusser, Sigmund Freud und Jaques Lacan, Ferdinand de Saussure, Michel Foucault, Feminismus und »Neue Soziale Bewegungen«], die ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts großen Einfluss in den Gesellschaftswissenschaften und Wissenschaften vom Menschen ausübten. Sie bewirkten die endgültige Dezentrierung des cartesianischen Subjekts und erlaubten so Identitäten neu zu denken und zu artikulieren (Hall 2012d: 193–199).

allen fehlgeleiteten Kritiken an diesen Ansätzen handelt es sich dabei eben nicht um die völlige Aufgabe des Subjekts, »sondern um die Dekonstruktion der Annahme eines autonom handelnden und selbstidentischen Subjekts.« (Stäheli 2015: 47f) Es handelt sich also genauer um eine Art Verweis des Subjektbegriffs auf eine Form der Zerstreuung, in dem bei der Betrachtung der »Identität des Subjekts« die Abhängigkeit vom Eingeschrieben-Sein in verschiedene diskursive Oberflächen und Dispositive in den Mittelpunkt gerückt wird. Erst durch den Diskurs als Ort des Sprechens, Handelns und Fühlens, kann das Subjekt geschaffen werden (ebd.: 47f).

Poststrukturalistisch orientierte Ansätze verwerfen jedoch nicht nur die Idee eines »einheitlichen Subjekts«, sondern gehen zudem von »der produktiven Erzeugung von Subjekten durch Identifikationsprozesse« aus (ebd.: 49). Zwei der wichtigsten Tendenzen sollen kurz aufgezeigt werden. So ist es zunächst Foucault mit seinem Konzept der »Subjektpositionen«, der das Subjekt nicht mehr mit einer Substanz versehen denkt. Vielmehr verwirft Foucault die Idee eines festen Kerns eines Subjekts und setzt dem Ganzen eine neue Konstitutionsweise entgegen, »die ganz unterschiedliche Arten der Selbstbeziehungen des Subjekts zu sich selbst erlaubt.« (ebd.: 49f) Foucault löst das Subjekt in Positionen des Sprechens auf, die diskursiv festgelegt sind, wobei diese sogenannten Subjektpositionen als ein heterogenes Ensemble von Orten aufgefasst werden müssen, die als Positionen regulierter Redeweisen den Subjekten erst ermöglichen zu sprechen (Foucault 1973: 75ff nach Stäheli 2015: 48). Foucault interessiert sich demnach nicht für die Vereinbarkeit des Individuums mit all den verschiedenen Selbstbeziehungen und den damit entstehenden Problematiken, hingegen richtet er seinen Blick auf die jeweils spezifischen Subjektivierungspraktiken, die durch die Vielzahl der Subjektpositionen auf das Subjekt einwirken. Für ihn gibt es dabei auch keinen gesellschaftlichen Bereich, der als eigentliche Basis dient und damit die Einheit des Subjekts ermöglichen könnte. Das Subjekt konstituiert sich allein über eine Vielzahl an Subjektivierungspraktiken in einem heterogenen Ensemble von Kontexten. Aus Foucaults diskursanalytischer Perspektive ist Identitätsbildung durch die Einnahme von Subjektpositionen kein unproblematischer Prozess, sondern bedarf ausgefeilter Machttechniken. Die Herstellung des Subjekts im Sinne Foucaults findet dabei immer in Form eines Doppelprozesses zwischen Handlungsfähigkeit und Unterwerfung statt. Dem Subjekt werden nicht nur verschiedene Plätze innerhalb der machtvollen Struktur des Diskurses zugewiesen, sondern dort, wo Unterwerfungen stattfinden, werden immer auch widerständige, handlungsfähige Subjekte hervorgebracht (ebd.: 50f).

Zudem bildet sich im Anschluss an die Rezeption bestimmter Ansätze der Psychoanalyse von Sigmund Freud (1993) und insbesondere von Jaques Lacan (1966) eine Sozialtheorie heraus, die versucht über Foucault hinauszugehen, in dem das Subjekt nicht nur in eine Vielzahl von Subjektpositionen und Subjektivierungspraktiken aufgelöst wird, sondern darüber hinaus eine Subjektkonzeption entwirft, in der das Subjekt eine »grundlegende Unmöglichkeit der Selbstidentität« aufweist (Stäheli 2015: 54). Das so in sich selbst konstitutiv gespaltene Subjekt lässt sich wiederum in den Prozessen der diskursiven Entstehung von Sinn und Bedeutung festmachen (ebd.: 54). Am weitesten ausgearbeitet wurde eine von Freud und Lacan inspirierte sozialtheoretische Subjekttheorie vom slowenischen Philosophen Slavoj Žižek (1989, 1990, 2002). Identität wird hier stets als Identifikationsprozess gedacht, wohingegen Diskurse als

Identifikationsoberflächen gefasst werden. Diskurse stellen in diesem Sinne eine Art Identifikationsfunktion dar, indem der Mangel des Subjekts durch die symbolischen und imaginären Identifikationsangebote auf der Ebene des Diskurses ersetzt wird. Das hat aber zur Folge, dass sich das Subjekt nie an dem Ort befindet, von dessen Subjektposition es aus spricht. Das Sprechen durch die Einnahme einer Subjektposition im Diskurs ist immer schon ein »enteignetes« Sprechen«, weshalb das Subjekt selbst unfassbar bleibt und sich nur als Mangel in der symbolischen Struktur d.h. im Diskurs offenbart (Stäheli 2015: 55f). Žižek versucht damit Einwände zu formulieren gegen ein allzu mechanistisches Konzept der von Foucault ausgearbeiteten Subjektpositionen, da das Scheitern einer vollständigen Identität bereits im Prozess der Einnahme einer Subjektposition angelegt ist (ebd.: 57f). Sozialtheoretisch dienen diese psychoanalytisch informierten Mechanismen der Identifikation der Analyse von Prozessen der Konstruktion von sozialen Identitäten wie z.B. Ethnien, Nationen, Gender, Ideologien etc. (ebd.: 56).

Die Wiederkehr des Versuchs die Frage nach Identität neu zu stellen, beruhte so gesehen vor allem darauf, die Beziehungen zwischen Subjekt und diskursiven Praktiken über den Prozess der Identifikation neu zu artikulieren. Hall stellt heraus, dass Identifikation in der Alltagssprache bedeutet »seine Herkunft, Abstammung kenntlich zu machen; oder sie verweist auf Eigenschaften, Merkmale, die man mit anderen teilt, oder auf die Übereinstimmung mit einem Ideal und der natürlichen Schlussfolgerung, Solidarität und Bindung auf dieser Grundlage zu etablieren.« (Hall 2004: 168f) Im diskurstheoretischen Ansatz wird Identifikation nun von diesem »Naturalismus« befreit und im Rückgriff auf ein diskursives und psychoanalytisches Repertoire als ein ewig un abgeschlossener Prozess – im Sinne von Identifikation als Konstruktion, die immer prozesshaft bleibt – neu konzeptualisiert (ebd.: 169). Identifikation kann nicht festgehalten oder verlassen werden, d.h. sie ist in diesem Sinne nicht determiniert: »Wenn auch nicht ohne determinierende Existenzbedingungen, einschließlich der materiellen und symbolischen Ressourcen, die dafür notwendig sind«, wie Hall weiter herausstellt, »ist Identifikation letztlich kontextabhängig, verankert in Kontingenz.« (ebd.: 169) Im Prozess der Identifikation wirkt jedoch stets das Spiel der Differenz, da diese sich durch das Ziehen und Markieren symbolischer Grenzen gegen diese richtet, da sonst der Prozess der Identifikation nicht gefestigt werden kann (ebd.: 169). Identitäten müssen in diesem Sinne als ein Punkt der Identifikation verstanden werden, der immer mit einem Ausschluss – einem »konstitutivem Außen« – einher geht und von uns deshalb anerkannt werden muss, dass Identität nur konstruiert werden kann, wenn wir die verstörende Erkenntnis akzeptieren, dass dies immer auch mit einer Beziehung zu dem, was nicht ist, oder anders, mit dem, was uns mangelt, in Beziehung steht (Hall 1996: 4f). Soziale Identitäten können sich deshalb, wie Hall im Anschluss an Laclau feststellt, immer nur durch Machthandlungen konstituieren, da sich am »Rand« jeder Identität, eine Unmäßigkeit, etwas mehr« befindet (Hall 2004: 172). Wie Laclau herausarbeitet gehen diese Machtakte auf die spezifischen Existenzbedingungen jeder Identität zurück. So kann sich jede »kollektive oder soziale Identität«, also die Konstruktion eines Gemeinsamen, immer nur durch ihre antagonistische Beziehung zu ihrem Außen herausbilden. Auf der anderen Seite übernimmt eben genau diese antagonistische Kraft gleichermaßen die Rolle, die

»vollständige« Konstitution der Identität, die ihr gegenüber steht, zu blockieren (Laclau 1990: 21).

Žižek weist jedoch auf die radikale Dimension hin, die die antagonistische Kraft kennzeichnet. Die Blockade der Erreichung einer vollständigen Identität, so Žižek, ist im Subjekt selbst angelegt (Žižek 1990: 254). Die radikale Dimension des Antagonismus besteht folglich darin, dass es schließlich nicht der externe Gegner ist, welcher die Ausbildung der »eigenen« Identität blockiert, sondern jede (kollektive) Identität ist bereits in sich selbst blockiert und damit durch eine »Unmöglichkeit« gekennzeichnet. Der »äußere Gegner« ist somit nur das kleine Stück, der Rest der Wirklichkeit, auf den diese »intrinsische, immanente Unmöglichkeit« projiziert bzw. externalisiert wird. Selbst nach dem Gewinn gegen oder der Vernichtung des antagonistischen Gegners stellt sich nicht eine Identität »mit sich selbst ein, sondern vielmehr hindere sich dann die Identität selbst, an ihrer vollständigen Ausbildung.« (Žižek 1990: 252)

Jason Glynos und Yannis Stavrakakis greifen die daran anschließenden Ausführungen Žižeks über die Unzulänglichkeit der alleinigen Betrachtung eines Punktes symbolischer Identifikationen sowie der Wichtigkeit des antagonistischen Gegners – des Anderen – zur Analyse von Diskursen und Identifikationsprozessen auf, um die Einbeziehung von »sozialen Phantasien« zur Weiterentwicklung von Analyseprozessen zu betonen. Nur so kann ernsthaft verstanden werden, wie Gemeinschaften, Gruppen, Arbeitsfelder, Ideologien etc. durch Identifikationsprozesse zusammengehalten werden. Das Band bzw. Element, welches die Mitglieder einer Gemeinschaft zusammenhält, beinhaltet immer auch die Beziehung zu einem »verkörperten Genießen [Enjoyment incarnated], ein Genießen das in Phantasien strukturiert und direkt mit dem Hass auf die Anderen verbunden ist.« (Glynos/Stavrakakis 2004: 212) Gerade vor diesem Hintergrund lassen sich Phänomene wie z.B. Rassismus, Nationalismus oder Kolonialismus hinsichtlich bestimmter Phantasien analysieren, die die Anderen oder das Andere als den oder das phantasieren, was das eigene Genießen stiehlt bzw. verhindert, als Begründung dafür, dass dieser oder das ausgeschlossen werden muss (ebd.: 211f). Die »analytische Extraktion des Genießens in sozialen Phantasien« stelle somit den zweiten Schritt in einem zweistufigen Ansatz zur Analyse von Identifikationsprozessen in Diskursen dar. Stellt die Analyse diskursiver Artikulation den ersten Schritt dar, so ist der zweite Schritt der Analyse deshalb so wichtig, weil er Aufschluss über das »phantasmatisch-strukturierte

Genießen«¹³ gibt, welches als Unterstützung für die diskursiven Artikulationen fungiert (ebd.: 212).

Aus diskurstheoretischer Perspektive werden Identitäten nicht als etwas Konsistentes gedacht und deshalb Vorstellungen von einer geradlinigen Entwicklung der Identifikationsprozesse hinterfragt. Dies geschieht, in dem der Blick auf die Vielschichtigkeit, die Verschiebungen und Brüche in der Konstruktion von Identitäten gerichtet wird. Auch scheinbar feste Bildungsvorstellungen sind nicht objektiv oder unumstößlich, sondern das Ergebnis historischer Entscheidungen und Konflikte (Glasze 2013a: 26). Identität wird hier nicht als gegeben betrachtet, sondern als Resultat sozialer Prozesse der Konstruktion und »Sedimentation« von Praktiken in Institutionen, weshalb diese auch als »soziale Identität« bezeichnet wird. Da Identitäten jedoch nur konstruiert sind, können sie ebenso politisch herausgefordert und reartikuliert werden, weshalb Stavrakakis letzten Endes von »politischer Identität« spricht (Stavrakakis 2003: 411).

Das Denken um »politische Identität« ist historisch eng mit dem Aufkommen der »neuen sozialen Bewegungen« und einer neuen Form von »Identitätspolitik«¹⁴ ver-

13 In seinen letzten Arbeiten greift Laclau (Laclau 2004: 299ff, 2018: 101ff) die Diskussionen um das »phantasmatisch-strukturierte Genießen« auf und hebt stärker die Dimension des Affekts hervor als »Antriebskraft für die Bemühung [investment] um eine vollkommene Identität« (Glasze 2013a: 26). Dass es Affekte überhaupt gibt, so Laclau, ist wiederum der konstitutiven Unmöglichkeit der Vollständigkeit bzw. politisch gesprochen der konstitutiven Ungleichheit geschuldet, weshalb »pure Harmonie« vollkommen inkompatibel mit den affektiven Dimensionen ist (Laclau 2018: 118f). Der Affekt, welcher in seinem Verständnis das Genießen beinhaltet, stellt damit das eigentliche Wesen der Bemühung dar. »Radikal« ist eine »Bemühung« [investment] immer dann, wenn sie versucht, »einen Gegenstand zur Verkörperung einer mythischen Fülle zu machen« (ebd.: 115), anders gesagt, ihn trotz aller Unmöglichkeit als Repräsentation einer vollständigen Identität zu konstituieren. Jedoch in dezenter Abgrenzung zu Glynos und Stavrakakis betont Laclau, dass die Dimension des Affekts nicht einfach zu den Signifikationsprozessen hinzugefügt wird, sondern diese nur dadurch stattfinden können, dass Erstere immer schon Teil von Letzteren ist (Laclau 2004: 302). Das geht auf Laclaus spezifisches Verständnis von Diskurs zurück, der diesen nicht in einem engen Sinne nur auf sprachliche Dimensionen reduziert, sondern diesen als ein komplexes Beziehungsgeflecht an Elementen begreift, in dem das »Genießen« ein ebenso konstitutives Element, wie das linguistische darstellt (ebd.: 303).

14 Es ist wichtig hier noch einmal die von Stuart Hall herausgearbeitete Unterscheidung zwischen einer »Identitätspolitik ersten Grades« und »zweiten Grades« einzuführen, welche er in Bezug auf eine rassismus- und in Teilen globalisierungskritische Politik entwickelt (Hall 2012e: 19, 2012a: 78ff). Die erste hängt dabei eng mit der Strategie einer »Konstituierung einer defensiven kollektiven Identität« zusammen, die von Menschen oder für Forderungen genutzt werden, die von der Identität und Identifikation der dominanten Gruppe oder sozialen Ordnung ausgegrenzt werden, was sie dazu zwingt sich auf die Suche nach neuen Wurzeln zu machen, die sie stützen, wie z.B. die schwarze Identität, die Identität des Lokalen oder die Identität der Frauen. Sie ist nach Hall »ein gewaltiger Akt von [...] imaginärer politischer Neu-Identifikation«, um eine Gegen-Politik aufzubauen, so dass die Menschen, das Lokale, das Nicht-Sichtbare, das Nicht-Hörbare etc. der Randbereiche in die Repräsentation einbringen können und beginnen können (hörbar oder sichtbar) zu sprechen (Hall 2012a: 78ff). Solange spezifische soziale Ordnungen ihre ökonomischen, ökologischen, politischen, kulturellen und sozialen Beziehungen aufrechterhalten, welche diese gewaltvoll und mithilfe von Ungleichheitsprozeduren strukturieren, solange wird es auch Kämpfe in dieser Richtung geben (ebd.: 82). Jedoch ist es wichtig anzuerkennen, wie Hall betont, dass diese Weise der Identitätspolitik des ersten Grades, aufgrund ihrer Fixierung auf eine wesentliche Ka-

bunden. Ihr Aufkommen ermöglichte es, dass verschiedenste marginalisierte Gruppen – Frauen, indigene Gruppen etc. – und Themen – Genderidentitäten, Nachhaltigkeitsvorstellungen etc. – ihren Ort in einer zuvor als unhinterfragten Repräsentation der bestehenden Ordnung nun in Frage gestellt und reartikuliert werden konnten. »Politische Identität«¹⁵ beinhaltet damit die Möglichkeit für Gruppen die ihnen zugewiesene Position in einer sozial hervorgebrachten (Bildungs-)Ordnung und die damit verbundene Repräsentation der Identität dieser sozialen Ordnung, durch spezifische kämpferische Artikulationen immer wieder zu hinterfragen und zu reartikulieren (ebd.: 411).

4.4 Hegemonie- und Diskurstheorie nach Laclau und Mouffe zur Analyse politischer Identitäten

Im Folgenden wird die Hegemonie- und Diskurstheorie nach Laclau und Mouffe vorgestellt, da sie der Arbeit als analytisches Instrumentarium dient, um die Bildungsverhältnisse im Bereich der Gestaltung und Legitimation Globaler Bildung empirisch zu untersuchen. Die hegemonietheoretisch gefasste Form einer Diskursanalyse stellt zudem den Rahmen für eine begründete Auswahl, der im nächsten Kapitel dargestellten Methoden bereit. Mit dem Beginn der Ausarbeitung einer Hegemonie- und Diskurstheorie mit dem strategischen Ziel der Radikalisierung von Demokratie, die seit dem

tegorie ohne ihre »Positionalität« genauer zu betrachten »in Bezug auf gewisse Dinge ebenfalls ein Schweigen beinhaltet«, weshalb die negativen Wirkungen jeder Positionalität stets im Blick behalten werden müssen (ebd.: 82f). Identitätspolitik zweiten Grades bezeichnen jedoch »eine Politik, die anerkennt, dass wir alle aus vielen sozialen Identitäten, nicht aus einer einzigen, zusammengesetzt sind. Dass wir alle durch verschiedene Kategorien, durch verschiedene Antagonismen, komplex konstruiert sind und dass diese uns einen gesellschaftlichen Platz in vielen Positionen der Marginalität und Unterordnung zuweisen können, ohne dass sie genau in derselben Weise auf uns wirken.« (ebd.: 83) Es ist eine Politikkonzeption, die nach Hall im Sinne Gramscis als »Stellungskrieg« verstanden werden muss und die politisch kompliziert ist, da keine Identität bereits politische Garantien enthält, »weil sich Identifikationen verändern und verschieben, weil sie durch ökonomische und politische Kräfte außerhalb von uns bearbeitet und in verschiedener Weise artikuliert werden können.[...] Es gibt überhaupt keinen Grund, warum um Himmels willen ein Film gut sein sollte, nur weil eine *schwarze* Person ihn gemacht hat. Es gibt überhaupt keine Garantie dafür dass jede Politik schon richtig ist, weil eine *Frau* sie macht.« (ebd.: 83f) Da Identitäten »immer komplex zusammengesetzt, immer historisch konstruiert [...] nie an demselben Ort, aber immer auf einen Ort bezogen, positional« sind (ebd.: 83), was, wie in Stavrakakis Ausführungen hervorgehoben, eine Entscheidung verlangt, kann hier auch von einer »politischen Identität« gesprochen werden. Die »Verschiebung«, von der Hall hier in Bezug auf die unterschiedlichen Konzeptionen von Identitätspolitik spricht, kann als ein »Übergang vom Kampf um Repräsentationsverhältnisse zu einer Politik der Repräsentation selbst beschrieben werden.« (Hall 2012e: 17)

- 15 Laclau und Mouffe stimmen grundlegend darin mit Foucault überein, dass immer dort wo es Macht gibt, es auch Widerstand gibt, jedoch betonen sie, dass die Formen des Widerstandes sehr unterschiedlich sein können. Ihnen geht es vor allem darum, die Widerstandsformen hervorzuheben, die einen »politischen Charakter« annehmen, d.h. die zu Kämpfen mit dem Ziel werden, »die Unterordnungsverhältnisse als solche zu beenden.« Es geht ihnen deshalb explizit darum »das Auftauchen einer kollektiven Handlung ausfindig zu machen, die gegen Ungleichheiten kämpft und Unterordnungsverhältnisse in Frage stellt.« (Laclau/Mouffe 2015: 189)

Ersterscheinen ihres Buches *Hegemony and Socialist Strategy* im Jahre 1985 (Laclau/Mouffe 2001) ihren Anfang nahm, haben Laclau und Mouffe eine fast unüberschaulich große Anzahl theoretischer und empirischer Arbeiten – insbesondere aus Philosophie, Soziologie, Politikwissenschaft und den Cultural Studies, aber auch unter anderem in Psychoanalyse, Geschichte, Ökonomie und Raumwissenschaften – angeregt (Bruell/Mokre 2018; Critchley/Marchart 2004; Dzudzek 2013; Dzudzek/Kunze/Wullweber 2014; Gilroy 2013; Glasze 2013b; Grossberg 1992; Hall 1988, 2000; Hetzel 2017; Howarth 1996; Howarth/Norval/Stavarakakis 2000; Laclau 1994b, 2013c; Marchart 1998a, 2002, 2013a, 2017; Marttila 2016; Mouffe 1992, 1999a; Nonhoff 2006b; Norval 1996; Sarasin 2001; Scherrer 1995; Stäheli 2000; Vey 2015; Wullweber 2010).

Auch in der Erziehungswissenschaft ist es in den letzten Jahren zu einer wachsenden Auseinandersetzung mit der Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe gekommen. So ist die Theorie Laclaus und Mouffes u.a. Gegenstand der Debatten deutschsprachiger Bildungsphilosophie, allen voran um Alfred Schäfer, im Hinblick auf die »Probleme des Pädagogischen« (Schäfer 2013: 549), die Irritationen durch den »Anderen« in der Bildung sowie die Möglichkeiten dekonstruktiver Diskursanalyse und der Analyse von Artikulationen im Feld der Erziehung und Bildung (Forster 2013; Mayer/Hoffarth 2014; Schäfer 2011, 2013). Ebenso ist im englischsprachigen Bereich, die Theorie Laclaus und Mouffes zur Erhellung pädagogischer Sachverhalte aufgegriffen worden. Vor allem Fragen der Erziehung und Bildung und ihrem Verhältnis zu Demokratie und Demokratisierung, dem Umgang mit Konflikten, der Konstruktion politischer Gemeinschaft und der Betonung der Wichtigkeit der Affektdimensionen in Bildungsprozessen sowie zur Hervorbringung wirksamer, jedoch demokratischer politischer Aktionen unter den sich ausdifferenzierenden gesellschaftlichen Verhältnissen, spielen in den bildungsphilosophischen Debatten eine wichtige Rolle (Biesta 2001, 2011, 2013a; Ruitenberg 2008, 2009, 2010a, 2010b, 2011a, 2015, 2018; Szkudlarek 2013).

Auch wenn die Diskurstheorie Laclaus und Mouffes bisher zumeist nur in die Erziehungswissenschaft in theoretischen Arbeiten Einzug gehalten hat, so sind inzwischen auch einige wenige empirische Forschungen entstanden, die an die Diskurstheorie Laclaus und Mouffes anschließen. Diese zeichnen sich vor allem durch ihre methodische Offenheit und Flexibilität und ihre Anpassung der Theorie an ihren empirischen Gegenstand aus (Chronaki/Kollosche 2019; Jergus 2015; Macgilchrist 2015). Explizit für den Bereich der IVE sind dem Verfasser der Arbeit bisher jedoch keine diskursanalytischen Arbeiten im Anschluss an Laclau und Mouffe bekannt.

Laclau und Mouffe sind als zwei der Hauptvertreter*innen einer »poststrukturalistisch informierten politischen Theorie« anzusehen (Marchart 2013b: 7). Mit ihrem komplexen Werk haben sie eine »umfassende Gesellschaftstheorie« geschaffen (Wullweber 2014a: 29). Die Reformulierung der Diskurstheorie durch Laclau und Mouffe lässt sich nicht allein auf Auseinandersetzungen auf der Ebene der Theorie reduzieren, sondern hat ebenso ihre Ausgangspunkte in historischen Faktoren und Veränderungen, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begannen und sich bis in die heutige Zeit (der neoliberalen und postkolonialen Globalisierung) fortziehen. Der sich seit dem mit rapider

Geschwindigkeit in der ganzen Welt ausbreitende »globalisierter Kapitalismus«¹⁶ – vom »Westen« bis hin zu den Ländern des ehemaligen sozialistischen Lagers und den neuen postkolonialen Staaten – hat die immense Vervielfältigung sozialer Heterogenität noch einmal beschleunigt und damit die strukturelle Bedingung und die historische Situation geschaffen, unter der der Verlust der emanzipativen Kraft alter Praktiken der »Klassen-Formation« und der Aufstieg neuer rechter und oligarchischer Kräfte, die Pluralisierung der Kämpfe in der »Dritten Welt«, das Aufkommen der »neuen sozialen Bewegungen«¹⁷ sowie neuen Form von »Identitätspolitik« stattfand, weshalb die Konstruktion politischer Kollektivwillen neu theoretisiert wurde (Laclau 1990: 163ff, 168ff, 197ff.; 2018: 229f; Laclau/Mouffe 2015: 195ff, 207ff; Stavrakakis 2003: 411). Die von ihnen entwickelte Theorie ist damit auch als ein gegenseitiges Ineinandergreifen von theoretischen und praktischen Bereichen zu verstehen (Critchley/Marchart 2004: 1), weshalb ihr entwickeltes Instrumentarium auch für politische Analysen pädagogischer Praxisprozesse interessant sein kann.

4.4.1 Diskurs, Artikulation und die Notwendigkeit des Außens

Seit der erstmaligen Erscheinung ihres Buches *Hegemonie und radikale Demokratie* Mitte der 1980er Jahre entwickeln Laclau und Mouffe eine Diskurstheorie, die auf dem Diskurskonzept von Michel Foucault, verschiedenen Strömungen dessen was unter dem Begriff Poststrukturalismus gefasst wird und einer (post-)marxistischen Weiterentwicklung des Hegemoniekonzeptes, aufbaut¹⁸ (insb. Kap. 4: Laclau/Mouffe 2015). Darüber

16 Anders formuliert weist Laclau darauf hin, dass die historische Situation, in der das heutige Aufkommen und die Ausweitung von Identitäten ermöglicht wurde, das ist, was als »globalisierter Kapitalismus« beschrieben werden kann. Erst dieser stellt die strukturelle Bedingung dafür dar, dass es zu einer immensen Vervielfältigung sozialer Heterogenität und deshalb auch zur Vervielfältigung damit zusammenhängender Forderungen (zur Identitätskonstruktion) gekommen ist. »Globalisierter Kapitalismus« steht dabei für Laclau nicht für eine rein ökonomische Realität, sondern für einen Komplex »in which economic, political, military, technological, and other determinations – each endowed with its own logic and a certain autonomy – enter into the determination of the movement of the whole. In other terms, heterogeneity belongs to the essence of capitalism [...]« (Laclau 2018: 229f)

17 Laclau und Mouffe fassen darunter die Vielfalt der unterschiedlichen Kämpfe, die spätestens seit den 1960er Jahren zunächst in den »Industriegesellschaften« sichtbar geworden sind und die Dynamiken des Politischen seit dem wesentlich prägen, wie z.B. urbane, ökologische, anti-autoritäre, anti-institutionelle, feministische, anti-rassistische sowie Kämpfe ethnischer, regionaler und sexuell untergeordneter Gruppen (Laclau/Mouffe 2015: 196). Sie interessiert dabei vor allem die »neue Rolle«, die diese für die Artikulation der »schnellen Verbreitung sozialer Konfliktualität auf immer zahlreichere Verhältnisse spielen« und zu den »Kämpfe[n] auf der Ebene der Produktionsverhältnisse«, die historisch zumeist als »Klassen«-kämpfe subsumiert wurden (ebd.: 196), hinzugekommen sind.

18 Laclau und Mouffe haben im Wesentlichen zu einem »Political Turn« des Poststrukturalismus beigetragen. Nicht nur, da sie ihren Fokus selbst zumeist auf die Analyse politischer Phänomene richteten, sondern auch deshalb, weil sie ausgehend von der gemeinsam mit vielen Strängen des Poststrukturalismus geteilten Ansicht diskursiver Verfasstheit von Gegenständen und Strukturen und der damit einhergehenden Skepsis gegenüber vermeintlich geschlossenen und unveränderbaren »Totalitäten« dem Ganzen eine Theorie der hegemonialen Fixierung von Diskursen hinzu-

hinaus stellen auch bestimmte radikale Versuche der Phänomenologie mit dem Essentialismus zu brechen wie z.B. Maurice Merleau-Ponty und die post-analytische Philosophie Ludwig Wittgensteins im Werk von Laclau und Mouffe eine wichtige Inspiration dar (Laclau 1990: 212; Laclau/Mouffe 2015: 142, 248). Der von ihnen im Anschluss an den Post-strukturalismus entwickelte Diskursbegriff geht davon aus, dass sich soziale und kulturelle Identitäten nicht auf ein festes und unverrückbares Fundament gründen können wie z.B. eine »göttliche Ordnung« oder das »Gesetz der Ökonomie«, sondern dass diese durch *diskursive Artikulationsprozesse* konstituiert werden (Stäheli 1999: 146). *Artikulation*¹⁹ ist dabei als eine »Praxis des kontingenten In-Beziehung-Setzens von Elementen« zu verstehen, »mit der Konsequenz, dass diese Elemente in bestimmter Weise differenziert und folglich mit Bedeutung versehen werden.« (Nonhoff 2006a: 75f)

Diskurse sind nach Laclau und Mouffe demnach zum einen »die Totalität²⁰ dieser fortgesetzten bedeutungsgenerierenden Artikulationspraxis« und gleichermaßen stellen sie »das umfassende, durch Differenzen strukturierte Produkt dieser Praxis« dar (ebd.: 76). In diesem Sinne sind Diskurse »Differenzsysteme, weil die einzelnen Elemente nicht von sich aus eine bestimmte Bedeutung tragen, sondern erst durch ihre Beziehung zu anderen Elementen des Diskurses bedeutsam werden.« (Stäheli 1999: 147) Diskurse sind also die »strukturierte Totalität«, die aus der »artikulatorischen Praxis« hervorgeht (Laclau/Mouffe 2015: 139), weshalb sie auch »als eine Fixierung von Bedeutung in einem Netz von Differenzbeziehungen interpretiert werden« können (Glasze 2013b: 219). Struktur und Praxis fallen damit im Diskursverständnis bei Laclau und Mouffe zusammen und sind durch ein gegenseitiges Durchkreuzen geprägt, woraus sich die für den Diskurs kennzeichnende Dynamik von Stabilität und Bewegung ergibt (Nonhoff 2006a: 76).

Ihr Diskurskonzept ist dabei zunächst eng mit dem Diskursverständnis des frühen Michel Foucault²¹ in der »Archäologie des Wissens« verwandt, wo er den Charakter »dis-

-
- fügten. Gerade letztere ermöglichte ihnen für die aus der »dekonstruktiven« Offenlegung der Unabschließbarkeit von Strukturen hervorgehenden Momente der Unentscheidbarkeit, eine Theorie der Entscheidung auf einem unentscheidbaren Terrain zu entwickeln (Critchley/Marchart 2004: 5).
- 19 Der Begriff der Artikulation gliedert sich in die marxistische Theoriebildung ein. Wie Stuart Hall ausführt, besteht ein entscheidender theoretischer Verdienst der Theorie der Artikulation zur Weiterentwicklung marxistischer Debatten darin, dass die Theorie der Artikulation drei Prinzipien der marxischen Methode respektiert: das *materialistische* Prinzip – »dass die Analyse politischer und ideologischer Strukturen von ihren materiellen Existenzbedingungen ausgehen muss – und das *historische* – dass die spezifischen Formen dieser Verhältnisse nicht *a priori* aus der ökonomischen Ebene abgeleitet werden können; dass vielmehr ihre Rekonstruktion durch weitere, ihre *differentiae specifica* erklärenden Bestimmungen ergänzt und in ihrer historischen Spezifik gefasst werden muss.« (Hall 2012f: 111f) Hinzu kommt das *strukturelle* Prinzip, welches ausdrückt, dass es keine Vorstellung einer einfachen Einheit zwischen Kapital- oder anderen Ausdrucks-Beziehungen, sei es auf der ökonomischen oder politischen Ebene etc. geben kann, sondern dass sie alle Glieder einer Totalität bilden, Unterschiede innerhalb einer Einheit.« (MEW 13: 625 zit.n. Hall 2012f: 116f)
- 20 Unter Totalität verstehen Laclau und Mouffe »ein Ensemble totalisierender Effekte in einem offenen relationalen Komplex.« (Laclau/Mouffe 2015: 137)
- 21 Auch der Begriff der Artikulation ist im Anschluss an das begriffliche Doppel Äußerung/Aussage von Foucault zu betrachten (Nonhoff 2006a: 75).

kursiver Formationen« als »Regelmäßigkeit in der Verstreuung« begreift (Laclau/Mouffe 2015: 139f) und damit die Beständigkeit in den nach außen gerichteten Beziehungen der einzelnen Elemente, die keinem übergeordneten oder zugrundeliegenden Prinzip der Strukturierung gehorchen, beschreibt (Laclau 2017: 545). Laclau zufolge bleibt jedoch bei dem alleinigen Fokus auf die »Regelmäßigkeit in der Verstreuung« die wichtige Frage nach den Grenzen zwischen den diskursiven Formationen offen (ebd.: 545). Hingegen besteht das Diskursverständnis Laclaus und Mouffes darin, dass jede diskursive Identität aus sich selbst keine Bedeutung generieren kann, sondern diese durch die Abgrenzung zu anderen Identitäten hervorgebracht wird (Stäheli 1999: 146). Im Anschluss an die Überlegungen Derridas in seinem Buch »Die Schrift und die Differenz« gehen sie davon aus, dass die Herstellung von jeder Bedeutung und damit auch von jeglicher Identität in einem Diskurs stets von einem »Äußeren« abhängig ist, also von der Abgrenzung gegenüber anderen Identitäten, und dass diese Konstitution überhaupt erst durch diese Abgrenzung erzeugt wird. Eine absolut fixierte Bedeutung ist damit unmöglich (Laclau/Mouffe 2015: 146f). Anders gesagt ist Bedeutung »niemals außerhalb eines Systems von Differenzen präsent« (Derrida 1972: 424). Laclau und Mouffe bringen diesen Punkt wie folgt zur Geltung: Es gibt »keine gesellschaftliche Identität, die völlig geschützt ist vor einem diskursiven Äußeren, das sie umformt und verhindert, dass sie völlig genäht wird. Sowohl die Identitäten als auch die Beziehungen verlieren ihren zwangsläufigen Charakter.« (Laclau/Mouffe 2015: 145)

Die Konsequenz der unausweichlichen Präsenz eines »Außens« ist, dass eine unauf löbliche Spannung zwischen dem »Innen« und »Außen« jeglicher Bedeutung und damit auch jeder Identität, die Bedingung jeder sozialen Praxis ist. Die Prämisse von »Gesellschaft« als eine »selbstdefinierte Totalität« hat damit keine Gültigkeit in ihrer Diskurstheorie, der Charakter von »Gesellschaft« bleibt damit notwendigerweise immer unvollständig (ebd.: 145). Die Abhängigkeit jeder Bedeutung und Identität durch einen negativen Bezug auf das, was sie nicht ist, hat laut Laclau und Mouffe Auswirkungen auf die Möglichkeiten einer Homogenisierung oder besser einer Äquivalenzverkettung der inneren Differenzen einer Identität. Es werden also zunächst in ihrem Diskursbegriff zwei unterschiedliche Formen an Differenzen sichtbar. Auf der einen Seite haben wir es mit *Differenzen innerhalb des Diskurses* zu tun und auf der anderen Seite mit einer *konstitutiven Differenz*, die das »Innere« des Diskurses von seinem »Außen« trennt und damit letzten Endes den unvollständigen Charakter des Diskurses konstitutiv aufrecht erhält (Laclau/Mouffe 2015: 163ff; Stäheli 1999: 146).

Aus den unterschiedlichen Formen der Differenz ergeben sich wiederum auch zwei unterschiedliche Formen der Differenzbeziehungen, wobei zwischen einer nach »Innen« und einer nach »Außen« gerichteten Beziehung unterschieden werden muss. So sind, wie Urs Stäheli schreibt, die »*internen Differenzen* [...] verschiedene Elemente des Diskurses, die in einem differentiellen Gewebe stehen«, jedoch über ihre gegenseitigen Beziehungen ein gemeinsames diskursives Bedeutungs- bzw. Sinngefüge bilden. All diejenigen Elemente, die sich jenseits dieses Bedeutungsgefüges befinden, können als *Differenzen zu einem »Außen«* beschrieben werden (Stäheli 1999: 146). Als das »*Feld der Diskursivität*« bezeichnen sie wiederum das notwendige Terrain des »Bedeutungsüberschusses« durch das unausweichlich jeder Diskurs untergraben wird. Hiermit verweisen sie explizit auf die Beziehung jeden Diskurses zu seinem »Außen« und damit auch zu den Elementen, die

außerhalb des Diskurses stehen. Erstens kommt damit der notwendige diskursive Charakter jedes Objekts zum Ausdruck und zweitens wird gleichermaßen auf die Unmöglichkeit jedes gegebenen Diskurses verwiesen, die Bedeutungsproduktion seiner Objekte endgültig abzuschließen (Laclau/Mouffe 2015: 146). Folglich ist das System des Diskurses, das zum einen durch eine partielle Begrenzung dieses »Bedeutungsüberschusses« existiert, aber zugleich durch diesen untergraben wird, für Laclau und Mouffe das notwendige Terrain für die Konstitution jeder sozialen Praxis, da dieser »Überschuss« jeder diskursiven Situation inhärent ist (Laclau/Mouffe 2015: 146). Kurz gesagt: Bedeutungen und Identitäten können damit zum einen niemals endgültig fixiert werden und gesellschaftliche Beziehungen bewahren damit stets einen kontingenten Charakter.

Die »Unmöglichkeit einer endgültigen Fixiertheit von Bedeutung« beinhaltet gleichermaßen aber auch, dass immer neue partielle, temporäre Fixierungen von Bedeutung möglich und notwendig werden, da, wie bereits erwähnt, nach Derrida Bedeutung nur in einem System der Differenz existieren kann. Ein System in dem also Unterscheidung möglich ist. Es ist dieser paradoxe Aspekt, dass gerade zur Untergrabung von Bedeutung, *eine* Bedeutung notwendig ist (Laclau/Mouffe 2015: 147). Dies wird vor allem ersichtlich, wenn sie ihren Diskursbegriff konkretisieren, indem sie die inhärente politische Dynamik von Diskursen genauer beschreiben: »Jedweder Diskurs konstituiert sich als der Versuch, das Feld der Diskursivität zu beherrschen, das Fließen der Differenzen aufzuhalten, ein Zentrum zu konstruieren.« Denn, so Laclau und Mouffe weiter, erst »diese Beschränkung der Produktivität der Signifikantenkette erzeugt jene Positionen, die Aussagen möglich machen [...]« (Laclau/Mouffe 2015: 147). Anders gesagt: In der Unmöglichkeit einer umfassenden fixierten gesellschaftlichen Struktur ist für Laclau und Mouffe einerseits »die Grundlage für die fortwährenden Auseinandersetzungen um soziale Beziehungen und Identitäten« angelegt, jedoch andererseits auch die Notwendigkeit der Bewegung hin zu immer neuen, partiellen temporären Fixierungen (Glasze 2013b: 73f). Gerade diese ständige Veränderbarkeit von Diskursen, die sie betonen, macht einen wichtigen Gehalt ihrer politischen Theorie aus, da hiermit die Reartikulation von Diskursen als politischer Akt begreifbar wird (Stäheli 1999: 148).

Damit tun sich nun auch die Unterschiede zu Foucault auf: Zunächst verwerfen Laclau und Mouffe konsequenter als Foucault in ihrer Diskurstheorie die Unterscheidung des Gegensatzes zwischen diskursiven (d.h. sprachlichen und anderen symbolischen) und nicht-diskursiven Praktiken (z.B. körperliche Handlungen, »natürliche Phänomene«, Institutionen, Techniken, Ökonomie), als es zumindest der frühe Foucault getan hat. Für sie sind Letztere nichts anderes als »mehr oder weniger komplexe Formen differentieller Positionen unter den Objekten« derselben diskursiven Struktur (Laclau/Mouffe 2015: 139ff). Genauer gesagt gibt es für sie anders als für Foucault keinen außer- bzw. prädiskursiven Bereich (ebd.: 140f).

Das Ausmaß der Bedeutung und Produktivität jener Zentralität, die Laclau und Mouffe der Kategorie des Diskurses zuweisen, wird erst durch ihre These deutlich, dass es keine soziale Praxis, wie auch soziale Verhältnisse und damit auch so etwas wie »Gesellschaft«, außerhalb diskursiver Bedingungen geben kann. Kurz gesagt: Jeder Gegenstand, der in unser Denken eintritt wird diskursiv bedingt sein. Die gegenständliche Spezifik hängt damit immer von der Strukturierung des diskursiven Feldes ab. Sie machen deutlich, dass dies nicht gleichbedeutend damit ist, dass auch Gegenstände

außerhalb unseres Denkens existieren können (ebd.: 142ff). Worum es ihnen geht ist, dass die Dinge in der Welt erst für die Menschen bedeutungsvoll werden, »wenn sie diskursiv von den Menschen und für die Menschen mit Sinn versehen« worden sind (Glasze 2013b: 75). Für Laclau und Mouffe sind nicht nur Wörter, sondern auch Handlungen Teil derselben diskursiven Totalität, da sie beide trotz ihrer terminologischen Unterscheidung die Bedeutung teilen, die ihnen in einem spezifischen Kontext in einer spezifischen Operation zukommt und diese spezifische Bedeutung damit etwas darstellt, was miteinander verglichen werden kann. Sie haben sich gerade deswegen für den Begriff des Diskurses entschieden, um zu bekräftigen, dass jede soziale Konfiguration bedeutungsvoll ist (Laclau/Mouffe 1990: 100). Das Faktum des Physischen eines Gegenstands mag das gleiche bleiben, aber die Bedeutungen, die aus dem (selben) Gegenstand erwachsen, können je nach Relation zu seinem Kontext, vollständig andere sein.²² Es ist eben jene systematische Zusammensetzung der Beziehungen mit anderen Objekten, die Diskurs genannt wird. Der diskursive Charakter eines Objekts ist deshalb nicht gleichbedeutend mit der Infragestellung der physischen Existenz des Objekts, sondern seiner spezifisch-kontextuellen Bedeutung (Laclau/Mouffe 1990: 100f). Gerade der Verweis auf die soziale Konstruktion von Sinn macht die Diskurstheorie zu einer Theorie des Gesellschaftlichen (ebd.: 100).

Die zweite Unterscheidung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe zu Foucault besteht darin, welche Bedeutung sie der Abgrenzung eines Diskurses gegenüber einem »Außen« beimessen. Wie bereits erwähnt, bleibt nach Laclau bei Foucault die Frage offen, wie Grenzen zwischen den diskursiven Formationen gezogen werden. Foucaults Fokussierung in seiner Archäologie auf die »Regelmäßigkeit der Streuung von Aussagen« (s. Übers. nach Glasze 2013b: 75) lasse die Bestimmbarkeit einer Grenze nicht zu und es bliebe somit die Frage nach einer Grenze offen, die neben der »Regelmäßigkeit in der Verstreuung« ebenso als ein Prinzip der Einheit in einem partikularen diskursiven Feld auftritt (Laclau 2017: 544f). Wie Stäheli anmerkt, wenden sie sich letztendlich gegen Foucaults Diskursbegriff, um die Beziehung zwischen Bedeutungsfixierung und Instabilität des Diskurses theoretisch-konzeptionell fassen zu können, »da sie den Grenzbegriff [zwischen einem Innen und einem Außen] nicht zugunsten der Dispersion (Streuung) diskursiver Ereignisse aufgeben wollen, sondern [die] Grenzen [fest umrissener Differenzsysteme/Diskurse] ohne letztes Fundament denken möchten.« (Stäheli 1999: 148) Es ist gerade die durch das »Außen« zur Verfügung gestellte Abgrenzung, die die Schließung²³ und Offenheit des Diskurses im selben Maße ermöglicht (ebd.: 148). Gerade die Abhängigkeit der Möglichkeit von Bedeutung von einem »Außen« und nicht einfach von einem »Typus der abwesenden Einheit« wie bei dem frühen Foucault, stellt hier den wesentlichen Unterschied dar (ebd.: 148).

22 Sie nennen das Beispiel eines Steins, welcher je nach diskursiver Konfigurierung unterschiedliche Bedeutung haben kann: So kann er ein ästhetisches Objekt zur kontemplativen Betrachtung sein, ein Bestandteil zur Errichtung eines Hauses oder im Wurf, ein Projektil zur Zerstörung von z.B. Fensterscheiben. Es sind die Beziehungen des Elements die seine Bedeutung formen (Laclau/Mouffe 1990: 100f).

23 »Schließung« bezieht sich dabei auf die Stabilisierung und Fixierung der internen, diskursiven Differenzen im Gegensatz zur Offenheit des Diskurses, die auf die Destabilisierung von Bedeutung verweist.

Laclau und Mouffe entwickeln zur analytischen Unterscheidung von Entitäten in ihrer Diskurstheorie verschiedene Begriffe, um markieren zu können, ob sich diese innerhalb bzw. außerhalb des Diskurses befinden. Dazu führen sie die Differenzierung in »Momente« und »Elemente« ein (Laclau/Mouffe 2015: 139). Mit »Momente«²⁴ werden all jene Differenzierungen beschrieben, »deren Bedeutung in einem spezifischen Diskurs partiell fixiert wurde.« (Glasze 2013b: 75) Wie bereits gezeigt, ist das System eines spezifischen Diskurses jedoch in das gesamte »Feld der Diskursivität« eingebettet, wodurch stets die Dynamik entsteht, dass der Diskurs von dem Terrain des »Bedeutungsüberschusses« untergraben wird. All diese »Bedeutungen, welche in anderen Diskursen existierten bzw. existieren« und noch nicht in das »Innen« des spezifischen Diskurs eingegangen sind, bezeichnen sie als »Elemente« (ebd.: 75). Die Praktiken, »die eine Beziehung zwischen Elementen herstellen, so dass deren Identität [und damit auch deren Bedeutung] verändert wird«, nennen Laclau und Mouffe »Artikulation« (ebd.: 75). Ein jeder Diskurs stellt einen Versuch dar, das Feld der Diskursivität zu kontrollieren, um das beständige Überfluten mit Elementen aufzuhalten, in dem versucht wird »die Bedeutung von Elementen zu fixieren und sie somit in Momente eines Diskurses umzuwandeln« (ebd.: 76), um ein Zentrum im Sinne einer partiellen, temporären Fixierung zu konstruieren (Laclau/Mouffe 2015: 147). Aufgrund der Relationalität jeglicher Identität und der beständigen Untergrabung eines jeden Diskurses durch das ihn überflutende Feld der Diskursivität kann der Übergang von »Elementen« zu »Momenten« jedoch niemals in voller Gänze gelingen (ebd.: 148). Wie Laclau und Mouffe schreiben, kommt diesen »Elementen« deshalb auch der Status eines »flottierenden Signifikanten« zu. Dies sind »Elemente«, die in einem Diskurs nicht vollständig verkettet artikuliert werden können, weshalb ihr flottierender Charakter »letztlich jede diskursive (d.h. soziale) Identität« durchdringt (ebd.: 148).

4.4.2 Knotenpunkte, konstitutive Logiken und Antagonismus

Damit ein Diskurs trotz seiner Offenheit und aufgrund seiner Unmöglichkeit der Schließung so etwas wie eine Bedeutung hervorbringen kann, muss die Produktivität der Signifikantenkette, die durch die Untergrabung durch Elemente (»flottierende Signifikanten«) stets weiterläuft, beschränkt werden, da sonst Positionen von denen Aussagen möglich sind, nicht erzeugt werden könnten.²⁵ Deshalb ist es notwendig privilegierte diskursive Punkte der partiellen Fixierung in einem Diskurs zu konstruieren. Diese Punkte nennen sie im Anschluss an Jaques Lacan²⁶ »Knotenpunkte«. Sie stellen »privilegierte Signifikanten« dar, anhand derer die Bedeutung einer Signifikantenkette fixiert werden kann, da nur so jene Positionen, die Aussagen ermöglichen, erzeugt werden

24 Trotz der Möglichkeit Elemente des »Innens« mithilfe des Begriffes »Momente« explizit zu kennzeichnen, handelt es sich schließlich auch bei ihnen im Allgemeinen um Elemente, da sich ihr Status verändern kann.

25 Nach Lacan hätten wir es hier mit einem Diskurs des Psychotikers zu tun, da hier keine Bedeutung mehr fixiert werden kann (Laclau/Mouffe 2015: 147).

26 Bei Lacan heißen privilegierte Signifikanten, die die Bedeutung einer Signifikantenkette fixieren, bzw. bei Lacan ist es vernähen, »Steppunkte« (Laclau/Mouffe 2015: 147).

können (Laclau/Mouffe 2015: 147). Knotenpunkte sind in diesem Sinne ein wichtiger Bestandteil der Praxis der Artikulation:

»The practice of articulation, therefore, consists in the construction of nodal points which partially fix meaning; and the partial character of this fixation proceeds from the openness of the social, a result, in its turn, of the constant overflowing of every discourse by the infinitude of the field of discursivity.« (Laclau/Mouffe 2001: 113)

Die Grenze, auf die Laclau und Mouffe in ihrer Theorie nicht verzichten wollen ist diejenige, die zwischen einem Innen und einem Außen des Diskurses unterscheidet. Nach ihnen markiert die Grenze jenen Punkt, der über die Zugehörigkeit und den Ausschluss des Diskurses und damit auch zu einer (diskursiven) Gemeinschaft Auskunft gibt. Erst die Grenze ermöglicht den einzelnen Elementen des Diskurses trotz ihrer Unterschiedlichkeit etwas Gemeinsames zu konstituieren (Stäheli 1999: 148). Laclau und Mouffe heben hervor, dass wenn dieses »identische Etwas« sich auf eine gemeinsame ihnen zugrundeliegende positive Bestimmung stützen würde, es stets auf direktem Wege ausgedrückt werden könnte, jedoch liegt die Grenze des Sozialen innerhalb des Sozialen selbst, da sich die Vollständigkeit von Bedeutung jeder sozialen Gemeinschaft nie vollkommen verwirklicht. Die Grenze bezeichnet somit auch eine Erfahrung des Versagens in der Herstellung einer Vollständigkeit. Wenn solch eine »Positivität des Sozialen« unmöglich ist, kann zum anderen die Bedeutung des »Eigenen« letzten Endes nur entstehen, wenn sich diese »durch eine gemeinsame Referenz auf etwas »Äußeres« oder einen »Anderen« diskursiv abzugrenzen weiß (Laclau/Mouffe 2015: 163–165).

Diese »gemeinsame äußerliche Referenz kann jedoch [ebenso] nicht aus etwas Positivem bestehen«, da sie selbst sonst nicht zur vollständigen Aufhebung der inneren Differenzen des Diskurses beitragen könnte. Jedoch wird solch ein »Außen« benötigt, um eine temporäre, partielle Bedeutungsfixierung und in diesem Sinne auch die Gemeinsamkeiten eines sozialen Kollektivs partiell und temporär erzeugen zu können (ebd.: 164). Die Herstellung einer sozialen Gemeinsamkeit liegt damit nicht in der Bestimmung einer gemeinsamen Positivität, sondern ist damit immer abhängig von einer Praxis der Bedeutungskonstitution dessen, was ein Gegenstand nicht ist. Wie Laclau und Mouffe betonen, muss Identität, also das soziale Gemeinsame, deshalb auch als etwas Negatives begriffen werden, da Identität sich immer durch eine gemeinsame Abgrenzung zu etwas Nicht-Positivem konstituiert (ebd.: 165f). Würde sich das soziale Gemeinsame durch etwas anderes als das gemeinsam zu Bekämpfende abgrenzen, müsste man dem Gemeinsamen eine besondere Position im diskursiven Feld der unendlichen Möglichkeiten zusprechen, womit einer neuen Objektivität und damit einem neuen Essentialismus Vorschub geleistet werden würde und weitergehende Subversionen des Status Quo an ihr Ende kommen müssten (ebd.: 166). Laclau und Mouffe wollen jedoch die Möglichkeiten eine Entscheidung zu fällen nicht auf Kosten des Verlustes von Pluralität theoretisch wie politisch aufgeben.

Die Verhältnisse der einzelnen Elemente eines Diskurses, die durch das Spiel zwischen Innen und Außen entlang einer Grenze im Zuge der Konstitution von sozialen Identitäten entstehen, sind nach Laclau und Mouffe durch zwei unterschiedliche »konstitutive Logiken«, die in jeder diskursiven Formation ein komplexes Wechselspiel einge-

hen, geprägt (Laclau/Mouffe 2015: 163ff; Laclau 2013c: 240). Zum einen haben wir es mit der *Logik der Differenz* zu tun, die es ermöglicht, »verschiedene Momente eines Diskurses voneinander zu unterscheiden.« (Stäheli 1999: 148) Auf linguistischer Ebene läuft die Logik der Differenz auf die Erweiterung der kontinuierlichen Beziehungen der Verknüpfungen zwischen verschiedenen Worten und Wortgruppen zu Wortverbindungen hin. Auf politischer Ebene kann die Logik der Differenz wiederum als eine Logik begriffen werden, die den politischen Raum erweitert und ihm zunehmend Komplexität hinzufügt (Laclau/Mouffe 2015: 167). Jørgensen und Phillips (2011: 43–45) führen als Anwendung der Logik das Beispiel von Stuart Halls Intervention im England der 1960er Jahre an, in dem die Formierung des sozialen Raums zunehmend in die polare Opposition zwischen »Black« und »White« verfiel. Um diesen Raum zu politisieren, wurde das Label »black« zunehmend positiv eingesetzt, sodass daraus auch »black is beautiful« wurde. Die bereits stattgefundenende Spaltung wurde somit politisiert und zu einer gemeinsamen Bezugnahme zur Mobilisierung gegen die gewalttätigen Verhältnisse, die von »black people« im Allgemeinen erfahren wurden, gewendet. Wie Stuart Hall in seinem Essay jedoch hervorhebt (Hall 2012a), verdeutlicht die Kategorie »black« die Differenzen innerhalb der Gruppe. So kann z.B. übersehen werden, dass »black women« mehr Gemeinsamkeiten mit »white women« haben können, als sie mit »black men« haben. Worum es ihm geht ist, dass alle Prozesse der Formierung von Gruppen immer auch eine Schließung auf einem unentscheidbaren Terrain sind und ebenso funktionieren wie der Diskurs im Allgemeinen, in dem diese nur durch den Ausschluss alternativer Bedeutungen funktionieren, indem es sie zum Schweigen bringt. Auf die Begrifflichkeit gewendet folgt Halls Intervention einer Logik der Differenz, da er versucht die polare Opposition zwischen »black« und »white« in eine größere Zahl spezifischerer Identitäten zu überführen. Worauf Hall hier bereits verweist, ist, dass Prozesse der Formierung von Gruppen und damit auch immer von sozialen Identitäten sensibel bleiben sollten für die Differenzen, die in ihnen anwesend sind (Hall 2012a: 81–83). Laclau spricht deshalb auch von einer Logik, die die *partikularen* Orte innerhalb des sozialen Spektrums bestimmt (Laclau 2013c: 240).

Auf der anderen Seite gibt es die *Logik der Äquivalenz*, die dadurch wirkt, dass sie »verschiedene Differenzen gleichsetzt, indem sie diese von einem konstitutiven Außen abgrenzt, und so eine neue Bedeutung erzeugt.« (Stäheli 1999: 148) Auf linguistischer Ebene hätten wir es hier mit der Erweiterung des paradigmatischen Pols zu tun, in dem um eine zunehmend geringere Anzahl an Positionen ihre differentiellen Eigenschaften, die möglicherweise verbunden werden könnten, untereinander eine zunehmend äquivalente Substitutionsbeziehung aufbauen. Politisch betrachtet entspricht diese Logik einer Vereinfachung des politischen Raums, da die Komplexität zunehmend reduziert wird (Laclau/Mouffe 2015: 167; Laclau 2013c: 240f). Bezogen auf Halls Beispiel »schwarzer Politik« im England der 1960er Jahre wirkte diese Logik in dem Prozess der allmählichen Identifizierung aller »non-white people« als »black people«. Hier wurde jegliche Spezifik der Differenz unter die Kategorie »black« subsummiert und »black« wurde im Gegensatz zu dem definiert, was es nicht war, d.h. als »non-white«. Dies hatte zur Folge, dass der soziale Raum kollabierte und schließlich nur noch der polarisierende Gegensatz »black« und »white« zur Identifizierung der sozialen Position auf gesellschaftlicher Ebene zur Verfügung stand (Jørgensen/Phillips 2011: 44f; Hall 2012a: 81–83). Für Laclau ist es wichtig hierbei Äquivalenz nicht mit Identität zu verwechseln, da sie vielmehr ei-

ne Beziehung beschreibt, »in der der differentielle Charakter der äquivalenten Begriffe nach wie vor wirksam ist. Das ist, im Unterschied zur bloßen ›Gleichsetzung‹, die spezifische Eigenschaft der Äquivalenz.« (Laclau 2013c: 241)

Es ist wichtig an dieser Stelle hervorzuheben, dass Laclau und Mouffe in politischer Hinsicht keine Wertigkeit zwischen beiden Strategien einführen, um apriorisch eine der beiden Logiken fortschrittlicher als die andere darzustellen. Schließlich ist die Entscheidung darüber, welche Logik in einem politischen Projekt die angemessenere ist, stets vom Kontext und der Strategie abhängig, die aufgrund der Positionalität der Subjekte Anwendung findet (Laclau/Mouffe 2015: 219, 224ff). Bezogen auf das Beispiel von Hall stellt die Logik der Äquivalenz »blacks« eine gemeinsame Plattform bereit, von der sie Forderungen der Gleichberechtigung stellen können, jedoch im selben Moment die internen Differenzen und Ungerechtigkeiten, die »black/white« Unterscheidungen durchkreuzen, nicht erfassen können. Auf der anderen Seite stellt Halls Logik der Differenz Möglichkeiten bereit, eben jene durchkreuzenden Ungerechtigkeiten zu erfassen, wobei wiederum die Gefahr besteht im selben Moment damit die gemeinsame Basis für die »black mobilisation« zu schwächen (Jørgensen/Phillips 2011: 45).

Die Beziehung beider Logiken zueinander kann also als eine von Widersprüchen geprägte beschrieben werden. Die Logik der Differenz tendiert dazu, »die Bedeutung einzelner diskursiver Momente zu fixieren«, wohingegen die »Logik der Äquivalenz diese Bedeutungsfestlegungen [subvertiert], da sie das Unterschiedliche gleichsetzt.« (Stäheli 1999: 148) Wir haben es hier mit einer Pattsituation zu tun, in der keine der beiden Logiken einen Diskurs jemals vollständig beherrschen kann (Laclau/Mouffe 2015: 166). Würde sich die Logik der Differenz verwirklichen, hätte das ein starres Differenzsystem zur Folge, in dem kein Außen des Diskurses mehr Einfluß auf die Bedeutungskonstitution hätte. Alle Elemente eines Diskurses hätten in einem solchen Falle, nur eine einzige absolute und für immer unveränderbare Bedeutung. Würde sich hingegen die Logik der Äquivalenz vollständig durchsetzen, würde es zu einem chaotischen Flottieren von Elementen kommen, da alle als ausschließlich zugehörig zum selben Diskurs nur noch das Gleiche bezeichnen würden (Stäheli 1999: 148f). Dieser Zustand einer totalen Äquivalenz ist politisch betrachtet aufgrund der Ungleichheit des Gesellschaftlichen schlichtweg nicht möglich (Laclau/Mouffe 2015: 223). Ihre widersprüchliche Beziehung zueinander rührt also daher, dass die eine das auflöst, was die andere versucht zu fixieren. Trotz dieser wechselseitigen Subversion ihrer Inhalte sind beide Logiken aufeinander angewiesen, da nur etwas äquivalent gesetzt werden kann, wenn so etwas wie Unterschiedlichkeit in einem minimalen Maße vorhanden ist (Stäheli 1999: 149). Diese politischen Logiken stellen also ein konzeptuelles Vokabular zur Verfügung, um die Konstitution der Grenze der Artikulationen eines Diskurses zu verstehen sowie auch ihre Transformation und Absorption durch die jeweilige Logik (Glynos/Howarth 2007: 144).

Es ist insbesondere die Logik der Äquivalenz, die immer wieder auf die Grenze, die das Innen und das Außen des Diskurses voneinander trennt, verweist, und gleichzeitig auf die Unmöglichkeit einer Schließung des Diskurses, da sonst alles Außen absorbiert wäre, welches jedoch für die Konstitution von Bedeutung benötigt wird (Stäheli 1999: 149). Denn immer dann, wenn die Logik der Äquivalenz dominant hervortritt, sieht sich eine

»Vielzahl von Unterscheidungen durch eine übergreifende, notwendig simplifizierende Identifizierung überformt: diese Identifizierung kann nur durch die Konstruktion eines Außen gelingen, im Verhältnis zu dem [wie] sich die Vielzahl einander überschneidender Differenzen zu einer übergreifenden Identität vereinheitlichen lässt, in der sie alle einander ›äquivalent‹ erscheinen.« (Reckwitz 2006: 344)

Eine Identifizierung, die einer solchen Logik der Äquivalenz folgt, kann nicht durch direkte Art und Weise, also als Positivität, repräsentiert werden, sondern bedarf einer negativen Seite, eines Außen, von dem sich abgegrenzt werden kann. Genau das ist es, was Laclau und Mouffe als negativ gewordene Identität beschreiben (Laclau/Mouffe 2015: 164f). In ihren Worten hieße das, dass »bestimmte diskursive Formen durch die Äquivalenz jede Positivität des Gegenstandes auslöschen und der Negativität als solcher eine reale Existenz geben.« (ebd.: 165) Reckwitz nennt als Beispiel für ein solches Wirken der Äquivalenzlogik, die Aufhebung der Differenzen zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen, Frauen und Männern über die Identifizierung mit der »Nation« in Abgrenzung vom grundsätzlichen Außen des »Fremden« (Reckwitz 2006: 344).

4.4.3 Soziale Heterogenität

In einem späteren Werk spezifiziert Laclau seine Gedanken zur Konstruktion von Äquivalenzverkettungen (Laclau 2018: 139ff) und macht deutlich, dass die für die Logik der Äquivalenz wichtigen Elemente, die in der Kette gebunden werden – flottierenden Signifikanten – nicht immer nur aus einem der beiden antagonistischen Lager stammen müssen, um den Antagonismus zu aktualisieren. Vielmehr flottieren ebenso Elemente, die sich den Lagern der hegemonialen binären Opposition entziehen, jedoch trotzdem konstitutiv für die Äquivalenzketten der antagonistischen Lager sind, da es keine vorher festgelegten Punkte gibt, von denen aus eine angegriffene Kraft ihren Widerstand gegen die ihr Gegenläufige formiert.²⁷ Erst durch die Präsenz der außerhalb der antagonistischen Lager stehenden Elemente, lässt sich die Erstarrung politischer bzw. identitätsbezogener Fronten und damit das Ende der politischen Auseinandersetzungen verhindern (ebd.: 148ff). In der Formierung von Widerstand spielen also immer auch Elemente eine Rolle, die zum generellen Raum der Repräsentation²⁸ (den Äquivalenzketten

27 Für ihn wird gerade in der Zeit des globalisierten Kapitalismus diese Logik allzu deutlich, da dieser eine Vielzahl an Krisen hervorbringt – ökologische Krisen, soziale Ungleichheit in einer Vielzahl ökonomischer Sektoren, ethnische Konflikte, Zunahme der Gewalt gegen Frauen etc. – was darauf verweist, dass es unzählige Punkte gibt, an denen Brüche und Antagonismen gegenwärtig entstehen. Globale anti-kapitalistische Kräfte müssten, um ein handlungsfähiges Subjekt zu werden, diese »overdetermination of antagonistic plurality« zum Ausgangspunkt ihrer politischen Artikulation durch Äquivalenzverkettungen machen (Laclau 2018: 150).

28 Ohne Repräsentation kann es nach Laclau keine Hegemonie geben, immer nur ein partikularer Bereich kann »die universalen Ziele einer sozialen Gemeinschaft verkörpern«. Repräsentation ist deshalb notwendigerweise jeder hegemonialen Verbindung inhärent (Laclau 2013c: 262), was wiederum zur Folge hat, dass Heterogenität, welche zur hegemonialen Formation Zutritt haben soll, ebenfalls repräsentiert werden muss. Repräsentation ist deshalb keine zweite Wahl, sondern sie ist notwendig, weil »an einem bestimmten Punkt Entscheidungen getroffen werden müssen, die die Interessen von jemanden betreffen, der in der Entscheidungssituation selbst nicht physisch

des geteilten Raumes) keinen Zugang haben. Dass ein Element von einer Äquivalenzkette ausgeschlossen ist kann somit zwei Gründe haben. Erstens kann ein Element (oder eine Forderung) mit den Elementen, die bereits Teil der Äquivalenzkette sind in einen Konflikt geraten. Zum anderen steht eine Äquivalenzkette auch zu denjenigen Elementen in Opposition, die sie für ihre Identitätskonstruktion beiseite lassen und damit keinen Zugang zum dominanten Raum der Repräsentation bekommen. Laclau bezeichnet diese flottierenden Elemente außerhalb des Raumes der Repräsentation auch als »heterogenous«, da sie außerhalb der äquivalenzverkettenden Artikulationspraktiken stehen und beschreibt die Art ihrer »Äußerlichkeit« als »social heterogeneity« (ebd.: 139f). Laclau nennt als Beispiel für ein Element außerhalb der Repräsentation (Elemente der sozialen Heterogenität) im Kontext marxistischer Theoriebildung den von Marx geprägten Begriff des »Lumpenproletariats«, der äquivalent zu »peoples without history« (Hegel) oder »marginalisierte Massen« steht, womit Menschen bezeichnet wurden, denen in der Repräsentation des revolutionären »Proletariats« kein Platz eingeräumt wurde. Erst Frantz Fanon (Fanon 1968: 130ff; auch: Stallybrass 1990: 89ff), so Laclau weiter, bricht mit dieser Vorstellung und rückt das »Lumpenproletariat«, also all jene vom dominanten Repräsentationsraum Missachteten, ins Zentrum der Betrachtung für historische soziale Veränderungen. Die theoretische Konsequenz, die sich für Laclau hiermit hinsichtlich einer Diskurstheorie ergibt, ist, dass jedes »Innen« (der jeweilige durch Äquivalenzen verkettete Diskurs beider antagonistischen Lager) immer auch durch eine »Heterogenität« bedroht wird, die niemals ganz »außen« dieses Innen steht, da dieses »Außen« für die Aktualisierung der eigenen Konstitution, den Erhalt des antagonistischen Lagers, notwendig ist, da eine erstarrte politische Grenze das Spiel des Antagonismus versichern lassen würde (Laclau 2018: 150ff). Worauf Laclau mit der theoretischen Kategorie »Heterogenität« hinweist, ist wachsam gegenüber den Außenseitern des Systems zu sein. Jede politische Veränderung beinhaltet eben nicht nur die Neuordnung bereits bestehender sozialer Forderungen, sondern immer auch die Kooperation mit neuen Forderungen sowie politischen Elementen und Akteur*innen im Rahmen politischer Prozesse. Umgekehrt bedeutet dies aber auch den Ausschluss von Forderungen oder Akteur*innen, die zuvor eine Rolle spielten (ebd.: 153f).

Marchart spricht im Rahmen einer Hegemonie- und Diskurstheorie nach Laclau im Bezug auf »the heterogenous« auch als

»that which cannot be named directly within a given hegemonic constellation. The heterogeneous has no name of its own; it is the shadow of a name. [...] Every name will

anwesend ist.« (ebd.: 262) Dabei ist Repräsentation als eine Doppelbewegung zu betrachten, welche sich »vom Repräsentierten zum Repräsentierenden und vom Repräsentierenden zum Repräsentierten« bewegt (ebd.: 262). So besteht die »Aufgabe von Repräsentant*innen [...] nicht einfach darin die Wünsche derer die sie repräsentieren, zu übermitteln; sie müssen außerdem einen neuen Diskurs erarbeiten,« der die anderen Vertreter*innen anderen sozialen Begehrens überzeugt. Das Repräsentationsverhältnis ist insofern ein Vehikel der Universalisierung, da es das Begehren der eigenen Gruppe und der anderen Gruppen miteinander verbinden muss, weshalb »Universalisierung die Vorbedingung für Emanzipation ist« und damit »einen Weg zur Emanzipation überhaupt erst eröffnet.« (ebd.: 262f) Gerade in einer »vielfach vernetzten globalisierten Welt« sieht Laclau »Universalität nur durch Repräsentationsverhältnisse erreichbar.« (ebd.: 263f)

necessarily produce something of the order of a blind spot. [...] one cannot name what one cannot name. [...] within our own naming process, we cannot see and cannot name what, by definition, cannot be seen and cannot be named: our blind spot, the obverse side of our own name.« (Marchart 2007b: 17f)

Das bedeutet nicht, dass nur weil es nicht benannt werden kann, das »Heterogene« nicht in einem Bedeutungszusammenhang mit der Situation der hegemonialen Konstellation steht. Vielmehr zwingt es uns dazu, wie Marchart verweist, uns aufgrund der Unausweichlichkeit des »naming-processes« im Zuge politischer Auseinandersetzungen zu öffnen für die Pluralisierung von Bedeutungsproduktionen und ihrer damit verbundenen Namensgebungen (ebd.: 18). Durch die solidarische Einbeziehung des »Heterogenen« wäre eine Möglichkeit eröffnet, die ohnehin schon unausweichliche Bedingung des Möglichen – die Unmöglichkeit einer geschlossenen, für immer fixierten Identität einer Gemeinschaft, welche immer schon geteilt, plural und niemals eins ist – in Strategien der Demokratisierung mit einzubeziehen. Zumal die besagte Unmöglichkeit, bereits den unüberschreitbaren Horizont jeglicher demokratischen Politik darstellt (auch ebd.: 18).

Gerade in Feldern, die unmittelbar im Zusammenhang mit den Herausforderungen des Postkolonialismus stehen – wie z.B. die GB –, bekommt die Kategorie des Heterogenen eine besonders wichtige Bedeutung, da sie die Möglichkeit bietet, Subjekte und Elemente mit in die Betrachtung um die Auseinandersetzungen um hegemoniale Formationen einzubeziehen, die aufgrund der hegemonialen Strukturierung bis dato in Positionen der Namenlosigkeit, der Nichthörbarkeit bzw. der Subalternität verhaftet waren. Laut Marchart ist es vor allem Gayatri Spivak, welche eine Auffassung des Subalternen vertritt, die in einem engen Zusammenhang mit der Kategorie des »Heterogenen« steht, wie sie Laclau entwickelt hat (ebd.: 16). So führt Marchart, Spivak in Teilen zitierend aus:

»[The] ›colonized subaltern subject is irretrievably heterogeneous‹ [270], and the notion of the ›subaltern‹ should be reserved today ›for the sheer heterogeneity of decolonized space‹ [310]. Spivak even speaks out clearly for – in our terms – a hegemonic effort at assuming a name or becoming inscribed into the realm of the nameable, as there is nothing desirable in being relegated to the realm of namelessness: ›When a link of communication is established between a member of subaltern groups and the circuits of citizenship or institutionality, the subaltern has been inserted into the long road to hegemony. Unless we want to be romantic purists or primitivists about ›preserving subalternity‹ – a contradiction in terms – this is absolute to be desired‹ [310]. » (Spivak 1999 in: Marchart 2007b: 16)

Bezogen auf Laclaus Ausführungen zu Demokratisierungsstrategien die gegenüber Heterogenität wachsam sind ließe sich sagen, Spivak steht für eine Position, die die Wichtigkeit betont, die Auflösung von Positionen der Subalternität zu stärken, in dem im Rahmen von Demokratisierungsbestrebungen subalterne Gruppen mit in die wirkmächtige Konstruktion eines Kollektivwillens einbezogen und ihre äquivalente Verbindung zu institutionalisierten demokratischen Strukturen gestärkt wird, da nur so der hegemonial strukturierte Raum weiter dekolonisiert werden kann.

Die solidarische Einbeziehung in den »Naming-process« setzt jedoch voraus, die politische Bedeutung sowie die Paradoxalität von Repräsentation zu verstehen, wie Spivak betont. Sie weist darauf hin, dass die beiden Bedeutungen – *Stellvertretung* (representation) und *Darstellung* (re-presentation) –, die im Begriff zum Vorschein kommen, nicht miteinander vermengt werden dürfen, sie sich jedoch bewusst gemacht werden müssen, da beide irreduzibel diskontinuierlich miteinander verbunden sind (Spivak 2014: 256). Wollen Repräsentant*innen oder Repräsentationsinstitutionen versprengte und entwurzelte subalterne Gruppen repräsentieren, muss dabei die Komplizenschaft, die zwischen *vertreten* und *darstellen* besteht, offen gelegt werden. Einerseits ist ein Vertreten der subalternen Gruppen notwendig – und Vertreten beinhaltet hier nach Spivak auch eine »Konstellation von Rhetorik als Überredungskunst« –, dergestalt dass die Gruppen »vor den anderen Klassen beschützt [werden] und ihnen von oben Regen und Sonnenschein geschickt« wird (Marx 1852: 117–8 zit.n. Spivak 2014: 259). Da aufgrund der gewaltvollen Geschichtsmaschinerie jedoch keine Gemeinsamkeit und politische Organisation in den subalternen Gruppen erzeugt wird, die eine *Vertretung* möglich macht, um eine transformative Kraft zu werden, muss Repräsentation eben jene Lücke zwischen *Vertretung* und *Darstellen* besetzen, in dem die subalternen Gruppen in einer Weise *vertreten* werden, dass sie eine transformative Kraft *darstellen*, ohne auf ein angeblich essenzialistisches Sein von ihnen zu rekurrieren (Spivak 2014: 259). Das setze jedoch in erster Linie die Herausbildung »transnationaler Fertigkeiten« voraus, anstatt einfach nur einem unhinterfragten Mobilisierungspotenzial zu entsprechen (ebd.: 260).

Auch Sousa Santos Überlegungen zur Neukonzeption des Marxismus ließen sich mit der Kategorie des »Heterogenen« nach Laclau zusammendenken. Er verweist ebenso auf die Notwendigkeit das »Heterogene« in der Formierung gegen-hegemonialer Identität mitzudenken. So müssen, laut Santos, die durch eine tiefe »Kluft« ausgeschlossenen heterogenen Elemente (des nicht-imperialen Globalen Südens), mit in die Prozesse zur Veränderung der hegemonialen Strukturen einbezogen werden, wenn eine ernsthafte und wirksame gegen-hegemoniale Alternative aufgebaut werden soll, die eben nicht nur die »nicht-zerklüfteten« Ausschlüsse abschafft:

»[T]he emancipation of workers must be fought for in conjunction with the emancipation of all discardable populations of the Global South, which are oppressed but not directly exploited by global capitalism. It will also claim that the rights of the citizens are not secured as long as non-citizens go on being treated as subhumans.« (Santos 2007: 65)

Dies setzt Santos zufolge jedoch die Anerkennung der »Pluralität des Heterogenen« sowie der »dauerhaften und dynamischen Verbindungen« mit ihnen voraus, »ohne ihre Autonomie zu gefährden.« (ebd.: 66)

Es lässt sich also feststellen, dass die diskurstheoretische Kategorie der sozialen Heterogenität vielerlei Verknüpfungspunkte zu den Debatten um Subalternität aufweist. Wo Laclau stärker die Rolle und Einbettung der Kategorie der Heterogenität in die Dynamiken um die Verschiebung der umfassenden diskursiven Ordnung thematisiert, rücken letztere stärker die Sensibilität für das Abwesende, die Praktiken des Umgangs mit dem Abwesenden und den Außenseitern des hegemonialen Systems in den Mittelpunkt,

sodass, trotz ihres Einbeziehens in gegen-hegemoniale Formierungen und institutionalisierte Gruppen, ihre Autonomie größtmöglich bewahrt bleibt. Letztere bilden somit das Potenzial, die Diskurstheorie hinsichtlich des Verständnisses der Kategorie der Heterogenität zu erweitern und den demokratischen Umgang mit ihr zu vertiefen, ohne dabei die Abschaffung der Struktur der Unterordnungsverhältnisse aus dem Blickfeld zu verlieren. Im Kapitel 6 werden wir darauf zurückkommen, inwiefern post- und dekoloniale Ansätze der Kritik in Diskursanalysen integriert werden können.

4.4.4 Leere Signifikanten, unmögliche Vollkommenheit und die antagonistische Grenze

Auch wenn eine totale Schließung des Diskurses nach Laclau und Mouffe trotz der Logik der Äquivalenz niemals vollständig möglich ist, so gibt es doch einen sogenannten »leeren Signifikanten«, der die Aufgabe übernimmt, die aus der Logik der Differenz hervorgehenden diskursiven Differenzen so weit zu entleeren, dass dieser »leere Signifikant« zu einem bestimmten Zeitpunkt behelfsmäßig die Identität des Diskurses repräsentiert. Er ist damit Ausdruck einer zeitweiligen imaginativen Schließung des Diskurses, sodass das System des Diskurses zeitweilig als Totalität bezeichnet werden kann. Laclau spricht deshalb auch von einem »Ergebnis des unbeständigen Kompromisses zwischen Äquivalenz und Differenz« (Laclau 2013a: 69f). Die Funktion des »leeren Signifikanten«, die zeitweilige Repräsentation der Identität des Diskurses zu übernehmen, hängt deshalb auch von der temporären »Möglichkeit der äquivalentiellen Funktion ab, klar die Oberhand über die differentielle Funktion zu gewinnen« (ebd.: 71).

Laclau entwickelt die Idee eines solchen »Signifikanten ohne Signifikat« in einem späteren Werk nach *Hegemonie und radikale Demokratie* (Laclau 2013a: 65ff) und schließt damit an die Kategorie des Knotenpunktes an. Empirisch gesehen sind solche Signifikanten niemals in »reiner« Weise leer, sondern übernehmen vielmehr die Rolle eines Sammelpunktes für eine Vielzahl unterschiedlichster und widersprüchlicher Bedeutungen, wodurch ihre eigene Bedeutung unbestimmbar wird (Stäheli 1999: 149). Anders gesagt: Was die leeren Signifikanten demnach miteinander verbindet, ist, dass sie durch sich selbst nichts bedeuten bis zu dem Punkt, an dem sie durch Äquivalenzketten mit anderen Zeichen, die sie mit Bedeutung füllen, verbunden werden. Jørgensen und Phillips nennen hier als Beispiel, dass »liberale Demokratie« erst zur liberalen Demokratie wird, in dem sie mit anderen Bedeutungsträgern wie bspw. »freie Wahlen« oder »freie Meinungsäußerung« kombiniert wird. Gerade in der Analyse der Entstehung dieser Verkettungsprozesse von Bedeutung, die innerhalb von Diskursen hervorgebracht werden, besteht die Möglichkeit die Identifizierungsprozesse die in Diskursen wirken, genauer zu bestimmen (Jørgensen/Phillips 2011: 50).

Nicht alle Signifikanten eines Diskurses und in dem Sinne auch nicht alle Stellungen in der Gesellschaft können zu einem spezifischen Zeitpunkt zu einem leeren Signifikanten werden. Die Frage danach, wie ein partikularer Inhalt immer wieder die Funktion des »leeren Signifikanten« übernimmt und diesen mit Bedeutung füllt, um somit temporär die »abwesende gemeinschaftliche Fülle« zu repräsentieren, ist nach Laclau eine Frage der *hegemonialen* Auseinandersetzung, die sich aus der spezifischen Beziehung zwischen Äquivalenz und Differenz ergibt (Glasze 2013b: 82; Laclau 2013e: 74). Nach

Glasze basiert der Prozess der Bildung von sozialen Identitäten damit auf einem doppelten Prozess. Zum einen bedarf es der Bildung einer Äquivalenzkette, die die Differenzen innerhalb der Identitätskonstruktion auflöst, und zum anderen setzt es die Definition einer antagonistischen Grenze gegenüber einem Außen voraus. Die Repräsentation der Äquivalenzkette und der damit einhergehenden Aufhebung der Differenzen eines Diskurses sowie die ihn definierende antagonistische Grenze, übernimmt ein zum »leeren Signifikant« gewordener spezifischer Knotenpunkt. Wie Glasze zusammenfasst, bricht dieser als Signifikant zu verstehende Knotenpunkt »die Logik der Differenz und ermöglicht so die Logik der Äquivalenz.« (Glasze 2013b: 81f) Leere Signifikanten machen in diesem Sinne das Allgemeine symbolisch verfügbar, obwohl dieses Allgemeine in letzter Konsequenz unmöglich ist. Der »leere Signifikant« übernimmt so gesehen die Rolle eines Platzhalters für die Stelle, an der die Forderung nach dem vermeintlich Allgemeinen steht, so dass ein (Zeichen-)System sich als vollständig konstituieren kann, obwohl diese Operation im selben Moment auf einem systemkonstituierenden Ausschluss beruht (Nonhoff 2006b: 127–129). Dieses sozial imaginierte Allgemeine, welches um einen leeren Signifikanten herum organisiert ist, repräsentiert nach Laclau deshalb die Grenze des gesellschaftlich erreichbaren Allgemeinen. Solch ein Allgemeines steht nicht auf einem festen Grund, sondern muss im Sinne eines Horizonts als Einschreibungsfläche verstanden werden. Erst dieser Horizont kann eine generalisierte Sprache des (differenzierten und auf Ausschlüssen beruhenden) Sozialen hervorbringen, obwohl die Hervorbringung einer solchen generalisierten Sprache stets kontingent und kontextabhängig ist, da dies der Modus ist, in dem die Logik der Äquivalenz operiert (Laclau 2013c: 260f).

Da der leere Signifikant zentral in der Produktion der Grenze des diskursiven Systems ist, kommt ihm deshalb eine *organisierende Funktion* zu. Die durch ihn gebildete Einschreibungsfläche legt den Horizont fest, der darüber entscheidet, was möglich ist zu denken und was davon ausgeschlossen ist. Er ermöglicht erst die für den Diskurs notwendige Unterscheidung in ein »Innen« und »Außen« (Stäheli 1999: 150). Durch die unmögliche Aufgabe des leeren Signifikanten, den Diskurs als Ganzes zu repräsentieren, aber gleichzeitig auch Teil des von ihm repräsentierten Diskurses zu sein, ergibt sich seine *paradoxe Stellung*. Die Repräsentation des gesamten Systems kann nur dann gelingen, »wenn auch die andere, unrepräsentierbare Seite symbolisiert würde.« (ebd.: 150) Die unmögliche Aufgabe einer solchen Symbolisierung übernimmt der »leere Signifikant«, »indem er letztlich *nichts* mehr bedeutet und somit das Nicht-Bezeichnenbare Außen des Diskurses *im* Diskurs bezeichnet.« (ebd.: 150) Anders gesagt symbolisiert der leere Signifikant die (temporäre) Ordnung eines Diskurses. Da jedoch die Ordnung selbst keinen Inhalt hat, kann Ordnung nur als die Abwesenheit von Unordnung anwesend sein. Erst als Signifikant dieser Abwesenheit wird er zum leeren Signifikanten. Der leere Signifikant ist damit auch immer ein Symbol für die bedrohte Ordnung des Diskurses. Gerade deshalb

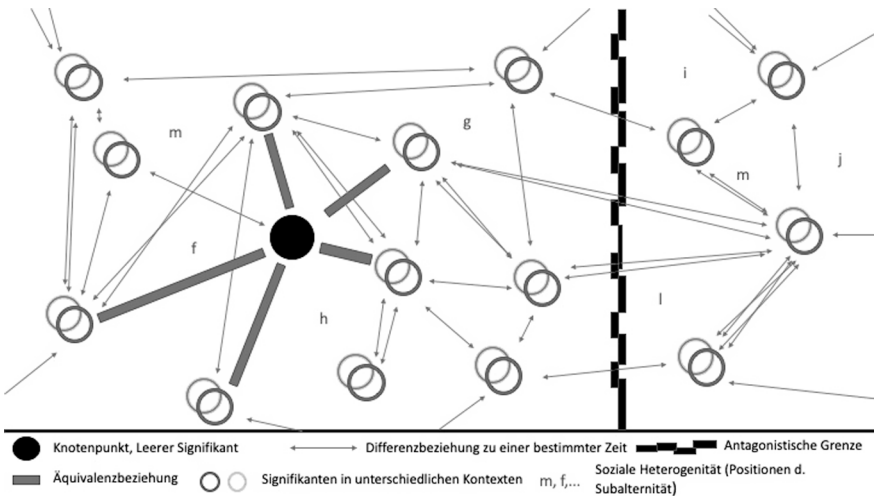
»können unterschiedlichste politische Kräfte in ihren Anstrengungen darum wetten, ihre partikularen Ziele als solche zu präsentieren, die das Füllen des Mangels [an Ordnung bzw. an Emanzipation von der alten Ordnung wenn sie als Unordnung präsentiert werden kann] realisieren können. Hegemonisieren bedeutet genau, diese Füllfunktion zu übernehmen.« (Laclau 2013a: 76)

Kurz gesagt: Der »leere Signifikant« repräsentiert damit die vollkommene, aber letztlich unmögliche Identität des Sozialen (Laclau 2013c: 192).

Identität wie sie Laclau hier vor Augen hat, hat auf paradoxe Art und Weise zum einen stets »das Außen« als Bedingung seiner Konstitution und ist damit auch immer schon relational und in diesem Sinne abhängig in Bezug auf das Feld, in dem sie sich konstituiert. Das Außen ist damit Voraussetzung der Identität des »Innen« (Laclau 1990: 17, 20f). Andererseits ist es gerade diese Beziehung zum »Außen«, welche die vollständige Ausbildung jeglicher Identität blockiert, da das Außen stets auch auf die Kontingenz und damit auf die Veränderbarkeit derselben verweist. Dies ist darin begründet, dass das Außen die Grenze der Möglichkeit jeglicher Objektivität (und damit auch die Grenze der Möglichkeit eines absoluten Allgemeinen) darstellt. Identität kann deshalb niemals außerhalb dieser antagonistischen Beziehung zu seinem »Außen« gedacht werden (ebd.: 17, 20f). Im Rückgriff auf Derrida spricht Laclau deshalb auch von einem »constitutive outside« (ebd.: 9).

Dieser konstitutive Ausschluss kann nach Laclau nur bewirkt werden, wenn es sich bei der Grenze eines Diskurses um eine *antagonistische Grenze* handelt. Eine solche Grenze ist dann gegeben, wenn »die Aktualisierung dessen, was jenseits der Grenze der Ausschließung liegt, die Unmöglichkeit dessen beinhaltet, was diesseits der Grenze liegt.« (Laclau 2013a: 66f) Es ist die Erfahrung der Grenze jeglicher Objektivität eines Diskurses bzw. jeder Objektivitätskonstituierung, die Laclau und Mouffe als *Antagonismus* bezeichnen (Laclau/Mouffe 2015: 158; Laclau 2007: 26f). Glasze bezeichnet das Resultat dieser operativen Logik auch als eine »antagonistische Zweiteilung des diskursiven Feldes« (zur Veranschaulichung der Diskurstheorie siehe Abb. 2) (Glasze 2013b: 82).

Abbildung 2: Beziehung von Signifikanten in der Perspektive der Diskurstheorie nach Laclau und Mouffe (Politische Diskursontologie).



Quelle: Adaptiert und erweitert von Glasze (2013b: 83).

Glasze hebt dabei hervor, dass »die antagonistische Zweiteilung nicht als Konflikt zweier Akteure zu interpretieren [sei], die aus einer Art außerdiskursiven bzw. außersozialen Adlerposition analysiert werden könnte.« Vielmehr ergebe sie sich »immer nur aus einer bestimmten Perspektive, wird in dieser Form [...] nur »von einer Seite« artikuliert.« (ebd.: 82) Artikulationen von Identitäten sind deshalb nicht nur, wie bereits festgestellt wurde, kontingent, sondern sind auch immer durch das, was sie ausschließen oder anders gesagt verneinen und damit als unmöglich betrachten, geprägt (Laclau 1990: 32). Aus dem je eigenen Blickwinkel stellt die jeweils andere antagonistische Kraft nicht die eigene vollständige Identität her, sondern repräsentiert das, was das Erlangen einer vollständigen Identität verunmöglicht. Der Moment des Aufeinanderpralls beider Kräfte zeigt deshalb auch nicht einen Moment der Objektivität an, da so etwas nur vom Standpunkt eines sich selbst gegenüber objektiven Beobachters möglich wäre, also eines Beobachters, der alles überblicken könnte. Vielmehr verweist der Antagonismus auf die »radikale Heterogenität« beider Kräfte und der Moment des Aufeinanderpralls zeigt den Moment des Scheiterns jeglicher Repräsentierbarkeit an, d.h., dass dieses Scheitern meint, dass eine unmittelbare Repräsentation des Aufeinanderpralls von antagonistischen Kräften unmöglich ist, jedoch diese Unmöglichkeit wiederum selbst repräsentiert werden kann. Damit haben wir es, wie Laclau betont, mit einer »Spur des Nichtrepräsentierbaren im Repräsentierbaren« zu tun (Laclau 2007: 26ff).

Der Begriff des Antagonismus stellt damit einen zentralen Bestandteil der politischen Theorie von Laclau und Mouffe dar (Laclau/Mouffe 2015: 158ff; 173f). Er ist sozusagen ein Schlüssel zur Erklärung der Beziehung jeder Identität zu ihrem Außen (Stäheli 1999: 150f). Wie Stäheli diesbezüglich ausführt ist es wichtig zu verstehen, dass Laclau und Mouffe mit der Vorstellung brechen, dass zwei Gruppen bzw. zwei feindliche Identitäten wegen bereits feststehender, unterschiedlicher Interessen zueinander im Antagonismus stehen. Eher müssen wir von einer *antagonistischen Beziehung* sprechen, die die beiden konfliktuellen Gruppen bzw. Identitäten prägt. Keine der beiden kann unabhängig von der anderen existieren, da sie den Gegner benötigt, um sich selbst zu bestimmen. Wie Stäheli schreibt, wird der Gegner zu einer »Projektionsfläche, indem er die Position dessen einnimmt, der die Herausbildung meiner eigenen Identität behindert.« (ebd.: 151) Insbesondere Žižek weist im Kommentar zu Laclaus und Mouffes Konzeption des Antagonismus auf die fehlgeleitete Schlussfolgerung hin, dass es gerade die eventuelle Beseitigung des antagonistischen Feindes wäre, durch die angeblich ein Zustand ermöglicht würde, an dem eine »Identität mit sich selbst« möglich wird (Žižek 1990: 251). Wie Stäheli hinzufügt, ist vielmehr kaum etwas folgenreicher für die eigene Identitätskonstruktion »als der Verlust eines langjährigen Feindes, da dieser es mir erlaubt hat, mich im Gegensatz zur feindlichen Identität zu definieren und all meine Mängel mit seiner Gegenwart zu begründen.« (Stäheli 1999: 151)

Laut Žižek ist es wichtig hervorzuheben, dass die Radikalität der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe nur zu Tage tritt, wenn zwei Erscheinungsformen des Antagonismus strikt voneinander unterschieden werden. Der erste ist derjenige der in einer radikalen Form auftritt und als »purer« Antagonismus beschrieben werden kann, weil er die Grenze des Sozialen beschreibt und in diesem Sinne auf das jenseits der Signifikation (des Diskurses) verweist und damit die Unmöglichkeit anzeigt, um die herum sich das Soziale strukturiert (Marchart 1998c: 12; Žižek 1990: 253). Dieser Antagonismus ist jedoch

zu unterscheiden von denjenigen antagonistischen Kämpfen, die innerhalb der Signifikationssysteme (der Diskurse bzw. der politischen Realität) stattfinden, im Sinne einer Beziehung zwischen antagonistischen Subjektpositionen. Es ist dieser erste von Laclau und Mouffe ausgearbeitete *radikale Antagonismus* der auf eine gewisse Unmöglichkeit verweist, der für Žižek in das Reale »Jenseits der Diskursanalyse« vordringt (Marchart 1998c: 12; Žižek 1990: 253).

4.4.5 Entscheidungen, Macht, Dislokationen, Mythos und das »Soziale Imaginäre«

Ausgehend von der bereits beschriebenen Abhängigkeit der Ausbildung jeglicher Identität von einem Außen, durch das die Identität zum einen blockiert und zum anderen ermöglicht wird, entwickelt Laclau weitergehende Überlegungen dazu, wie neue soziale Strukturen und hegemoniale Ordnungen etabliert werden (Laclau 1990: 39ff). Etwas Neues kann laut Laclau nur dann entstehen, wenn die sich als objektiv repräsentierenden sozialen Strukturen durch das Auftauchen bzw. die Vermehrung neuer Antagonismen herausgefordert werden, indem dadurch die Kontingenz der etablierten Strukturen sichtbar wird. Die Objektivität von sozialen Strukturen kann nur solange gewahrt bleiben, wie sie auftauchende antagonistische Alternativen unterdrücken können (ebd.: 34f). Das Moment des Antagonismus lässt durch neue auftauchende Alternativen neue Entscheidungsmöglichkeiten (in Diskursen) sichtbar werden, was nach einer Lösung durch die von Macht durchzogenen Beziehungen der antagonistischen Kräfte verlangt und damit ein Terrain der Unentscheidbarkeit sichtbar werden lässt. Das Fällen einer Entscheidung²⁹ auf diesem unentscheidbaren Terrain nennt Laclau das Politische (ebd.: 35). Das Politische ist damit nach Laclau »das Ensemble der auf einem unentscheidbaren Terrain – einem Terrain, in dem Macht konstitutiv ist – getroffenen Entscheidungen« (Laclau 2013a: 148f).

Eine Entscheidung zu fällen kann ihm zufolge nur bedeuten, andere mögliche Alternativen zu verhindern und zu unterdrücken. Der durch die Entscheidung angetretene Versuch »Objektivität« herzustellen bzw. den Diskurs temporär zu bestimmen, basiert damit immer auf einer Beziehung der Macht zwischen diesen Alternativen (Laclau 1990: 30). Da jeder Entscheidung ein Terrain der Unentscheidbarkeit zugrunde liegt, handelt es sich deshalb nach Laclau auch um ein Terrain, welches auf Macht aufbaut (Laclau 2013a: 148f). Das Paradoxe ist, dass wir es hier also mit einer Situation zu tun haben,

29 Für Laclau ist nur der Aspekt einer Entscheidung ein »Moment des Ethischen«, welcher nicht von einem normativen Rahmen abhängig ist. Jedoch finden Entscheidungen immer vor dem Hintergrund eines existierenden normativen Rahmens statt, der nichts anderes als die sedimentierte Form vorangegangener Entscheidungen ist und in diesem Sinne machtgestützt den Möglichkeitshorizont von Entscheidungen begrenzt. Normative Ordnungen sind deshalb an und für sich nicht ethisch, sondern es können nur partikuläre normative Ordnungen ethisch besetzt werden. Die Konstruktion eines gemeinschaftlichen normativen Hintergrunds ist damit keineswegs nur eine ethische, sondern auch eine politische Operation, weshalb es für Laclau wichtig ist die politische Kategorie der Hegemonie in seine Theorie einzuführen (Laclau 2013b: 102–107). »Hegemonie ist in diesem Sinne der Name für die instabile Beziehung zwischen dem Ethischen und dem Normativen [...]« (ebd.: 104). Die Hegemonietheorie versucht deshalb die Frage nach der Beziehung zwischen dem Ethischen und den deskriptiven/normativen Komplexen zu klären.

in der *das Unentscheidbare entschieden werden muss*. Stäheli führt pointiert aus, dass ein Diskurs bereits entschieden wäre, wenn Entscheidungen sich von bereits bestehenden Regeln und Erfahrungen ableiten könnten. »Gerade weil die etablierten Sinngefüge«, so er weiter, »keine Mittel zur Auflösung der Unentscheidbarkeit bereitstellen, kann es kein rationales Mittel zur Herbeiführung einer politischen Entscheidung geben.« (Stäheli 1999: 152) Entscheidungen sind deshalb immer auf ein gewisses Maß an Kreativität angewiesen, da sie im etablierten Sinnhorizont bis dato undenkbar sind (ebd.: 152).

Für Laclau basiert also jede Entscheidung auf einem »Prinzip einer strukturellen Unentscheidbarkeit« (Laclau 1990: 31). Dies bedeutet, dass zum einen jegliche Entscheidung keinem vorherigen normativen Inhalt, in Form eines absolut universalen Anspruchs, untergeordnet werden kann. Zum anderen sind alle Entscheidungen für einen bestimmten Weg gleichermaßen unbegründet, können sich also auf keinen festen Ursprung der Ermächtigung, im Sinne einer durch die Struktur in der sie getroffen werden, festgelegten Entscheidungsgrundlage stützen, sondern ihre Möglichkeitsbedingungen sind stets kontingent (Laclau 1990: 30, 2013b: 105f). Letzteres findet seine Begründung darin, dass durch keine Entscheidung die Grenze der Objektivität selbst, die jede Entscheidung begleitet, aufgelöst werden kann und somit immer etwas aus dem »Außen«, ein bis dato Undenkbares die Unzulänglichkeiten der Struktur verschieben und neuanordnen kann. Laclau weist deshalb darauf hin, dass eine Entscheidung als eine Oberfläche für die Einschreibung von etwas fungiert, das der etablierten Struktur äußerlich ist. Sie entspricht damit einem Prinzip der Artikulation (Laclau 1990: 30, 2013b: 106f; Stäheli 1999: 152f). D.h. wenn unterschiedliche Gruppen unterschiedliche und gegensätzliche Entscheidungen treffen, werden diese immer als antagonistische Konflikte und Machtkämpfe ausgetragen werden müssen (Laclau 1990: 31). Die zu entscheidende Situation kann deshalb von keiner der Gruppen, die eine bestimmte Option durchsetzen wollen, als eine Verbindung ihrer rationalen Motive begriffen werden, sondern »erst die zu treffende Entscheidung löst die Unentscheidbarkeit – also den Mangel der Struktur – vorübergehend auf.« (Stäheli 1999: 152; s. auch Laclau 1990: 31)

Hier sei nun einmal der Punkt angesprochen, den Laclau meint, wenn er von einem durch Macht konstituierten Terrain der Unentscheidbarkeit spricht (Laclau 2013a: 148f). Schließlich kann sich erst eine Option erfolgreich durchsetzen, wenn die »nicht verwirklichten Optionen« unterdrückt werden. Macht hat bei Laclau und Mouffe wie schon bei Foucault (Foucault 1977) nicht nur eine rein repressive und negative Funktion, sondern nimmt durch die Hervorbringung neuer Artikulationen auch eine produktive Rolle ein (Stäheli 1999: 153). Die temporäre Fixierung einer Bedeutung in diskursiven Formationen ist damit immer eine durch Macht hervorgebrachte und zeitweilig durch die Unterdrückung anderer Bedeutungen stabilisierte (ebd.: 153). Die Verbindung diskursiver Momente zeichnet sich trotz ihrer Machtbasiertheit durch ihren kontingenten Charakter aus, da es möglich ist einzelne Momente zu ersetzen, ohne dass es zu Zusammenbrüchen ganzer Diskurse kommt, sodass z.B. anstatt »Freiheit« »soziale Sicherheit« die Konfiguration des Diskurses um Demokratie prägen kann. Temporäre Bedeutungsfixierungen basieren demnach auf einem Changieren zwischen Kontingenz und Macht (ebd.: 153). Wie Stäheli betont, bedeutet das nicht, dass alles möglich sei, sondern dass »jede Bedeutungsfixierung grundsätzlich instabil und veränderbar« ist und deshalb jede Veränderbarkeit immer auch von den Machtverhältnissen, die den Diskurs durchziehen,

abhängig ist (ebd.: 153). Kontingenz des Sozialen bedeutet damit schließlich nur, dass »sich kein Machtverhältnis auf eine Instanz außerhalb dieses Verhältnisses wie z.B. das Naturrecht, stützen kann.« (ebd.: 153)

Immer dann, wenn neu auftauchende antagonistische Alternativen nicht mehr unterdrückt, sondern durch sie etablierte diskursive Ordnungen destabilisiert werden können, ist es möglich eine neue hegemoniale Ordnung zu etablieren. Dieser Prozess der Destabilisierung und Verschiebung wird von Laclau auch als *Dislokation* bezeichnet (Glasze 2013b: 83f). Glasze schreibt dazu:

»Dislokationen sind [...] Ereignisse, die nicht in einem bestehenden Diskurs dargestellt und integriert werden können. Sie brechen existierende Strukturen auf, unterminieren die determinierende Wirkung von Diskursen und machen damit die Ausbildung vollständiger, permanenter Identitäten unmöglich.« (ebd.: 84)

Dislokationen verweisen somit auf »die Zerrüttung jeder Identität durch ein Außen« (Stäheli 1999: 152). Wie Laclau feststellt, ist jedoch der Antagonismus, der jeder Dislokation zugrunde liegt, nicht nur das Moment, das die diskursiven Grenzen des Diskurses und jeder Identität anzeigt, sondern der Antagonismus kann zugleich ein möglicher diskursiver Versuch sein, die Dislokation wieder unter Kontrolle zu bringen und sie wieder in den Diskurs einzuschreiben (Interview mit Laclau in: Norris 2006: 133) und somit eine neue Identität hervorbringen. Letzteres kann ihnen nur gelingen, wenn »die Ursache für die Dislokation in einem antagonistischen Gegner verortet« wird (Glasze 2013b: 84). Die Effekte von Dislokationen sind somit widersprüchlich. Zum einen gefährden sie die Identitäten und zum anderen sind sie die Grundlage dafür, dass neue Identitäten entstehen können (Laclau 1990: 39). Dislokationen geben demnach Aufschluss über den Prozess der Strukturierung bzw. Destrukturierung des Sozialen (Interview mit Laclau in: Norris 2006: 133). Damit Dislokationen wieder überwunden (»genäht«) und damit in eine neue Ordnung eingeschrieben werden können, müssen die zuvor dislozierten Elemente der ehemals etablierten Struktur in einer neuen Struktur, einer neuen »Objektivität« und damit auch in neuen Identitäten reartikuliert werden. Dies gelingt laut Laclau, wenn ein »Raum der Repräsentation« eröffnet wird, der nicht mit der dominanten »strukturellen Objektivität« in Verbindung steht (Laclau 1990: 61). Dislokationen und das damit verbundene Auftauchen von Antagonismen zeigen damit an, dass kein Diskurs das Feld der Diskursivität vollständig dominieren kann, um so ihre Hegemonie zu sichern. Dennoch verweisen Laclau und Mouffe darauf, dass nicht alle Diskurse gleichermaßen erfolgreich sind, Hegemonie zu erreichen. Um den Erfolg von Diskursen zu unterscheiden, führen sie die Konzepte des Mythos und der »social imagineries« ein (Howarth/Stavrakakis 2000: 15).

Das erste Prinzip der Repräsentation des »Außens« einer etablierten Struktur ist nach Laclau der »Mythos«. Ein Mythos realisiert sich, indem er von der neuen Struktur absorbiert wird (Laclau 1990: 61). Hat der Mythos erst einmal eine gewisse soziale Akzeptanz erfahren, funktioniert er als eine Einschreibungsfläche für alle möglichen dislozierten Elemente und uneingelösten sozialen Forderungen, die sich aus einer Vorstellung von Vollkommenheit ableiten, die das gegenwärtig Präsente gerade nicht bietet (Laclau 1990: 63; Glasze 2013b: 84). Der Mythos selbst bewahrt dabei stets einen Charak-

ter von Unvollständigkeit, da er nur ein Mythos sein kann, wie seine Fläche auch Raum für eine Einschreibung aller möglichen Dislokationen und Uneingelöstheiten lässt. Ihr Inhalt wird damit immer wieder neu hergestellt und ersetzt (Laclau 1990: 63). Es ist gerade der Charakter einer Einschreibungsfläche für alle möglichen uneingelösten sozialen Forderungen und dislozierten Elemente, der die Faszination für den Mythos ausmacht. Die Funktion des Mythos ist es, einen Mechanismus bereitzustellen, um eine »separate Identität«, also eine von der etablierten Struktur getrennte Identität neu zu erzeugen (Laclau 2013a: 83). Beispiele für die Faszination des »Mythos« im Sinne einer politischen Logik finden wir im »Generalstreik« und seiner Bedeutung für die Konstitution einer segregierten und identitätspolitisch verdichteten Arbeiter*innenklasse (Laclau 2013a: 83; Laclau/Mouffe 2015: 70ff), in den Vorstellungen eines »gelobten Landes« oder der »idealen Gesellschaft« (Laclau 1990: 63), in der vorgeblichen Erreichung eines Zustands »mystischer Ruhe« in einer immer brutaler werdenden Wirklichkeit dieser Gegenwart, wie sie derzeit im Versuch der »stillen Kontemplation« des »europäischen Buddhismus« zu beobachten ist sowie in der Faszination für »Märtyrertum und den Lohn im Jenseits« dschihadistischer Gruppen³⁰ in einer Welt des angeblich »globalen Unglauben[s]« (Critchley 2008: 10ff).

Ab dem Moment, in dem ein Mythos vermag erfolgreich verschiedene Dislokationen und sozialen Forderungen in sich einzuschreiben und diese zu repräsentieren, hat der Mythos laut Laclau sich in ein »*Social Imaginery*« transformiert (Howarth/Stavrakakis 2000: 15f). »*Social Imagineries*« bilden so gesehen einen Horizont oder »an absolute limit which structures a field of intelligibility« (Laclau 1990: 64), weshalb diese auch die Möglichkeitsbedingungen der Erkennbarkeit eines Gegenstands darstellen. Durch ihr Vermögen auf ihrer Einschreibungsfläche auf der einen Seite eine Vielzahl an unterschiedlichen sozialen Forderungen zu absorbieren und auf der anderen die Grenzen des Diskurses zu konstruieren, schaffen sie es, die »Vollständigkeit« einer kollektiven Identität in einem raum-zeitlichen Moment zu repräsentieren. Laclau nennt hier als Beispiele in der Wissenschaft u.a. die Aufklärung oder die vom Positivismus vertretene Vorstellung, dass der Fortschritt von Erkenntnis allein auf tatsächliche, sinnlich wahrnehmbare und überprüfbare Befunde beschränkt sein muss (ebd.: 64f). Auf politischer Ebene wären hier aber auch die realsozialistischen Gesellschaftssysteme zu nennen, die lange Zeit an bestimmten Orten der Welt den Horizont für die Vorstellung vom Kommunismus bildeten oder nach dem Zerfall der Sowjetunion die Idee des Neoliberalismus, welche funktionierende Strukturen und Gesellschaften nur noch dereguliert imaginieren konnte. All diese Beispiele bildeten für lange Zeit den Horizont des Sprechens und Handelns in den jeweiligen Sektoren des Sozialen.

30 Laclau spricht dem »Mythos« und der »Struktur der mystischen Identität« – im Sinne eines regulativen Mechanismus – für Verschiebungen der etablierten Struktur eine wichtige Rolle zu. Er hebt aber hervor, dass diese, wollen sie einem »radikaldemokratischen Projekt« verschrieben bleiben, der Pluralität des Sozialen gerecht werden müssen. Der Mythos darf als radikaldemokratische Strategie nicht eine »mystische Identität« mit Alleinanspruch konstituieren, sondern muss Pluralität zulassen (Laclau 1990: 232).

4.4.6 Postmarxistische Kritik am Begriff der Hegemonie

Das Hegemoniekonzept nimmt in der Theorie von Laclau und Mouffe eine zentrale Stellung ein. Gesellschaftliche Prozesse werden von ihnen als in Machtprozesse eingebunden und in ihrer Tendenz als konflikthaft betrachtet (Wullweber 2014a: 29). Damit stehen sie in einem starken Gegensatz zu vorherrschenden Ansätzen der Gesellschaftswissenschaften, die ihren Fokus im Wesentlichen auf die Harmonie und Konfliktfreiheit richten und dabei Fragen von Macht und Ungleichheit, also den antagonistischen Charakter des Politischen außer Acht lassen (Mouffe 2016b: Kap. II, III). In der Theorie Laclaus und Mouffes ist die Herstellung von Konsens jedoch nicht ohne die Konstruktion eines sozialen Antagonismus zu denken. Theoretisch gesehen kann nach ihnen kein Konsens ohne eine Ausschließung erreicht werden. Ein Konsens, der alle gesellschaftlichen Interessen gleichermaßen abbildet, ist damit unmöglich (Mouffe 2016b: 17–22). Für sie »liegt deshalb auch die Besonderheit demokratischer Politik nicht in der Überwindung des Widersie-Gegensatzes, sondern in der spezifischen Art und Weise seiner Etablierung.« (ebd.: 22) Vor allem Chantal Mouffe hat sich in ihrem späteren Werk mit Fragen beschäftigt, inwiefern der dem Politischen zugrundeliegende antagonistische Charakter mit Möglichkeiten eines demokratischen Pluralismus vereinbar gemacht werden kann (Mouffe 2015, 2016b).

Laclau und Mouffe benutzen zur Beschreibung ihres theoretischen Ansatzes in ihren frühen Arbeiten die Bezeichnung *Post-Marxismus* (Laclau/Mouffe 2001: ix, 1990). Darunter ist jedoch nicht ein Ex-Marxismus zu verstehen, sondern vielmehr ein Prozess der »Dekonstruktion des Marxismus« der in einem *doppelten Modus von Destruktion und Konstruktion* stattfindet (Marchart 2007a: 105). D.h. zum einen wird ein Bruch mit bestimmten marxistischen Traditionslinien begangen, die historisch ihren Ausgangspunkt in der zweiten und dritten Internationale haben, sowie verschiedenen metaphysischen und gegenwärtigen Engführungen des marxistischen Traditionszusammenhangs (ebd.: 105). Für Laclau und Mouffe bedeutet das vor allem mit den Reduktionsvorstellungen des Marxismus zu brechen – allen voran mit dem ökonomistischen Reduktionismus, da die Ökonomie im Marxismus als alles beherrschende Instanz dargestellt wurde (Marchart 1998d). Gleichzeitig umfasst das postmarxistische Projekt von Laclau und Mouffe auch eine Seite des konstruktiven Umgangs mit dem Marxismus, insofern sie sich Kategorien des Marxismus, wie u.a. Gramscis Begriff der Hegemonie, aneignen und neu entwickeln sowie mit Kategorien extern des Marxismus erweitert werden, um über den bisherigen Traditionszusammenhang hinauszugehen (Laclau/Mouffe 2001: ix; Marchart 1998d). In der Konsequenz hieß das, das Soziale und das Politische als Diskurs neu zu konzeptualisieren, um so das Feld für die diskursive hegemoniale Artikulation zu öffnen (Marchart 1998d).

Laclau und Mouffe entwickeln in *Hegemonie und radikale Demokratie* eine Kritik an den vor allem in der Zeit der zweiten und dritten Internationale entwickelten Ansätzen im Marxismus, »die den Anspruch erheben, die Totalität der gesellschaftlichen Phänomene zu erklären, in dem sie letztere auf ökonomische Basisprozesse zurückführen (ökonomischer Determinismus) und einer historischen Teleologie einschreiben (Gesetze der Ökonomie)«, derzufolge eine einzige Klasse aufgrund ihrer ökonomischen Position dazu bestimmt sei (Klassenreduktionismus), die Menschheit qua Revolution ein für allemal zu

befreien (Revolutionismus).« (Marchart 2007a: 106) Die Wiederkehr einer letzten ökonomischen Instanz, die die gesellschaftlichen Bewegungen determiniert, sehen sie jedoch auch im Denken Louis Althussters wieder auftauchen, obwohl dieser versuchte eine Kritik des klassischen Ökonomismus zu formulieren, sich jedoch nicht vollständig von der Ökonomie als letzter Instanz verabschiedete (Laclau/Mouffe 2015: 131ff). Der ökonomische Determinismus in der Tradition marxistischer Theorie geht auf einen Dualismus zurück, der sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durchsetzte. Dieser Dualismus basiert auf einer Unterscheidung in »Basis« und »Überbau«³¹ der bürgerlichen Gesellschaft, die Karl Marx in seinem Vorwort *Zur Kritik der politischen Ökonomie* 1859 einführte. Zur »Basis« werden hier die ökonomischen Strukturen oder die Produktionsverhältnisse und zum »Überbau« die Strukturen von Politik, Recht, Wissenschaft, Kultur, Ideologie, Bildung etc. gezählt, also alles das, was Bedeutung generiert (Becker et al. 2013: 36; Jørgensen/Phillips 2011: 30f).

Vor allem im Zuge der zweiten und dritten Internationale verbreitete sich im Zusammenhang mit dieser Unterscheidung in vielen marxistischen Ansätzen zunächst die Auffassung, dass der »Überbau« durch die »Basis« determiniert wird, d.h. die Ökonomie determiniert das, was Menschen sagen und denken. In der Konsequenz werden damit die Strukturen des Überbaus auf sozioökonomische Dynamiken reduziert, was zur Folge hat, dass diesen keine wesentliche Rolle in der Veränderung der Verhältnisse zugeschrieben wurde³² (Torfing 1999: 20). Dies führte dann auf politischer Ebene zu gewissen Strategien des »passiven« Wartens auf das eigenständige Eintreten der neuen Verhältnisse (Demirović 2011: 531). Nun sind in einer kapitalistischen Gesellschaft die Produktionsverhältnisse so geordnet, dass die Kapitalist*innen die Produktionsmittel sowie die hergestellten Produkte besitzen und damit über die »Basis« verfügen. Die »doppelt freien« Arbeiter*innen besitzen nichts außer ihre Arbeitskraft, weshalb sie gezwungen sind diese den Kapitalist*innen zu verkaufen. Es stehen sich also laut marxistischer Interpretation in einer kapitalistischen Gesellschaft zwei gegnerische Parteien – zwei Klassen (Bourgeoisie und Proletariat) – gegenüber, wobei die Kapitalist*innen in der Lage sind die Arbeiter*innen auszubeuten (Jørgensen/Phillips 2011: 31).

Nun hat sich daraus in einigen marxistischen Ansätzen eine »bewusstseinsphilosophische Verengung« ergeben um Gesellschaftsphänomene zu begreifen. Dies vor allem dort, wo Basis mit Sein und Überbau mit Bewusstsein gleich gesetzt wurde (Demirović 2011: 531). Dies immer dort, wo davon ausgegangen wurde, dass die Arbeiter*innen ihre eigene ausgebeutete Lage nicht erkannten und deshalb nicht gegen ihre Ausbeutung in den Widerstand traten, da die Strukturen des »Überbaus« ihr Bewusstsein verschleierten, weil der Überbau selbst durch die Basis, d.h. die Ökonomie, determiniert sei. Der »Überbau« kapitalistischer Systeme unterstütze die kapitalistische Ökonomie, indem er eine Ideologie hervorbringe, die das Funktionieren des kapitalistischen Systems stütze. Für die Arbeiter*innenklasse wäre es so unmöglich ihre wahren Interessen zu erkennen, da sie durch die Ideologie beeinflusst sind, die ein »falsches Bewusstsein« hervorbringe³³

31 Bei Gramsci heisst dieses Verhältnis *Struktur* und *Superstruktur* (Becker et al. 2013: 36).

32 Torfing spricht hier auch von Epiphänomenalismus (Torfing 1999: 20).

33 Diese Ausführungen beanspruchen nicht vollständig zu sein und können die Problematiken, die sich aus den verschiedenen Interpretationen der Basis-Überbau-Unterscheidung entwickelt ha-

(Jørgensen/Phillips 2011: 31). Alle ideologischen Konflikte wären demnach nur eine Folge der sie determinierenden Ökonomie und können deshalb auch nur scheinhafte Konflikte sein, die ein angemessenes Verständnis der wirklichen Kämpfe – die um die Produktionsweise – verstellen (Demirović 2011: 532).

Solche sich aus dem Basis-Überbau-Modell ableitenden Schlussfolgerungen missachten wiederum nach Laclau und Mouffe wesentliche Dimensionen der politischen Praxis und der Strukturierung sozialer Verhältnisse, da sie die politischen Konfliktlinien des sozialen Raumes schließlich nur entlang einer durch die Ökonomie festgesetzten Struktur denken können: Die Ökonomie teilt die kapitalistische Gesellschaft in zwei fundamentale Klassen – der Bourgeoisie und der Arbeiter*innenklasse – unabhängig des Bewusstseins der Menschen über ihre eigene Existenz. Die Konstruktion der politischen Identität von sozialen Agenten kann im Anschluss an den ökonomischen Determinismus letztendlich nur eine rationalistische Entsprechung von »Interessen«, wie sie durch ihre Eingliederung in die Produktionsverhältnisse vorgegeben ist, sein (Laclau/Mouffe 2015: 89f). Damit wäre nicht erklärbar, wie aus Strukturen des Überbaus – der Bildung, dem Recht, der Politik, den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten etc. – heraus auf die Basis – die Ökonomie – eingewirkt und sie anders artikuliert werden könnte. Laclau und Mouffe weigern sich demnach, die Ökonomie als einen sich selbst regulierenden und nur seinen eigenen Gesetzen unterworfenen Raum zu betrachten. Das Politische in das Basis-Überbau-Modell einzuführen heißt, auch die politischen Auseinandersetzungen in all ihrer Vielfalt aus allen sozialen Sektoren heraus theoretisieren zu können und nicht alles auf einen letzten Klassenkern zu fixieren oder die zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt existierenden Interessen notwendigerweise in einer Klassenposition zu verorten (Laclau/Mouffe 2015: 120; Jørgensen/Phillips 2011: 31). In Abgrenzung zur Tendenz dieser »disappearance of politics« einiger marxistischer Ansätze (Torfing 1999: 19), entwickeln Laclau und Mouffe eine Logik des Politischen ausgehend von dem Begriff der Hegemonie.

Der Begriff der Hegemonie, den Laclau und Mouffe verwenden, geht im Wesentlichen auf den italienischen Marxisten Antonio Gramsci zurück, weshalb sie gelegentlich nicht nur als *postmarxistisch*, sondern auch als *postgramscianisch* bezeichnet werden. Dieser den Begriffen zugeordnete Präfix »post-« soll ebenso die Brüche und Kontinuitäten zum Ausdruck bringen, die sie mit ihnen verbindet (Wullweber 2014a: 31). Gramsci selbst übernimmt den Begriff der Hegemonie von Plechanow, Axelrod und Lenin (Marchart 2007a: 111; Laclau/Mouffe 2015: 78–98). Der Begriff war zunächst erfunden worden, um auf eine Krise innerhalb marxistischer Theoriebildung zu reagieren, die davon ausging, dass es zu einem Zusammenbruch des Kapitalismus aufgrund seiner inneren ökonomischen Widersprüche kommen würde, da diese zu einer Vereinfachung der Sozialstruktur im Sinne einer »Proletarisierung der Massen« führen würden, wodurch eine proletarische Revolution möglich werde. Da jedoch die Revolution und die Proletarisierung von Bauern und Mittelklassen ausblieb, indem der Kapitalismus mit der Wende zum 20. Jahrhundert eine Reorganisierung durchlief und dies zu einer »zunehmenden

ben, nur kurz darstellen. Sie dienen hier vielmehr nur der Verstehbarkeit der Entwicklung des Hegemonieverständnisses von Laclau und Mouffe.

sozialen Fragmentierung und Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilbereiche« führte, trat eine »Krise des Marxismus« ein (Marchart 2007a: 109f). Diese Krise bildete von der Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkrieg den Hintergrund aller marxistischen Debatten, die nun nach einer Antwort suchten »Diskontinuitäten zu denken und gleichzeitig Formen zu finden, die die Einheit zerstreuter und heterogener Elemente rekonstituieren.« (Laclau/Mouffe 2015: 50) Diese Debatte reichte von der marxistischen Orthodoxie von Kautsky und Plechanow, über den Revisionismus Bernsteins bis hin zu dem revolutionären Syndikalismus von Georg Sorel³⁴ (Laclau/Mouffe 2015: 50–76). Bis zum »gramscianischen Wendepunkt« (Laclau/Mouffe 2015: 98–104) verbleibt Hegemonie in einem Verständnis gefangen »in dem immer schon vorgängige Akteure ihre Identität unabhängig von hegemonialen Verknüpfungen beibehalten. Das Bündnis des Proletariats mit anderen Klassen ist rein manipulativ und ändert nichts an der Klassenidentität der Arbeiter.« (Marchart 2007a: 111) Erst Gramsci wird mit seinem »Konzept hegemonialer Verknüpfung über das leninistische Konzept des Klassenbündnisses« hinausgehen (ebd.: 111).

Gramscis Begriff der Hegemonie durchzieht fast sein gesamtes Werk der *Gefängnishefte* wie ein Leitmotiv (Becker et al. 2013: 19). Er entwickelt den Begriff ausgehend von einer zweiten »historischen Ernüchterungserfahrung« für den Marxismus, die sich gegen Ende der 1920er Jahre einstellte. Zum einen hatte »entgegen allen Voraussagen die einzige sozialistische Revolution nicht in einem wirtschaftlich fortschrittlichen Land Europas mit der stärksten Arbeiterbewegung stattgefunden (Deutschland), sondern fand bekanntlich in einem der industriell »rückschrittlichsten« (Russland)« statt (Marchart 2007a: 111). Auf der anderen Seite blieb die erwartete überschwappende Revolution im Westen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs aus und endete im Anschluss in einer Niederlage der Linken, die zugleich die Geburtsstunde des Faschismus sein sollte (Becker et al. 2013: 8). Vor diesem Hintergrund entwickelte Gramsci ab Ende der 1920er Jahre seine Antwort auf die historischen Restrukturierungen mithilfe seiner eigenen Überlegungen zum Begriff der Hegemonie. Hiermit versuchte er die politischen Auseinandersetzungen innerhalb des »Überbaus« beschreibbar zu machen, um sich so von der Vorstellung zu lösen, politische Identitäten und Machtverhältnisse im »Überbau« wären mechanistisch durch die Ökonomie determiniert (Jørgensen/Phillips 2011: 32).

Dieser von ihm hervorgebrachte vielschichtige Begriff der Hegemonie lässt sich jedoch zumeist erst im Zusammenhang mit seiner Beziehung zu den Begriffen, der Herrschaft und Führung genauer verstehen (Becker et al. 2013: 19). Gramscis Begriff der Hegemonie geht davon aus, dass sich Herrschaft nicht im Beherrschen, im Unterwerfen, im Bezwingen erschöpft, sondern vielmehr handelt es sich um eine Kombination von Führung und Herrschaft, von Zustimmung und Unterwerfung, von Konsens und Zwang (ebd.: 19f). Hierbei muss der Konsens längerfristig überwiegen und nicht die Gewalt, Repression und Unterwerfung. Macht konstituiert und erhält sich Gramsci zufolge zu einem großen Teil durch die Herstellung von Einverständnis (Sternfeld 2009: 61). Eine Klasse bzw. Klassenfraktion kann demnach nur führend sein, »indem sie bündnisfähig wird, d.h. sie Kompromisse macht, ihre unmittelbaren ökonomischen Ziele überschreitet

34 Für eine kurze Zusammenfassung der Debatte, siehe Marchart 2007a: 109–111; ausführlicher: Laclau/Mouffe 2015: 50–76.

und Ziele, Werte und Interessen anderer Gruppen aufgreift, zusammenbindet und auf gemeinsame Perspektiven verpflichtet.« (Becker et al. 2013: 20) Mit dieser neuen Perspektivierung von Herrschaft legt er das Augenmerk darauf, wie gesellschaftliche Zustimmung durch dominante Gruppen etabliert und erhalten wird (ebd.: 19). Damit werden die Mechanismen der Durchsetzung von Werten und Normen und die damit verbundenen Kämpfe um Definition von Bedeutungen zu zentralen Aspekten seiner politischen Theorie. Hegemoniale Herrschaft ist demnach Gramsci zufolge »nicht nur ökonomisch und durch Zwang abgesichert [...], sondern durch Deutungshoheit und Konsensproduktion« (Sternfeld 2009: 61f).

Gramsci ist sich bewusst, dass in Ländern mit einer stärker ausgeprägten Zivilgesellschaft eine weitreichende Veränderung (Revolution) des Staates nicht mit der Übernahme eines einzigen Machtzentrums getan ist (Marchart 2007a: 112). Dem Prozess der Umgestaltung von Staaten und ihrer Zwangsapparate, so Gramsci, muss vielmehr die Eroberung der hegemonialen Macht vorangehen (Mayo 2006: 42). Deshalb stellt Gramsci der direkten Eroberung des Staates, dem »Bewegungskrieg«, einen »Stellungskrieg« gegenüber. In diesem geht es um eine weitreichende Auseinandersetzung und Veränderung sozialer Organisation und des kulturellen Einflusses (ebd.: 43). Gramscis Begriff vom »Stellungskrieg« verweist auf einen Prozess tiefgreifender Veränderung, der nicht auf eine Bewegung limitiert ist, welche sich entlang strikter, vorgegebener Klassen- bzw. Identitätslinien formiert. Er ist sich bewusst, dass dies nur zu einer Art abgeschlossenem (Identitäts-)»Purismus« führen würde. Die Bestimmung des »Stellungskrieges« liegt also in einem Prozess der Auflösung bestimmter Elemente einer Artikulation, die die Basis bestehender Herrschaft bilden, sodass es zu ihrer Reartikulation durch eine neue Klassenfraktion kommen kann (Mouffe 2013: 39). Das Terrain dieses »Stellungskrieges«, also das Gebiet in dem hauptsächlich um Hegemonie gerungen wird, ist dasjenige der Zivilgesellschaft (Mayo 2006: 43). Diese setzt sich aus verschiedenen privaten Initiativen des Staates wie Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Interessenverbänden, Medien, kulturellen Initiativen, (internationalen) politischen Vereinigungen, Bildungsinitiativen und Nichtregierungsorganisationen zusammen. In der öffentlichen Auseinandersetzung wird in diesen privaten Initiativen um den gesellschaftlichen Konsens gestritten. Dabei ist die Zivilgesellschaft kein neutraler Ort, denn nicht alle haben die gleichen Möglichkeiten den Konsens zu beeinflussen (Becker et al. 2013: 68f). Hegemonie wiederum als spezifische Form der Herrschaft beruht auf dem in der Zivilgesellschaft umkämpften Konsens und zugleich auf Zwang (ebd.: 69). Zivilgesellschaftliche Aktivitäten können nie ganz unabhängig von dem klassisch liberalen Verständnis von Staat gedacht werden, da der Staat über den Schutz von Eigentum und Freiheit durch die Verfassung, das bürgerliche Recht und das staatliche Gewaltmonopol definiert ist (ebd.: 68). Zivilgesellschaftliche Aktivitäten sind demnach stets in ökonomische und rechtliche Ebenen eingebettet (ebd.: 70). Die politische Kunst des Stellungskrieges auf dem Terrain der Zivilgesellschaft liegt demnach darin, in zahlreichen kleinen Kämpfen eine Veränderung der sozialen Organisationen und der kulturellen Deutungsmacht zu erringen (Sternfeld 2009: 64). Gramscis Verständnis von Zivilgesellschaft hat auch Folgen für sein Verständnis vom Staat. So gehen in seinen Staatsbegriff Elemente ein, die dem Bereich der Zivilgesellschaft zugeschrieben werden: »Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, daß heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang.« (Gramsci 1991 GH 783 zit.n. Becker et al.

2013: 75) D.h. für Gramsci ist Zivilgesellschaft ein Teil des Staates, sozusagen in einem erweiterten Sinne, weshalb er von ihr auch als vom »integralen Staat« spricht³⁵ (Becker et al. 2013: 69). Laclau und Mouffe bringen Gramscis Praxis der Hegemonie auf den Punkt, denn für ihn »ergreift eine Klasse nicht die Staatsmacht, sondern wird Staat.« (Laclau/Mouffe 2015: 102)

Laclau und Mouffe machen bei Gramsci vor allem drei Verschiebungen in der weiteren Ausarbeitung seines Begriffs der Hegemonie gegenüber den vorherigen Antworten marxistischer Theoriebildung aus (ebd.: 99–102). Wie Laclau und Mouffe darlegen, verschiebt Gramsci mit dem Begriff der Hegemonie zunächst die Perspektive von einer rein politischen Führung hin zu einer Perspektive, die ebenso die »moralische und intellektuelle« Führung umfasst, und schafft damit den entscheidenden Übergang den Begriff der Hegemonie jenseits von »Klassenbündnissen« zu denken. Denn es ist gerade der Bereich der »moralisch-intellektuellen Führung«, der es erlaubt eine höhere Synthese zwischen verschiedenen »Ideen« und »Werten« zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren zu bilden, um einen »Kollektivwillen« herauszuarbeiten, der dann durch Ideologie zum »organischen Zement« wird und sich schließlich als »historischer Block« vereinheitlicht (ebd.: 99). Gramscis Begriff der »Ideologie als organischem Zement«³⁶ ist in der Lesart von Laclau und Mouffe nicht als »falsches Bewusstsein« zu verstehen, sondern versteht sich als ein relativ dauerhaftes Ganzes, dass sich in Institutionen und Apparaten verkörpert, wodurch sich ein Zusammenschweißen einer Vielzahl artikulatorischer Prinzipien zu einem »historischen Block« durchsetzt (ebd.: 99f). Die Begrifflichkeiten des »historischen Blocks« und der »Ideologie als organischem Zement« deuten damit bereits die Möglichkeit des Überschreitens der traditionellen Basis/Überbau-Unterscheidung an, obwohl eine hegemoniale Klasse, hier immer noch als eine an einen bestimmten Sektor gebundene Klasse verstanden werden könnte (ebd.: 100).

Es ist jedoch vor allem Gramscis Begriff des »Kollektivwillen[s]«, der das politische Subjekt über das Klassensubjekt hinausgehen lässt. Er ist es, der anzeigt, dass »die ideologischen Elemente, die durch eine hegemoniale Klasse artikuliert werden, keine notwendige Klassenzugehörigkeit« haben (ebd.: 100). Laclau und Mouffe fassen Gramscis Position wie folgt zusammen:

»[D]er Kollektivwille ist ein Resultat der politisch-ideologischen Artikulation verstreuter und fragmentierter historischer Kräfte.« (ebd.: 100)

Kurz gesagt: In dem Gramsci unter dem Begriff der Hegemonie politische und moralisch-intellektuelle Führung gleichermaßen verstand, mit dem Ziel einen Kollektivwillen herauszubilden, der zum Zement eines »historischen Blocks« werden könnte, gelang es ihm eine Verschiebung des Begriffes zu vollführen, weil so nun der Blick auf die soziale Komplexität der Prozesse der Produktion neuer mächtiger kollektiver Identitäten ge-

35 Für ein weitergehendes Verständnis von Gramsci zu Zivilgesellschaft, siehe Demirović 2007; Gramsci 1991 in Becker et al. 2013: 71–89.

36 Zum Begriff des Organischen bei Gramsci, siehe Gramsci 1991 GH 1556–1564 in: Becker et al. 2013: 28.

richtet werden konnte. Damit ermöglichte er dem Begriff der Hegemonie weg von einer autoritären hin zu einer demokratischen Konzeption zu verhelfen (Torfing 1999: 108).

Obwohl bei Gramsci schon fast alle Bedingungen aufscheinen mögen, die eine »demokratische Praxis der Hegemonie« möglich machen können, machen Laclau und Mouffe noch eine letzte Inkohärenz in seiner Konzeption aus, um den Ökonomismus des klassischen Marxismus hinter sich zu lassen. Es ist »der verborgene essentialistische Kern«, der das Spiel der Hegemonie weiterhin begrenzt, wie Laclau und Mouffe schreiben (Laclau/Mouffe 2015: 102). Auch wenn für Gramsci die Identität jeder hegemonialen Formation durch relationale und artikulatorische Praxen erworben wurde, so bleibt sie am Ende für ihn an ein »einziges vereinheitlichendes Prinzip« gebunden und dies kann für ihn nur eine »fundamentale Klasse« sein. Hegemonie bleibe also im Fundament stets eine »Klassenhegemonie« – der Arbeiter*innenklasse oder Bourgeoisie – und ist nicht als das praktische Resultat eines Kampfes zu betrachten, der zwischen relationalen sozialen Elementen durch eine artikulatorische Praxis, ein neues einzigartiges Prinzip der Einheit hervorbringt und so eine neue soziale Ordnung ermöglicht. Das vereinheitlichende Prinzip hat als Fundament weiterhin einen »notwendigen Klassencharakter«. Jeder Kampf ist damit nach Laclau und Mouffe schließlich doch nur das Resultat eines »notwendigen strukturellen Rahmens« und nicht das Ergebnis eines kontingenten hegemonialen Ringens um Macht (ebd.: 102). In letzter Instanz bleibt damit Gramscis Denken für Laclau und Mouffe an einen ökonomischen Determinismus gebunden, womit die Ökonomie schließlich zu einer »unüberwindbaren Schranke« wird, das »Potential einer Gesellschaft zur hegemonialen Neuzusammensetzung« vollends zu entfalten. Die gegebene »konstitutive Logik des ökonomischen Raumes« erscheint damit letztendlich durch »notwendige Gesetze« so gegeben (ebd.: 102). Laclau und Mouffe werden aus ihrer Hegemonietheorie diesen letzten ökonomischen *Essentialismus* – das Gebunden-Sein einer sich wandelnden hegemonialen Artikulation an einen Klassenkern – entfernen, der bei Gramsci noch übrig blieb, indem sie ihre Hegemonietheorie diskurstheoretisch neuformulieren (Laclau/Mouffe 2015: 171ff; Marchart 2007a: 112f).

4.4.7 Eine diskurstheoretische Neuformulierung der Hegemonietheorie

Eine Neuformulierung der Hegemonietheorie gelingt Laclau und Mouffe durch eine post-strukturalistische Neutheoretisierung im Sinne einer Logik des Politischen. Hiermit erreichen sie es die Vorrangstellung des Ökonomischen auf das Politische zu verschieben. Letzteres durchdringt alle Bereiche der Gesellschaft und des Ökonomischen, ohne dabei »fundamental« einen Bereich zu privilegieren. Elemente aller Bereiche können demnach Teil einer diskursiven hegemonialen Artikulation werden (Marchart 1998c: 7).

Wie bereits dargestellt, basiert die Diskurstheorie von Laclau und Mouffe also auf der Annahme, dass es unmöglich ist, gesellschaftliche Phänomene totalitär zu schließen, d.h. wir haben es immer mit kontingenten, nicht-determinierten Strukturen zu tun. Dies ist die Bedingung dafür, dass artikulatorische Praxen und politische Handlungsfähigkeit überhaupt möglich sind. Damit aber nun daraus hegemoniale Praktiken werden können, bedarf es zweier weiterer Bedingungen: Erstens der Existenz von antagonistischen Kräften, die mit unterschiedlicher Macht durchsetzt sind, und zweitens der

Instabilität der Grenze, die diese gegensätzlichen Kräfte voneinander trennt (Howarth/Stavrakakis 2000: 15). Die Möglichkeit hegemonialer Praktiken setzt demnach voraus, dass es zum einen ein soziales Feld gibt, welches von Antagonismen, einem Außen des Systems das radikal von dem System unterschieden ist, durchkreuzt wird und andererseits Elemente – flottierende Signifikanten – vorhanden sind, die von gegensätzlichen politischen Projekten artikuliert werden können (ebd.: 15). Schafft es eine bis dato etablierte diskursive Ordnung nicht mehr, aufgrund dieser Bedingungen eine neu auftauchende antagonistische Alternative zu unterdrücken oder zu integrieren, kommt es zur Destabilisierung – Dislokation – derselben, womit sich eine Möglichkeit für die Etablierung einer neuen hegemonialen Ordnung öffnet (Glasze 2013b: 83f). Damit ein politisches Projekt hegemonial artikuliert werden kann, um eine neue soziale Ordnung zu etablieren, muss eine Reihe von Entscheidungen gefällt werden.

Der Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe geht es demnach im Gegensatz zu rein poststrukturalistischen Ansätzen nicht nur darum, das Terrain der Unentscheidbarkeiten offen zu legen, sondern ebenso Prozesse in den Vordergrund zu rücken, die das Treffen einer Entscheidung verdeutlichen. Entscheidungen bringen neue Sinn- und Bedeutungsbeziehungen hervor und reartikulieren so den Diskurs mit dem Ziel seine Durchlässigkeiten für Elemente aus dem »radikalen Außen« (flottierende Signifikanten) wieder zu schließen (Stäheli 1999: 153). Die Entscheidung kann damit auch als eine Herstellung einer neuen Projektionsfläche für eine temporär geschlossene Identität begriffen werden, um so die Institutionalisierung einer neuen Hegemonie zu ermöglichen (Stäheli 1999: 153).

Unterschiedliche Diskurse kämpfen also um die flottierenden Signifikanten (Elemente), mit dem Ziel sie mit ihrer jeweils eigenen Bedeutung zu versehen (Jørgensen/Phillips 2011: 28). Diskurstheoretisch gesehen besteht das wesentliche Ziel hegemonialer Projekte darin, die wichtigsten und meisten flottierenden Signifikanten in einer neuen hegemonialen Artikulation zu fixieren, in dem sogenannte Knotenpunkte hervorgebracht und stabilisiert werden. Erst letztere bilden die Basis für die Konstruktion neuer sozialer Ordnungen (Howarth/Stavrakakis 2000: 15; Laclau 1990: 28; Laclau/Mouffe 2015: 172). Knotenpunkte sind ebenso flottierende Signifikanten, nur bilden diese eine Art Kristallisationspunkt innerhalb eines bestimmten Diskurses (Jørgensen/Phillips 2011: 28). Sie sind als eine Art privilegiertes Element zu verstehen, um die herum sich ein Diskurs organisiert. Er fixiert temporär Bedeutungen von Praktiken sowie von institutionellen Strukturen (Howarth 2015: 12). Sind Knotenpunkte erst einmal zum dominanten repräsentierenden Symbol eines Diskurses geworden, sind sie ihrer Bedeutung vollkommen entleert.

Zur Konkretisierung ihres diskurstheoretisch verfassten Hegemoniebegriffs entwickeln Laclau und Mouffe im Zuge ihres theoretischen Schaffens den Begriff des »leeren Signifikanten«.³⁷ Dieser stellt eine zentrale Kategorie ihrer Hegemonietheorie dar (Marchart 1998c: 8):

37 Der Begriff des leeren Signifikanten ist eine Variante des lacanianischen Herrensignifikanten (Marchart 1998c: 8). Der leere Signifikant ist somit ein hegemonial gewordener Knotenpunkt par excellence (Mattissek 2005: 120).

Die »Relation, in der ein partikularer Inhalt zum Signifikanten der abwesenden Fülle wird, nennen wir ein hegemoniales Verhältnis. Die Präsenz leerer Signifikanten [...] ist die eigentliche Bedingung für Hegemonie.« (Laclau 2013e: 74)

Der Leere Signifikant stellt also eine Art symbolisches Mittel dar, um die Unvollständigkeit von etablierten Ordnungen zu repräsentieren, in dem er die Abwesenheit der Fülle des inkompletten diskursiven Systems inkarniert (Howarth 2015: 12). Leere Signifikanten sind in der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe die Voraussetzung für Hegemonie. Der leere Signifikant wird zur Voraussetzung von Hegemonie, weil er »zum Signifikanten der (abwesenden) Ordnung und Hegemonie zum Namen des politischen Wettkampfs, diese ›Ordnung an sich‹ mit einer bestimmten partikularen Forderung zu inkarnieren«, wird (Marchart 1998c: 9). Die politische Logik des leeren Signifikanten im Zuge des Ringens um Hegemonie besteht also darin, »welcher partikulare Signifikant für eine bestimmte Zeit die Rolle [...] [einer] *quasi-universellen Repräsentation* übernimmt.« (Marchart 1998c: 11) Wie bereits oben beschrieben, ist das *Leer* dieses Signifikanten nicht als eine »reine« Form zu verstehen, sondern drückt sich vielmehr in einer in ihm auftauchenden Vielzahl an unterschiedlichen und widersprüchlichen Bedeutungen (Überdeterminierung) – durch die Bildung von verfestigten Äquivalenzbeziehungen zu einer Vielzahl an Elementen – aus, die sich durch seine Rolle als Sammelpunkt ergeben und seine eigene Bedeutung unbestimmbar werden lassen (Stäheli 1999: 149). So stellt z.B. der Begriff »Demokratie« einen solchen leeren Signifikanten dar, da er so überdeterminiert ist, dass solch ein Begriff alles oder nichts bedeuten kann (Torfing 1999: 301). Trotz dieser Unbestimmbarkeit ist seine Besonderheit in »dessen Funktion der Selbstreferenz durch Ausschließung« zu suchen (Marchart 1998c: 11). Durch seine Rolle einer »quasi-universellen Repräsentation« wird er zum Zeichen der Totalität eines Systems und gibt damit an »was zum System gehört und was nicht« (ebd.: 11).

Der leere Signifikant kann dabei eine »doppelgesichtige« Rolle annehmen, in dem er zwischen der Signifikation von »Ordnung« oder »Chaos« umschlagen kann. So kann der leere Signifikant zum einen die »Ordnung an sich« bezeichnen, in dem er der »Signifikant der Systematizität des Signifikationsprozesses« oder anders gesagt die Bezeichnung für die Totalität des Systems wird, obwohl diese selbst unmöglich ist (Laclau 2013e: 69f; Marchart 1998c: 10). Auf der anderen Seite kann er aber auch »der Signifikant des Zusammenbruchs von Signifikation« werden. Dies kann etwa dann passieren, wenn er in Zeiten der Revolution zum »Signifikant[en] der Bedrohung oder Auflösung der bestehenden Ordnung« wird (Marchart 1998c: 10). So ist in der Französischen Revolution die Leere des leeren Signifikanten »Revolution« rhetorisch als Sturzflut, Erdbeben, Vulkanausbruch bezeichnet worden, wie Marchart betont. *Das Leere* des leeren Signifikanten, kann hier auch als »Einbruch des noch nicht-signifizierbaren Neuen« verstanden werden (ebd.: 10).

Der leere Signifikant zeichnet sich damit durch ein Paradox aus: Die Unmöglichkeit eine etablierte Ordnung (z. B. Gesellschaft, Bildungskonzept) als vollständig (totalitär geschlossen) zu repräsentieren drückt sich in ihm immer auch als die Darstellung dieser Unmöglichkeit aus (ebd.: 10). Hegemonietheoretisch gesehen kann das durch ihn ausgedrückte Paradox als eine Form der Unentscheidbarkeit zwischen verschiedenen Systemen (Diskursen) gesehen werden, welche jedoch nur dann sichtbar wird, wenn das

Feld der Auseinandersetzung so dermaßen zugespitzt antagonisiert ist,³⁸ dass nur noch zwischen dem Innen und Außen, die sich in der »Doppelgesichtigkeit des leeren Signifikanten« ausdrücken – z.B. Demokratie/Fundamentalismus bzw. Demokratie/Anti-Demokratie – entschieden werden kann (ebd.: 11).

4.4.8 Das Ringen um Hegemonie als Logik des Politischen

Wie bereits gezeigt wurde, umfasst das Konzept des Diskurses von Laclau und Mouffe nicht nur Sprache, sondern alle sozialen Phänomene – sprachliche und nicht-sprachliche Praxen. Der Zugang zu diesen sozialen Phänomenen ist dabei jedoch immer nur durch ein System der Bedeutungsproduktion (Diskurs) möglich. Soziale Phänomene sind danach diskursiv strukturiert und können als nicht-determiniert und radikal kontingent verstanden werden. Jegliche soziale Praxis ist deshalb als Artikulation zu verstehen, da sie entweder dazu beiträgt, gemeinsam geteilte Bedeutungszuschreibungen zu reproduzieren oder diese zu verändern (Jørgensen/Phillips 2011: 33ff; Laclau/Mouffe 2015: 148). Fragen der Reproduktion bzw. der Veränderung von Bedeutungszuschreibungen sind jedoch politische Akte und damit auch immer Momente der Ausschließung und des Antagonistischen, weshalb Laclau und Mouffe für das Verständnis des Sozialen das »Politische« vor dem »Sozialen« betonen (Laclau 1990: 33). Was darin ausgedrückt wird, ist, »dass prinzipiell alle gesellschaftlichen Beziehungen und Bedeutungen verhandelbar bzw. das Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse sind. Die politische Dimension ist demnach konstitutiv für jede gesellschaftliche Beziehung und Identität. Das Politische ist hierbei weder auf einen bestimmten gesellschaftlichen Bereich reduzierbar noch durch eine andere Logik (z.B. eine ökonomische oder kulturelle) determiniert. Alle sozialen Beziehungen haben folglich einen politischen Ursprung.« (Wullweber 2014a: 35)

Um diesen Gedanken genauer zu verstehen, gilt es zunächst den von Laclau eingeführten Unterschied zwischen dem »Sozialen« und dem »Politischen« zu klären. Das »Soziale« bildet für Laclau ein Feld bzw. einen Diskurs, in dem es zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt verfestigte und damit nicht mehr hinterfragte soziale Beziehungen und Bedeutungen gibt. Es drückt sich in Form eines »institutionalisierten Ensembles aus Regeln, Normen und Werten« aus, die für selbstverständlich (objektiv) gehalten werden und deren ursprünglich offene und zumeist auch umstrittene Entstehung längst durch »Routinisierungen« vergessen worden sind (Wullweber 2014a: 35). Mit dem »Sozialen« sind damit all jenen Elemente einer Gesellschaft zu verstehen, die nicht mehr verhandelbar und in diesem Sinne »unpolitisch« geworden sind (Laclau 1990: 34f; Wullweber 2014a: 35). Demgegenüber beschreibt das »Politische« das Feld bzw. den Diskurs, in dem es zur Repolitisierung der sozialen Beziehungen und Bedeutungen kommt, in dem durch einen auftretenden Antagonismus neue Alternativen, die zuvor ausgeschlossen waren, sichtbar werden und so Momente der Unentscheidbarkeit hervorrufen, die eine Entscheidung verlangen (Laclau 1990: 35).

Das von Laclau und Mouffe betonte »Politische« vor dem »Sozialen« drückt also die »Logik« aus, dass jeder sozialen Ordnung und damit auch jedem Phänomen des »Sozia-

38 Žižek spricht in diesem Falle auch von einem »puren« Antagonismus (Marchart 1998c: 12).

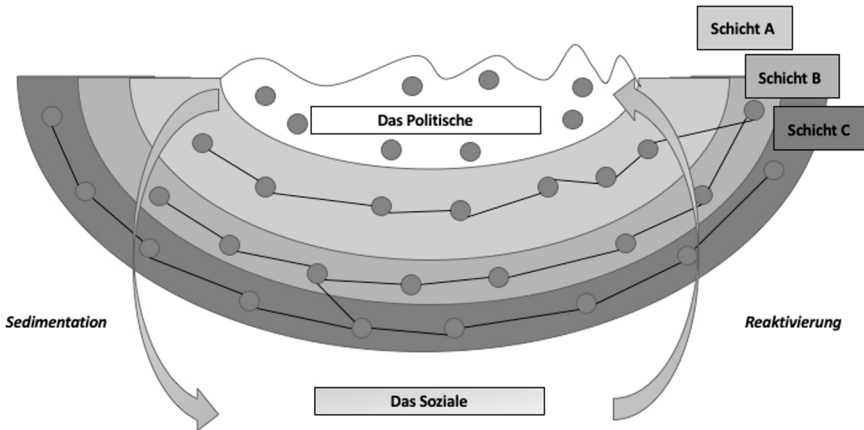
len« ein Moment des Ausschlusses und des Antagonismus zugrunde liegt, das die Grenze der Vollständigkeit des »Sozialen« instituiert und das unvollständige Soziale letztendlich sichtbar macht. Damit ist die ausschließende Grenze konstitutiv für jede soziale Ordnung (Laclau 1990: 17,34f; Marchart 1998b: 103f). Die »Logik des Politischen« stellt eine »ontologische Kategorie« dar, die die konstitutive Ebene der Funktionsweise von Politik beschreibt. Sie ist damit auf der analytischen Ebene im Denken von Laclau und Mouffe von der konkreten politischen Praxis zu trennen. Innersystemische Differenzen sowie »realpolitische« Antagonismen sind damit auf analytischer Ebene nicht mit denjenigen des »Puren«, dem für soziale Ordnungen konstitutiven Antagonismus, zu verwechseln. Konkrete politische Praxis ist analytisch als »ontische Kategorie« aufzufassen, weshalb in der Unterscheidung zwischen »Politik« und dem »Politischen« auch von einer »ontisch-ontologischen Differenz«³⁹ gesprochen werden kann (Marchart 1998c: 13; Wullweber 2014a: 35). Für Laclau und Mouffe ist in diesem Sinne die Unterscheidung zwischen dem »Politischen« und dem »Sozialen« auf einer »ontologischen« Ebene konstitutiv für alle soziale Beziehungen und Bedeutungen (Laclau 1990: 35). Die Logik des Politischen bezeichnet damit die Funktionsweise desjenigen Prozesses, der darüber entscheidet, was zu einem bestimmten raum-zeitlichen Moment in einer sozialen Ordnung als verhandelbar und demnach als »politisch« betrachtet werden kann und was nicht (Wullweber 2014a: 35).

In Anlehnung an Husserl unterscheidet Laclau dabei zwei Momente, die den Übergang zwischen beiden Feldern im Zuge der Auseinandersetzungen um Hegemonie prägen und damit die Prozesse um die Verschiebung der Grenze genauer beschreiben. Zum einen ist da das »Moment der Sedimentation«, das die erfolgreiche Durchsetzung bestimmter sozialer Beziehungen und Praktiken in der Auseinandersetzung mit anderen beschreibt. Dies geschieht über sich verfestigende Äquivalenzketten, die verschiedene flottierende Elemente aneinander binden und so bestimmte Bedeutungen dieser Praktiken temporär fixieren. Sedimentierte soziale Beziehungen zwischen Elementen (sedimentierte Diskurse) können damit als diejenigen beschrieben werden, deren ursprüngliche Dimension der Macht nicht mehr sofort sichtbar ist, da sie nicht mehr hinterfragt und als alternativlos akzeptiert wird. Die daraus resultierenden sedimentierten Bedeutungen werden deshalb von einer Vielzahl sozialer Akteur*innen geteilt und reproduziert und erscheinen als nicht mehr verhandelbar (Laclau 1990: 34; Wullweber 2014a: 36f). Auf der anderen Seite gibt es das »Moment der Reaktivierung«, das den gegenläufigen Prozess der Wiederentdeckung beschreibt, in dem historisches

39 Die Unterscheidung von »ontisch-ontologischer Differenz« bzw. kurz »ontologischer Differenz« geht auf Heidegger in seiner Schrift *Die Grundprobleme der Phänomenologie* zurück. Dieser unterscheidet dort bei Phänomenen in Sein und Seiendes. Die Zugangsart zum Erkennen von Seiendem ist ontisch, wohingegen die theoretisch-begriffliche Interpretation des Seins ontologisch ist. Das Seiende gehört hierbei in die Sphäre des ontischen, wohingegen die Philosophie des Ontischen, die Ontologie ist (Heidegger 1989: 15f; 26f): Das Sein ist dabei das, was bereits Bezüge zu anderen Dingen heraus gebildet hat, ohne die der Sinn von etwas nicht verstanden werden kann. Die sinnhaften Bezüge gehen demnach jedem Ding voraus. Da sich die Bezüge zu anderen Dingen auf der ontischen Sphäre oft der Aufmerksamkeit entziehen, so Heidegger, muss das Ding in einen gewissen Abstand gebracht werden, was nur geht, in dem die ontologische Differenz betont wird (Heidegger 1989: 169ff; 452ff).

Wissen über die Ursprünge der Instituierung der sedimentierten sozialen Beziehungen von Elementen reaktiviert wird und sie -- durch das Aufbrechen der Äquivalenzketten und das Auftauchen neuer Antagonismen -- nicht mehr als so gegeben angesehen werden, sondern als kontingent und veränderbar. Die in dieser Situation hervortretenden Alternativen werden aufgrund der Komplexität und Offenheit im Moment der Reaktivierung dabei nicht die gleichen sein, wie diejenigen, die zum Zeitpunkt der Sedimentation präsent waren, sondern können eine gänzlich neue Formation sozialer Beziehungen annehmen (Laclau 1990: 34f; Wullweber 2014a: 37). Auch tiefgreifende Veränderungen und Neuordnungen durch Repolitisierung können damit niemals vollkommen unabhängig von dem Beziehungs-Ensemble der sedimentierten Praktiken entstehen, sondern letztere bilden vielmehr den normativen Rahmen (die sedimentierte Form) einer Gesellschaft, der von Veränderungen durchkreuzt und neugeordnet (disloziert) werden kann⁴⁰ (Laclau 2013b: 106).

Abbildung 3: »Schichtmodell« Sedimentation und Reaktivierung: Zur Logik des Politischen.



Quelle: Nachgebaut nach Wullweber (2014a: 36).

Wir haben es hier also mit einem Spannungsverhältnis zwischen »Sozialem« und »Politischem« zu tun, welches ständig zur Verschiebung der Grenze der Zugehörigkeit zum jeweiligen Feld führt (Laclau 1990: 35). Der Hegemoniebegriff Laclaus und Mouffes versucht also die ständigen und konflikthaften Prozesse von »Sedimentation« und »Reaktivierung«, die sich in ihrer Logik des Politischen ausdrückt, zu erfassen. Wullweber weist zudem daraufhin, dass es sich bei der Unterscheidung beider Felder voneinander nicht um eine grundsätzliche handelt, sondern eher um eine graduelle. Dazu entwickelt

40 Laclau beschreibt diesen normativen Rahmen als die »nicht-apriorische Grenze«, vor der jede Entscheidung stattfindet und die deshalb nicht eine »ursprüngliche Ermächtigung« sein kann, da jegliche Ermächtigung durch diese »nicht-apriorische Grenze« begrenzt wird. Hier liegt auch Laclaus Einspruch gegen jeden Revolutionismus verborgen, weil aufgrund dieser Grenze keine Neuordnung »ein Akt völliger Neugründung« sein kann (Laclau 2013b: 106).

er eine Art Schichtmodell, welches die unterschiedlich stark verfestigten sozialen Strukturen (in Abb. 3 Sedimentschichten A-C) in einer Gesellschaft darstellt (Wullweber 2014a: 36–38). Schlussfolgernd sollten sich deshalb sozio-politische Analysen nicht darauf konzentrieren, was bestimmte soziale Kräfte sind, sondern vielmehr ihr Augenmerk darauf richten, was ihnen nicht gelingt zu erreichen.

4.4.9 Subjektkonzeptionen

Für Laclau und Mouffe laufen Prozesse hegemonialer Artikulation nicht ohne ein Subjekt ab. Vielmehr gibt es bei ihnen keine Trennung in diskursive Strukturen und handelnde Subjekte, da kein Subjekt vollkommen autonom durch seine Handlungen die Bedeutung von Diskursen verändern kann (Stäheli 1999: 154). Im Anschluss an Foucaults »Ordnung der Dinge« wenden sie sich gegen die »Kategorie des ›Menschen‹ als einem einheitlichen Subjekt«, da sein Handeln auf keine Ursprünglichkeit zurückgeführt werden kann (Laclau/Mouffe 2015: 150). Im Laufe ihrer Theorieentwicklung entwickeln sie jedoch eine weitere Subjektkonzeption (Stäheli 1999: 154f; Jørgensen/Phillips 2011: 40ff). So gibt es zum einen das Konzept der *Subjektpositionen* und zum anderen das der *Politischen Subjektivität* (Howarth/Stavarakakis 2000: 13).

Subjektpositionen

In ihrer Arbeit *Hegemonie und radikale Demokratie* beziehen Laclau und Mouffe sich zunächst auf das an Foucault angelehnte Konzept der Subjekte als »Subjektpositionen« innerhalb einer diskursiven Struktur (Laclau/Mouffe 2015: 149ff). D.h. Diskurse stellen Positionen zur Verfügung, von denen aus Menschen als Subjekte sprechen und handeln können. Die jeweiligen *Positionen bestimmen den Rahmen* dessen, wie gehandelt, was gesagt und nicht gesagt werden kann (Jørgensen/Phillips 2011: 41). Darüber hinaus sind die Subjekte nicht nur durch den Diskurs im Sinne einer Reduzierung auf einzelne Positionen geprägt, sondern sie sind zudem auch durch die Vielfalt der Diskurse *fragmentiert*. So sind die Subjekte nicht nur an einem Ort und durch einen Diskurs positioniert, sondern das Subjekt nimmt innerhalb der Pluralität der Positionen sowie der Vielfalt der Diskurse, die es durchkreuzen, eine *fragmentierte Position* ein (Jørgensen/Phillips 2011: 41). Die das Subjekt durchkreuzenden Positionen geraten immer dann in einen Konflikt, wenn es darum geht eine Entscheidung zu fällen, da das Subjekt zwischen unterschiedlich miteinander in Konflikt stehenden Positionen positioniert ist. Aus diesem Grund sprechen Laclau und Mouffe auch von einem *überdeterminierten Subjekt*. Es ist also der kontingente Charakter einer diskursiven Struktur, der eine Bezugnahme des Subjekts auf eine einzelne »objektive« Subjektposition verunmöglicht (Jørgensen/Phillips 2011: 41). Laut Laclau und Mouffe kann die Analyse einer solchen »Verstreuerung« der Positionen dazu beitragen die historischen Bedingungen des Auftauchens des Subjekts und die Gründe für die Anfechtbarkeit seiner temporären Verfasstheit aufzuzeigen. Das Subjektverständnis sollte jedoch nicht an dem Punkt stehen bleiben (Laclau/Mouffe 2015: 152).

Sie treten deshalb dafür ein, in einem zweiten Schritt die Beziehungen zwischen den verstreuten »Subjektpositionen« in den Blick zu nehmen (Laclau/Mouffe 2015: 152ff). Die Praxis, die zwischen den verstreuten Positionen eine Beziehung herstellt, ist die der Artikulation. Wie die einzelnen Positionen miteinander artikuliert werden, untersteht da-

bei keiner Notwendigkeit eines ursprünglichen Grundes (Laclau/Mouffe 2015: 156). Werden verschiedene verstreute Subjektpositionen in einer Art miteinander artikuliert, dass zwischen Positionen keine wahrnehmbaren Konflikte mehr erscheinen, sind sie das Ergebnis einer hegemonialen Artikulation (Jørgensen/Phillips 2011: 41). Ein Diskurs, der für die Interessen der »Allgemeinheit« zu einem bestimmten Zeitraum in der Geschichte repräsentativ erscheint, ist demnach »nichts anderes als die hegemoniale Einbindung bestimmter Forderungen.«⁴¹ (Laclau/Mouffe 2015: 156) Laclau und Mouffe sprechen deshalb in Bezug auf das Verhältnis zwischen den Positionen eines hegemonial artikulierten Diskurses von einer »prekären Einheit«, geprägt durch eine Spannung (ebd. 156f). D.h. keine Artikulation ist jemals vollends stabil. Die Interessen der »Allgemeinheit« entstehen also nicht automatisch zwischen den ungleichen sozialen Positionen und werden auch nicht durch ein »sinnstiftendes Subjekt« etabliert, sondern ein hegemoniales Projekt, das den zeitweiligen »Horizont einer unmöglichen Totalität« bildet, kann sich nur durch spezifisch hegemoniale Artikulationspraktiken verwirklichen. (ebd.: 157) Stäheli weist darauf hin, dass solch eine Subjektkonzeption ein

»erfolgreiches Mittel [ist], um die Herstellung von Netzwerken unterschiedlicher Gruppen und Identitäten zu analysieren. Sie bleibt jedoch auch einem mechanistischen strukturalistischen Denken verhaftet, da das Subjekt hier ausschließlich als Moment der diskursiven Struktur gedacht wird. Der politische Spielraum für derartige durch den Diskurs produzierte Identität ist äußerst beschränkt.« (Stäheli 1999: 155)

Vom Subjekt des Mangels

In den Jahren nach *Hegemonie und radikale Demokratie* hat Laclau vor allem Jacques Lacans Theorien über eine Auseinandersetzung mit Slavoj Žižek (Žižek 1989, 1990) aufgegriffen, um seine Theorie des Subjekts weiterzuentwickeln. Mithilfe von Lacan führt Laclau *das Unbewusste* in die Subjektkonzeption mit ein, wodurch erklärbar wird, warum sich Menschen mit diskursiv konstituierten Subjektpositionen identifizieren. Lacans Subjektverständnis gleicht dabei dem Verständnis von Struktur und Gesellschaft, wie es sich im Denken von Laclau und Mouffe finden lässt (Jørgensen/Phillips 2011: 42). Ausgangspunkt ist dabei Lacans Verständnis des Subjekts als eines, dass als eine fortwährend unvollständige Struktur begriffen werden muss, die jedoch stets danach strebt etwas Ganzes zu werden (Jørgensen/Phillips 2011: 42). Anders gesagt interessiert Laclau zunächst vor allem der Ansatz wie sich lacanianische Theorie der Frage der Beziehung zwischen einem

41 Hier liegt auch das Argument für die postmarxistische Lesart vergraben, die das Ökonomische nicht äußerlich vom Politischen artikuliert sehen möchte. Ob das Ökonomische als politisch betrachtet werden kann, ist demnach eine Frage des Ergebnisses diskursiver Praxen (Laclau/Mouffe 2015: 156). Aus marxistischer und gewerkschaftlicher Perspektive gibt es schon seit langem Debatten um die (demokratische) Politisierung des Ökonomischen (Demirović 2008a, 2008b; Demirović/Rosa Luxemburg Stiftung 2018; expl. für Globalen Süden: Santos 2006). Diese werden im deutschsprachigen Raum zumeist unter dem Begriff der »Wirtschaftsdemokratie« geführt. Inwieweit die Partizipation und Mitbestimmung auf breiter gesellschaftlicher Ebene in der Wirtschaft, hin zu veränderten ökonomischen Produktionsweisen gelingt, ist dabei vor allem unter den veränderten weltwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen immer eine Frage der diskursiv verfassten (transnationalen) sozialen Kräfteverhältnisse.

Subjekt des Mangels und einer *Identität* als »strukturiertes Ganzes« annähert, wobei die Bewegung zwischen beiden als ein Akt der *Identifizierung* verstanden wird und die Identität als Teil eines »objektiven Systems an Differenzen« verstanden werden muss (Laclau/Zac 1994: 31f). Um die Konstruktion sozialer Identitäten angemessen zu verstehen, bedarf es deshalb nach Laclau eines genaueren Verständnisses der psychoanalytischen Kategorie der *Identifikation*,

»with its explicit assertion of a lack at the root of any identity: one needs to identify with something because there is an originary and insurmountable lack of identity.« (Laclau 1994a: 3)

Im Anschluss an Freud und seine Ausführungen über die »Ich-Spaltung« (Splitting of the Ego), die sich in Freuds Teilung der Psyche in Unbewusstes, Bewusstes (Ich) und Vorbewusstes System (Über-Ich) ausdrückt, entwickelt Lacan die Idee einer Subjektivität, die von einer solchen Spaltung konstituiert wird (Stavrakakis 2002: 15f). Das Subjekt ist demnach kein wissendes (sich-selbst transparentes) Subjekt, sondern eines, welches um diese radikale Teilung herum strukturiert ist. Das lacanianische Subjekt ist damit nicht auf sein Ego bzw. sein (bewusstes) Ich zu reduzieren (Stavrakakis 2002: 16). Das Ich ist vielmehr »ein Ensemble aufeinanderfolgender eingebildeter Identifikationen (historisch und kontingent)« (Laclau/Zac 1994: 31), die im Zuge des »Spiegelstadiums« internalisiert werden. Das Ich durch das wir uns selbst erkennen können, ist eine vor dem Bewusstsein gegebene Struktur und damit immer etwas »Fremdes« (Stavrakakis 2002: 17f). Kurz gesagt: Lacan geht davon aus, dass Subjektivität fundamental gespalten ist (Stavrakakis 2002: 16). Lacan selbst spricht deshalb auch von »the self's radical ex-centricity to itself with which man is confronted« (Lacan 1966 171 zit.n. Stavrakakis 2002: 16).

Lacan verwendet für die Erklärung dieser Spaltung und die daraus resultierenden Momente des Scheiterns des Subjekts bei dem Versuch eine Ganzheit zu erreichen eine Metapher aus der Kindheit (Stavrakakis 2002: 17ff). So geht laut Lacan das Erkennen des eigenen Ichs auf die Zeit des Spiegelstadiums zurück, in dem das Kind sich erstmals in einem Spiegel erblickt und sich dort als ein eigenständiges und ganzes Lebewesen identifiziert. Es ist jedoch nur das »Bild im Spiegel« mit dem sich das Subjekt identifiziert (Glasze 2013b: 81). Das Subjekt erkennt sich selbst beim Blick in den Spiegel als Individuum somit nur, wenn es sich mit einer Sache außerhalb von sich selbst identifiziert. Was Lacan mit dieser Metapher sagen will, ist, dass das Bild zwar internalisiert wird, jedoch das Kind und später der Erwachsene das beständige Gefühl einfach nicht los wird, nicht vollständig in das Bild des Etwas von außerhalb hineinzupassen. Der Effekt ist, dass die von außen kommenden und internalisierten Bilder stets mit der »kindlichen Erfahrung« von Ganzheit verglichen werden, die es vor dem Erblicken des Bilds im Spiegel erfahren hat (Jørgensen/Phillips 2011: 42). Der Prozess des Erkennens des eigenen Ichs ist damit zugleich ein *Prozess der Identifikation* und *Entfremdung*. Anders gesagt: Identifikation geht immer mit dem Scheitern der Ausbildung einer vollständigen Identität einher (Glasze 2013b: 81).

Zunächst lebt das Kind also in einem Zustand der Ganzheit und des Genießens (Jouissance), da es sich noch nicht seiner eigenen Begrenztheit bewusst ist und die Welt als eine symbiotische Konstellation um sich herum wahrnimmt (Jørgensen/Phillips 2011:

42). »Mit dem Eintritt in die Welt der ›Bilder‹ und allgemein der Bedeutungsstrukturen tritt das Kind«, wie Glasze schreibt »aus dem Zustand der Ganzheit und verliert den Zugang zum absoluten Genießen.« (Glasze 2013b: 81) Trotz dieser Trennung durch die Aufnahme in die bedeutungsgenerierenden Strukturen bleiben das Kind und später der Erwachsene in den Erinnerungen an das Gefühl einer Ganzheit verhaftet, sodass das Subjekt sein Leben lang weiter nach Ganzheit strebt⁴² (Jørgensen/Phillips 2011: 42). Jedes existierende Subjekt ist deshalb letztlich damit konfrontiert, dass jeder Versuch des Strebens nach Ganzheit und eines Zugangs zum absolutem Genießen (jouissance) zum Scheitern verurteilt ist (Glasze 2013b: 81). Laclau kommt deshalb auch zur Feststellung:

»The Ego [Das Ich] has the function of misrecognizing the impossibility of fullness: the illusion of closure is the illusion of the ego.« (Laclau/Zac 1994: 31)

Die Identifikation des menschlichen Wesens mit seinem »Bild« ist in diesem Sinne durch eine Beziehung geprägt, in der eine beständige Lücke klafft und zu einer stetigen entfremdeten Spannung führt. Das, was als das zutiefst als »Unser« erscheint, ist von Beginn an eine Quelle der Entfremdung. Diese entfremdete Spannung in uns, ist es die laut Lacan, die Idee einer stabilen mit sich selbst versöhnten Identität subvertiert (Stavarakakis 2002: 18). Es ist also gerade die Darstellung unserer Vorstellung von uns selbst (»Bild im Spiegel«), die es verunmöglicht eine stabile Identität auszubilden. Als Konsequenz bleibt als einzige Möglichkeit des Zugangs zu einer stabilen Identität das Feld der bedeutungsgenerierenden Darstellung bzw. Bestätigung (z.B. durch Sprache) (Stavarakakis 2002: 18). D.h. die Instabilität des Subjekts, die durch die entfremdende Spannung des »Bilds im Spiegel« erzeugt wird, kann nur gelöst werden, wenn das entfremdete Bild mit dem das Subjekt sich identifiziert auf der Ebene des Symbolischen (The Other) bestätigt wird. Erst das Symbolische vermag es, den Vorstellungen menschlicher Erfahrungen eine Bindung und Orientierung zu geben. Deshalb geht für Lacan das in der Vorstellung auftauchende »Ich« erst im Symbolischen als Subjekt auf (Stavarakakis 2002: 19).

Das *Subjekt des Mangels* ist damit zutiefst mit der unauflöschlichen Spannung verbunden, diesem subjektkonstituierenden Mangel auf der Ebene der symbolischen »Repräsentation« durch beständige Identifikationen zu begegnen. Es ist jedoch derselbe Mangel der gleichermaßen die Einrichtung einer Identität durch Prozesse der Identifikation notwendig macht (Stavarakakis 2002: 35). Laclau kommt aufgrund dieses Mangels am Grunde jeder Identität zur Schlussfolgerung: »one needs to identify with something because there is an originary and insurmountable lack of identity.« (Laclau 1994a: 3) Gerade aufgrund der Konsequenz sich identifizieren und damit immer auch entscheiden zu müssen, sieht Lacan den Mangel als das »charakteristische Zeichen der Subjektivität«. Im lacanianischen Sinne ist damit die Auffassung vom Subjekt nicht nur gekennzeichnet durch einen Mangel, sondern ebenso durch den Versuch diesen Mangel zu überwinden,

42 Das Insistieren darauf kann folgenreiche Auswirkungen in der Bildung haben, wenn diejenigen, die sich für sie einsetzen oder sie ausführen, meinen, sie besäßen das Wissen über eine »vollständige« Form der Bildung, die es ermöglichen würde mit »Garantien« hinsichtlich der vorher festgelegten Kriterien zu arbeiten, ohne den »paradoxalen Vollzug« der Bildung und den »kontingenten Charakter« ihrer Möglichkeiten mit in die Praxis der Erziehung und Bildung einzubeziehen.

obwohl dieser Mangel nicht beseitigt werden kann (Stavrakakis 2002: 35). Es ist die Identifikation selbst, die den Mangel im Subjekt reproduziert, denn da, wo das Subjekt auf Mangel und Entfremdung trifft, strebt es nach einer vollständigen Identität (Stavrakakis 2002: 36).

Seinem Mangel kann das Subjekt nach Žižek nur durch eine »unmögliche Beziehung« zu diesem Mangel begegnen und diese Beziehung ist im lacanischen Sinne die Phantasie (Žižek 1990: 254). Phantasie gestaltet sich damit als ein »imaginäres Szenario«, welches hilft den konstitutiven Mangel des Subjekts aufzufüllen. Daran anschließend sind soziale Fantasien, diejenigen Szenarien, die den Mangel der sozialen Strukturen auffüllen, in dem sie den konstitutiven Antagonismus durch den die Vollständigkeit der Struktur verunmöglicht wird, verschleiern und dem Ganzen ein absolutes Genießen entgegensetzen. Bevor sich das Subjekt überhaupt erst im Prozess der Identifikation befindet, ist es bereits inmitten der (symbolischen) Struktur gefangen, da in der Struktur selbst ein Zugang zum absoluten Genießen vermutet wird, obwohl dieser schließlich unmöglich ist (Žižek 1990: 254). Die Struktur ist damit alles andere als »wahr« und »absolut«, da sie dem Subjekt keinen Zugang zu einer vollständigen Identität bietet, sondern sie schöpft ihre Anziehungskraft nur daraus, dass sie durchdrungen ist vom Genuss eine angebliche Vollständigkeit der Identität zu erreichen (Žižek 1990: 259).

Im Zuge des Lebens wird das »Ich« durch eine Vielzahl an Identifikationen verändert werden, wobei hier vor allem zwei Mechanismen zum Tragen kommen: Projektion und Introjektion (Laclau/Zac 1994: 31). Die Struktur (The Other) ist das Feld, auf dem sich die *Projektionen* des »Ichs« ereignen, wohingegen die *Introjektion* entscheidend ist für die Art und Weise der Artikulation des Symbolischen. Die Struktur gibt uns nicht dasselbe Bild zurück, sonst wäre das »Ich« nur das, was ich selbst in der Struktur sehen kann, wie Laclau schreibt (ebd.: 31). Vielmehr ist das »Ich« derjenige Teil der Struktur, der auch das sieht, was das »Ich« sieht (ein Teil der Struktur schaut zurück). Dieser Teil ist damit derjenige, der sich, wenn ich ihn anschau, immer schon sich selbst durch mich und in mir anschaut. Das »Ich« sieht sich damit selbst an dem Platz in der Struktur, den es in ihr einnimmt. Alle eingebildeten Identifikationen, die das »Ich« hervorbringt, sind damit immer von der Bestätigung durch symbolische Referent*innen in der Struktur abhängig, d.h. durch die Übernahme eines Ortes in der symbolischen Struktur (ebd.: 31), einer Subjektposition im diskursiven Feld. Wir haben es hier mit einer Entfremdung zu tun, die im selben Moment internalisiert wird. Ein Subjekt ist entfremdet in einer sich als »objektiv« bzw. vollständig ausgehenden Identität (ebd.: 31f). Hiermit ist nach Stavrakakis der erste Punkt genannt, an dem die lacanianische Theorie mit (politischer) Diskursanalyse zusammenfällt. Der Versuch eine letztlich unmögliche, weil unvollständige Identität zu konstituieren, kann nur durch die Identifizierung mit sozial verfügbaren diskursiven Konstruktionen wie z.B. bestimmten Formen von Ideologien möglich werden (Stavrakakis 2002: 36). Lacan offeriert der politischen Diskursanalyse jedoch noch einen zweiten relevanten Einsatz. Der Mangel an Vollständigkeit im Subjekt lässt sich zudem auch nicht durch die Identifikation auf der sozio-symbolischen Ebene aufheben, sondern letztere Ebene ist ebenfalls durch einen Mangel gekennzeichnet (ebd.: 38). Das lacanianische Subjekt ist also nicht nur durch den Mangel geprägt, sondern zudem, wie Žižek betont, durch die Einsicht, dass die symbolische Ordnung (the Other) selbst um einen fundamentalen Mangel herum strukturiert ist (Žižek 1989: 122). Das Feld der Re-

präsentation ist immer mangelhaft, da es sich im Falle der Repräsentation (einer Identität) um etwas handelt, was unmöglich zu repräsentieren ist (Stavrakakis 2002: 38). Jeder Akt der *Identifikation* scheitert somit stets daran eine vollständige bzw. abgeschlossene Identität zu konstituieren, da alles Bezeichnende in der symbolischen Struktur, ein Subjekt niemals vollständig repräsentieren kann und deshalb immer ein Rest unrepräsentiert bleibt. Dies geht auf die zugrundeliegende Asymmetrie zwischen Projektion und Introjektion im Akt der Identifikation zurück, denn das »Außen«, welches über die Introjektion in das »Ich« einbezogen wird, beginnt immer schon außen, jedoch kann das Außen niemals das Innen vollständig präsentieren (Laclau/Zac 1994: 32). Bedeutung kann nach Lacan nämlich immer nur eine Ähnlichkeit erreichen, aber niemals vollständig sein: »there is no last word.« (Lacan XX: 79 zit. n. Stavrakakis 2002: 39) Eine sich als vollständig preisende Bedeutung deutet bereits immer schon ihr eigenes Scheitern an (Stavrakakis 2002: 39). Hiermit sei auf das verwiesen, was Laclau auf der Ebene des Sozialen als »the impossibility of society« bezeichnet: »The social only exists as the vain attempt to institute that impossible object: society.« (Laclau 1990: 92)

Dem Subjekt kommt im lacanianischen Sinn eine paradoxe Rolle zu, da bereits die Unmöglichkeit der Erreichung einer vollständigen Identität bzw. einer vollständigen Realisierung der Struktur (the Other) im Subjekt selbst angelegt ist. Das Subjekt kann also nur so lange fort bestehen, wie seine vollständige Realisierung blockiert ist. Ein vollständiges Subjekt wäre kein Subjekt mehr, sondern nur noch »Substanz«, wie Žižek klar stellt (Žižek 1990: 254). Das Subjekt kann deshalb immer nur nach oder vor einer »Subjektivierung« existieren. Dies tut es insofern, als immer ein gewisser Rest, also ein Objekt übrig bleibt, der oder das nicht in der symbolischen, also der bedeutungsgenerierenden Struktur aufgehen (subjektiviert werden) kann. Das Subjekt besetzt demnach die Grenze jeglicher Objektivität und verhindert damit die Möglichkeit auf Vollständigkeit jeder Struktur. Das Subjekt entspricht damit all den Elementen, die nicht in einem Netz an Subjektpositionen aufgehen können. Das Subjekt ist der Name dessen, was nicht subjektiviert werden kann. Im Falle des Subjekts haben wir es mit einem Punkt des Scheiterns der »Subjektivierung« zu tun (Žižek 1990: 254). Kurz gesagt: Das Subjekt ist fundamental geteilt. Egal, wo das Subjekt im Diskurs positioniert wird, ein Gefühl von Vollständigkeit wird sich nicht einstellen (Jørgensen/Phillips 2011: 42).

Zur Politischen Subjektivität

Was Laclau und Mouffe nun daraus machen ist, diese Subjektkonzeptionen mit dem »Scheitern geschlossener Diskurse« zusammenzudenken (Stäheli 1999: 155). Das Konzept der Subjektposition steht dabei, wie bereits erwähnt, für die unterschiedlichen Positionen von denen aus soziale Akteur*innen handeln können. Das Konzept der Politischen Subjektivität richtet demgegenüber sein Augenmerk vielmehr auf die Art und Weise, wie soziale Akteur*innen in einer vieldeutigen, unvollständigen und polysemischen diskursiven Struktur handeln (Howarth/Stavrakakis 2000: 13). Anstatt sich nun für eine Konzeption des Subjekts zu entscheiden in der die Struktur den sozialen Akteur*innen gegenüber privilegiert wird, ohne dabei in die Fiktion eines individuell und autonom handelnden Subjekts zurückzufallen, schlagen sie vielmehr einen »dritten Weg« vor (Howarth/Stavrakakis 2000: 13; s. auch Laclau/Mouffe 2015: 156f).

Die Unabschließbarkeit von Diskursen und damit auch die Unmöglichkeit jemals eine vollständige Identität auszubilden bringen immer wieder Situationen hervor, in denen das »Außen« des Diskurses Unentscheidbarkeiten und damit Lücken oder Unvollständigkeiten produziert, wodurch das Subjekt zu einer Entscheidung und damit zum Handeln gedrängt wird (Stäheli 1999: 155; Dzudzek 2013: 46; Laclau/Mouffe 2015: 156f). Wie die Laclau-Schüler Howarth und Stavrakakis schreiben: »actions of subjects emerge because of the contingency of those discursive structures through which a subject obtains its identity.« (Howarth/Stavrakakis 2000: 13) Der Moment, in dem die Kontingenz einer Struktur sichtbar wird, wird durch die Kategorie der Dislokation beschrieben (ebd.: 13): »The subject exists because of dislocations in the structure.« (Laclau 1990: 60) Der Moment der Sichtbarkeit der Offenheit einer Struktur ist damit als derjenige anzusehen, der einen Mangel an Bedeutung sichtbar werden lässt und deshalb nach einer diskursiven Konstruktion verlangt, die die dislozierte Struktur wieder schließt. Die durch die Dislokation hervorgerufene Dezentrierung der Struktur und die damit einhergehenden Erschütterungen bereits bestehender Identitäten rufen immer auch eine Krise des Subjekts hervor (Howarth/Stavrakakis 2000: 13). Der Moment der Kontingenz der Struktur muss deshalb als einer begriffen werden, der den konstitutiven Spalt des Subjekts zwischen Eigenem und Anderen zu Tage treten lässt, welcher sich am Grunde der Konstruktion jeder sozialen Identität befindet (Dzudzek 2013: 46f; Laclau 1994a: 3; Laclau/Zac 1994: 35). Dislokationen bilden damit den Moment, in dem zum einen etablierte Identitäten bedroht werden, aber zum anderen Ansatzpunkte entstehen können neue Identitäten hervorzubringen (Dzudzek 2013: 47).

Es ist demnach der Begriff der *Identifikation*, mit dem nach Laclau die Konstruktion einer Identität auf einem ewig unvollständigen und stets lückenhaften (kurz: unentscheidbaren) Terrain verstanden werden kann (Laclau 1994a: 3). In der Unmöglichkeit geschlossener Diskurse ist das Scheitern der Struktur Vollständigkeit zu erlangen angelegt. Damit einher geht die Unmöglichkeit des Aufgehens des Subjektes in all den der Struktur zugehörigen Subjektpositionen. Die Möglichkeiten sich für bestimmte Subjektpositionen zu entscheiden sind es jedoch, die das Subjekt durch die dadurch entstehende Freiheit zum Handeln bewegen, um so eine neue Subjektivität hervorzubringen (Howarth/Stavrakakis 2000: 13; Laclau 1990: 60). *Politische Subjektivität* ist also gerade der Moment, »in dem die Unentscheidbarkeit durch eine Entscheidung aufgelöst wird.« (Dzudzek 2013: 47) Das Subjekt tritt in dem »Augenblick der Identifikation mit einem bestimmten Inhalt« hervor, »durch den die unentscheidbare Situation aufgehoben werden soll.« (ebd.: 47) Unentscheidbar ist eine Situation immer dann, wenn soziale Identitäten bruchhaft werden und Strukturen neu geordnet werden müssen und sich das Subjekt so gezwungen sieht, sich für eine bestimmte politische Identität bzw. ein politisches Projekt zu entscheiden (Howarth/Stavrakakis 2000: 14). Prozesse der Identifikation bzw. des Entscheidens sind nach Laclau auch immer machtgestützte Prozesse, da diese die Begrenzung von Diskursen und Identitäten enthalten (Laclau 1990: 60). Es ist wichtig zu betonen, dass es genau *der Prozess im Moment der Identifikation* ist, der die Politische Subjektivität formt und hervorbringt (Howarth/Stavrakakis 2000: 14). Wie Stäheli anmerkt besteht das Moment der politischen Subjektivität nicht in der vollzogenen Identifikation, »sondern in jenem Moment der Unentscheidbarkeit, in dem die Identifikation noch nicht stattgefunden hat.« (Stäheli 1999: 155) Das »Noch« steht hier für ein Subjekt, dass

»nie vollständig in seiner Identifikation aufgeht.« (ebd.: 155) Deshalb sieht sich Laclau auch zu der Feststellung veranlasst: »the problem of politics is not identification, but identification and its failure.« (Laclau/Zac 1994: 35)

Politische Subjektivität ist also weder einfach von der Struktur geformt, noch ist sie allein für die Hervorbringung der Struktur verantwortlich. Das Aufkommen der Politischen Subjektivität ist vielmehr das Resultat eines Mangels in der Struktur, der das Subjekt dazu bewegt, sich mit sozialen Konstruktionen zu identifizieren, die fähig zu sein scheinen, den Mangel der diskursiven Struktur zu schließen (Howarth/Stavarakakis 2000: 14). Der Mangel der diskursiven Struktur ist es, der das Subjekt der Auseinandersetzungen um Hegemonie ermöglicht: »the hegemonic relationship can be thought only by assuming the category of *lack* as a point of departure.« (Laclau 1990: 96)

Beide Subjektkonzeptionen – *Subjektposition* und *Politische Subjektivität* – dürfen dabei nicht als sich gegeneinander ausschließend betrachtet werden, sondern befinden sich vielmehr in einem engen Wechselspiel miteinander, wie Stäheli betont. Ist eine Identifikation erfolgreich durch eine Entscheidung des Subjekts realisiert worden, verfestigt und verstetigt sich zunehmend (in einer Art Sedimentationsprozess) die Identifikation zu einer Subjektposition, wodurch das Moment der Politischen Subjektivität wieder verschwindet (Stäheli 1999: 155f). Kommt es jedoch wieder zu einer Erschütterung der Ordnung der Subjektpositionen, indem in den Diskurs durch eine Öffnung hin zu seinem Außen neue Unentscheidbarkeitsmomente eindringen (Dislokation), sodass die Subjektpositionen wieder in eine unentscheidbare Situation gedrängt werden, werden wieder Momente für neue Identifikationen bzw. Entscheidungen möglich: Im Augenblick der Entscheidung sind wir wieder bei der Politischen Subjektivität angelangt (Dzudzek 2013: 47). Die Politische Subjektivität lässt also die Unmöglichkeit der Schließung eines Diskurses sichtbar werden, wohingegen die Subjektposition durch die Auflösung von Unentscheidbarkeitsmomenten zumindest zeitweilig für eine Reproduktion und Verfestigung der bestehenden diskursiven Struktur sorgt (Dzudzek 2013: 47; Stäheli 1999: 156). Im Anschluss an Lacan ist für Laclau das Subjekt immer politisch (Laclau 1990: 61), da das Subjekt eben all den Elementen entspricht, die nicht in einem Netz an Subjektpositionen aufgehen können (Žižek 1990: 254). Gerade im Scheitern des Diskurses taucht das Subjekt auf, indem es alle für sicher geglaubten »Objektivitäten« unterläuft. Politik ist deshalb für Laclau die Subversion und Dislokation des sich im Zuge von Sedimentationsprozessen verfestigten und verstetigten Sozialen (Laclau 1990: 61).

Die Spezifik dieses Wechselspiels (zwischen Dislokation und Sedimentation) in Bezug auf die Kategorie des Subjekts besteht nach Laclau und Mouffe also darin, dass die Subjektkonzeptionen zwar von einem Begehren nach einer vollständigen Identität angetrieben werden, jedoch stets daran scheitern sie zu erreichen. Es kann also keine »Verabsolutierung einer Verstreuung von Subjektpositionen« geben, andererseits bleibt aber auch »eine absolutistische Vereinheitlichung dieser Positionen« um ein »transzendentes Subjekt« unmöglich (Laclau/Mouffe 2015: 157). Wir haben es also mit einer Situation zu tun, in der »keine dieser Positionen sich als getrennte Position« verfestigen kann, da sich immer wieder Elemente aus ihnen lösen und neu vernäht werden, ohne jemals endgültig miteinander vernäht zu sein. Dieses Spiel des Vernähens zu immer neuen Identitäten zwischen den Elementen der unterschiedlichen Subjektpositionen, welches jedoch

stets einen »vieldeutigen, unvollständigen und polysemischen Charakter« bewahrt, ist das Spiel in dem »hegemoniale Artikulation« vor dem Horizont einer »unmöglichen Totalität« von Identität erst möglich wird (Laclau/Mouffe 2015: 157).

4.4.10 Der materielle Charakter von diskursiven Strukturen und institutionalisierten Gruppen

Laclau und Mouffe haben in ihrer Diskurstheorie stets den materiellen Charakter von diskursiven Strukturen betont, indem bei ihnen sprachliche und nicht-sprachliche Elemente zusammen den Diskurs konstituieren. Die Praxis der Artikulation durchdringt deshalb bei ihnen nicht nur rein sprachliche Phänomene, sondern verweist geradezu auf »die gesamte materielle Dichte der mannigfaltigen Institutionen, Rituale und Praxen« in der sich eine Diskursformation⁴³ strukturiert (Laclau/Mouffe 2015: 142f). Artikulierte soziale Praktiken erscheinen deshalb nicht einfach in einem institutionellen Vakuum, sondern befinden sich in einer spezifischen Beziehung zu den Subjektpositionen innerhalb der institutionellen Komplexe. Dies lässt sich jedoch nur nachvollziehen, wenn man ihrer Annahme folgt, dass Strukturen und im Sozialen handelnde Akteur*innen zwei unterschiedliche Kategorien sind. Ihnen zufolge sind soziale Akteur*innen Teil von Institutionen. Jedoch gehen sie dabei von einem dezentrierten Subjekt aus, was heißt, dass innerhalb einer Institution eine Vielzahl an Subjektpositionen verankert sind und damit eine Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten auftauchen können. Sie verneinen damit nicht die Existenz von sozialen Akteur*innen, sondern nur die Einheit zwischen Institutionen und sozialen Akteur*innen an sich. Ihnen ist es wichtig soziale Akteur*innen nicht als blinde Instrumente von Strukturen zu betrachten, da auch die Strukturen stets von Antagonismen und dadurch auftauchenden Konflikten durchdrungen sind, welche vom »konstitutiven Außen« herrühren. Gerade in der multipositionalen und brüchigen Verfasstheit von institutionellen Komplexen besteht die Möglichkeit für Praktiken der Artikulation, die die Möglichkeit hervorbringen, diese neu zu arrangieren und damit den Raum für neue kollektive Identitäten zu öffnen (Laclau 1990: 223).

Glasze stellt jedoch fest, dass es bei Laclau und Mouffe eine Lücke gibt, um Institutionen genauer diskurstheoretisch zu greifen und unterschiedliche Formen der Institutionalisierung zu konzeptualisieren. Für eine Weiterentwicklung verweist er auf eine von Martin Nonhoff (Nonhoff 2006b: 180ff) unternommene Unterscheidung zwischen »institutionalisierten Gruppen« und »Diskurskoalitionen«, welche die Diskurstheorie sinnvoll ergänzt.⁴⁴ Nach Nonhoff zeichnen sich »institutionalisierte Gruppen« diskurs-

43 Deshalb nennen Laclau und Mouffe, den aus der gesamten materiellen Dichte mit seinen mannigfaltigen Institutionen, Ritualen und Praxen bestehenden Diskurs auch »System of Differences« (Laclau 1990: 223).

44 Glasze tritt dafür ein, für »institutionalisierte Gruppen« den Begriff der Organisation zu verwenden, da dieser mit ihm im weitesten Sinne übereinstimmt, sich jedoch noch trennschärfer von dem der »Diskurskoalition« abgrenzen lässt (Glasze 2013b: 85). Auch wenn der Verfasser den hohen Grad der Übereinstimmung teilt, so entscheidet er sich trotz allem für die hauptsächlichliche Verwendung des Begriffs »institutionalisierte Gruppe«, da in ihm die oben beschriebenen graduellen Unterschiede der Sedimentierung stärker mitschwingen, die unterschiedliche Formen an Organisationen haben können.

theoretisch betrachtet durch verschiedene Merkmale aus: Institutionalisierte Gruppen drücken sich durch ein Angebot an Subjektpositionen aus – zuvorderst der des »Mitglieds von Organisation X«. Über relativ lange Zeiträume werden bestimmte Elemente der »Mitglieder von Organisation X« in Äquivalenzbeziehungen gesetzt, indem sich mit der Zeit eine alle verbindende Subjektposition (Knotenpunkt) herauskristallisiert. Diese kann innerhalb der institutionalisierten Gruppe je nach Position unterschiedliche Differenziertheit annehmen (Vorsitzende bzw. Vorstand, Geschäftsführung, themenbezogene Öffentlichkeitsarbeit, Praxis- bzw. Projektbetreuung, Finanzen und Verwaltung etc.). Die explizite Einnahme der Subjektposition »Mitglied von Organisation X« durch ein individuelles Subjekt wird dabei oftmals durch formale Bindungen gestützt (Beitrittserklärung, Treueschwur, Arbeitsvertrag etc.) Zur Erhöhung der Stabilität einer institutionalisierten Gruppe wird die Existenz der Organisation und ihre Beziehung zu bestimmten Artikulationsmustern explizit und rechtsförmig in Satzungen, Grundordnungen, Programmen, Strategiepapieren, Manifesten etc. artikuliert (ebd.: 180ff). Zudem werden innerhalb einer institutionalisierten Gruppe Sprecher*innenpositionen artikuliert (Vorsitzende, Projekt- bzw. Bereichsleitung, Pressesprecher*in etc.), »von denen aus im Namen der Organisation artikulatorische Akte vollzogen werden können.«⁴⁵ (Glasze 2013b: 85)

Institutionalisierte Gruppen spielen also eine wichtige Rolle in den Kämpfen um Hegemonie, da sie »Felder relativer Ruhe im diskursiven Fluß« darstellen, aber nicht vollkommen frei sind von der kontingenten Praxis der Artikulation, sondern gewährleisten, dass bestimmte »Muster« von Artikulationen mit einer »relativ hohen temporalen Stabilität« hervorgebracht werden und damit etwas wehrhafter gegen radikale Verschiebungen der Artikulation sind (Nonhoff 2006b: 180). Durch ihre Fähigkeit »das gemeinsame, koordinierte Artikulieren« zu institutionalisieren, kommt ihnen damit in der Verstetigung von Diskursen eine wichtige Rolle zu (Glasze 2013b: 86).

In Abgrenzung zu »institutionellen Gruppen« entwickelt Nonhoff im Rückgriff auf Hajer den Begriff der »Diskurskoalitionen«⁴⁶ zur Bezeichnung einer diskurstheoretischen Konzeptualisierung von Koalitionen bzw. Allianzen zwischen verschiedensten Akteur*innen im Anschluss an Laclau und Mouffe. Diskurskoalitionen können Individuen wie auch Organisationen gleichermaßen umfassen (Nonhoff 2006b: 188ff). Die involvierten Akteur*innen verbindet in erster Linie die Tatsache, durch die Äquivalenzverkettung unterschiedlicher Elemente eine gemeinsame diskursive Artikulation zu formieren. Ihr

45 Nonhoff spricht hier auch von »Repräsentationssubjektpositionen.« Er nennt zudem noch zwei weitere Merkmale, die aber vielmehr auf das innere Spannungsverhältnis von institutionalisierten Gruppen zwischen »institutioneller Fixierung und permanenter Dynamik« verweisen, so Glasze (Glasze 2013b: 86): Es kann innerhalb der Organisation zu Spannungsverhältnissen kommen, die aus der Gleichzeitigkeit von Mitgliedschaft und Repräsentation resultieren können, weil die Mitgliedschaft nicht immer mit dem gemeinsam artikulierten Diskurs einhergehen muss, jedoch das Mitglied weiterhin als Teil der Organisation durch die »Repräsentationssubjektposition« artikuliert wird und vor allem für Nicht-Mitglieder (z.B. die Interview führende Person) dieser Unterschied nur schwerlich einsehbar ist, wenn er nicht explizit gemacht wird, und dies zumeist durch vertragliche Regelungen, Treueschwüre etc. verhindert wird (Nonhoff 2006b: 185f).

46 Kurz gesagt: Sie bilden eine Koalition, weil und indem sie verschiedene Elemente gemeinsam in koordinierter Art und Weise artikulieren (Nonhoff 2006b: 200ff).

gemeinsamer Bezug ist damit im Gegensatz zu institutionalisierten Gruppen nicht in erster Linie durch die aus der Mitgliedschaft sich ergebenden Anforderungen geprägt, sondern zuvorderst durch die stets aktuelle Notwendigkeit etwas Gemeinsames zu artikulieren, weshalb sie in der Regel instabilere und weniger komplexe Institutionalisierungen von Artikulationen als »institutionalisierte Gruppen« darstellen. D.h. allerdings nicht, dass diese nicht trotz allem eine relative Stabilität der Institutionalisierung aufweisen können. Darüber hinaus kann auch gerade ihre geringere Komplexität des Koalitionszusammenhangs als Stärke gesehen werden, da sich hierdurch leichter zu erfüllende Loyalitätsanforderungen ergeben, was attraktiv für eine Vielzahl an Akteur*innen sein kann, Elemente gemeinsam zu artikulieren. Diskurskoalitionen können aufgrund der Möglichkeit breiter gespannte Netze an miteinander artikulierter Elementen⁴⁷ hervorzubringen, eine weitaus größere Anzahl unterschiedlicher Akteur*innen miteinander vereinen. Gerade wegen dieser Eigenschaft spielen sie in hegemonialen Praktiken eine nicht zu unterschätzende Rolle (ebd.: 200ff). In der vorliegenden Fallstudie bildet z.B. die *Global Campaign for Education* ein Beispiel für eine Diskurskoalition, da diese versucht etwas Gemeinsames zu artikulieren, aber eine Allianz aus einer Vielzahl an unterschiedlichen Individuen und Organisationen mit getrennten Mitgliedschaften, bildet.

4.5 Gesellschaftspolitische Relevanz der Hegemonie- und Diskurstheorie

Das Unterkapitel 4.5 führt in das Konzept der radikalen und pluralen Demokratie nach Laclau und Mouffe ein. Damit soll zum einen die gesellschaftspolitische Relevanz der Hegemonie- und Diskurstheorie unterstrichen und zum anderen das Verständnis von Prozessen der Demokratisierung, welches der Forschungsarbeit zugrunde liegt, erläutert werden. Des Weiteren soll die Darstellung des Konzeptes helfen, Kämpfe um Identität im Zusammenhang mit einem umfassenden Projekt der Eliminierung der Verhältnisse der Unterordnung und Ungleichheit denken zu können. Es werden damit einhergehend die mit dem radikaldemokratischen Ansatz zusammenhängenden neuen Verständnisse von Identität, Ethik, der Notwendigkeit der Exklusion sowie der Bedeutung affektiver Dimensionen in politischen Kämpfen vorgestellt, wodurch die Haltung der an die Diskurstheorie anschließenden Forschung und die Herangehensweise an den Gegenstand Globaler Bildung sowie an sein Material transparent gemacht werden soll.

4.5.1 Das deskriptive Ziel radikaler und pluraler Demokratie als Antriebskraft für Demokratisierung

Die gesellschaftspolitische Relevanz der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe und ihres Konzepts der politischen Identitäten mag aufgrund der theoretischen Abstraktheit zu-

47 Nonhoff verweist darauf, dass bei Laclau und Mouffe nicht zwischen Sprechen und Handeln unterschieden wird und deshalb die in Diskurskoalitionen miteinander artikulierten Elemente sprachliche und nicht-sprachliche sein können (Nonhoff 2006b: 202). So können sich unter anderem Allianzen ergeben zwischen öffentlichen Personen wie z.B. öffentlich wahrgenommenen Intellektuellen und sozialen Protestbewegungen, die durch unterschiedliche Formen des Straßenprotests zu einem Thema in einer Allianz gemeinsam artikuliert werden können.

nächst nur schwer erkennbar sein. Deutlicher wird die gesellschaftspolitische Relevanz jedoch durch den Verweis auf das von ihnen ebenso seit den 1980er Jahren entwickelte deskriptive Ziel der »radikalen und pluralen Demokratie«, welches unmittelbar auf den theoretischen Grundlagen ihrer Diskurstheorie und ihrem Verständnis von Hegemonie aufbaut (Laclau/Mouffe 2015: 185ff; Laclau 2013d: 363ff).

Im Anschluss an ihre Diskurstheorie geht das Projekt der »radikalen und pluralen Demokratie« zunächst davon aus, dass es a priori keine bestimmbar*innen der Veränderung und privilegierten Punkte sowie Momente des Bruchs gibt, die für Transformationsprozesse (Projekte der Gegenhegemonie) am besten geeignet wären. Dies würde nur funktionieren, wenn alle Unterordnungsverhältnisse an einem privilegierten Agenten oder Punkt in der Gesellschaft zusammengeknüpft wären. Sobald eine solche Vorstellung des »essentialistischen Apriorismus« aufgegeben wird, also die diskursive Konstitution von Hegemonie akzeptiert wird, ist es unmöglich a priori Oberflächen des Auftauchens von Antagonismen und Dislokationen (Rechtsinstitutionen, Bildungssysteme, Arbeitsbeziehungen, Diskurse des Widerstands marginalisierter Gruppen) sowie den positiven oder negativen Charakter spezifischer organisatorischer Formen des Gesellschaftlichen (internationale Organisationen, Parteien, Interessengruppen, soziale Bewegungen, Vereinigungen, unzivilisierte Gruppen etc.) zu bestimmen (Laclau/Mouffe 2015: 215–217). All diese Bereiche bringen beständig überdeterminierende Effekte hervor, die zu Verschiebungen der sozialen Logiken (Äquivalenz, Differenz) in diesen führen und damit auch immer andere Bereiche untergraben. Wir sind also seit der demokratischen Revolution mit einer radikalen Vermehrung neuer und verschiedener politischer Räume sowie »mit dem Auftauchen einer Pluralität von Subjekten konfrontiert, deren Formen von Konstitution und Verschiedenheit nur denkbar sind, wenn wir auf die Kategorie des Subjekts als einem einheitlichen und vereinheitlichenden Wesen verzichten.« (Laclau/Mouffe 2015: 219–220)

Mit ihrem Projekt der »radikalen und pluralen Demokratie« reagierten Laclau und Mouffe auf das Auftauchen der durch die »neuen sozialen Bewegungen« sichtbar werdenden Vielzahl unterschiedlicher Kämpfe und der damit entstehenden Auffassungen von Identitäten entlang ihrer Positionierungen in der Gesellschaft – »Race«, Klasse, Gender, Ethnizität, sexuelle Orientierung, Ökologie, Recht auf Stadt bzw. Land etc. -- wodurch aus einer emanzipatorischen Perspektive heraus das Bedürfnis entstand, ein übergreifendes Projekt zu formulieren, welches es ermöglichte diese Kämpfe gemeinsam artikulieren zu können, ohne dabei eine Gruppe und die Institutionen des Sozialen (des Staats, der Zivilgesellschaft, des Rechts, der Produktion etc.), auf die sie sich beziehen, vor einer anderen ontologisch zu privilegieren (Critchley/Marchart 2004: 3).

»Radikal« bezieht sich dabei auf das Ziel der Ausweitung egalitärer Effekte in immer weiteren Bereichen des Sozialen, als Teil eines Projekts der Demokratisierung. Die Kategorie »Plural« spielt wiederum auf die Anerkennung der »relative autonomy of the demands of different groups« an, welche zur Ausweitung ihrer emanzipatorischen Kämpfe jedoch über die Bildung von Äquivalenzketten in »a larger common movement«, im gramscianischen Sinne als Kollektivwillen, artikuliert werden müssen (Critchley/Marchart 2004: 3f). Diese »demokratische Äquivalenz« ist insofern immer auch hegemonial, da die Konstruktion dieses »Kollektivwillens« die Identitäten der verschiedenen

Gruppen so verändert, »dass die Forderungen jeder einzelnen Gruppe mit jenen der anderen äquivalent artikuliert werden – in Marx Worten, »daß die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller sein sollte.« (Laclau/Mouffe 2015: 222f) Die Verteidigung der Interessen einer Gruppe kann so niemals auf Lasten einer anderen gehen und muss sich deshalb als Äquivalenz zwischen verschiedenen Kämpfen artikulieren. Nur so können »Kämpfe gegen die Macht wirklich demokratisch und [...] Forderungen nach Rechten nicht auf der Basis einer individualistischen Problematik vorgebracht [werden], sondern mit Respekt gegenüber den Gleichheitsrechten anderer untergeordneter Gruppen.« (ebd.: 222f)

Dieses Streben nach Gleichheit durch die Logik der Äquivalenz ist jedoch aufgrund der Ungleichheit des Gesellschaftlichen und den sich daraus ergebenden Forderungen nach Freiheit und der damit verbundenen Logik der Autonomie begrenzt. Es kann deshalb keine »totale Äquivalenz« geben. Damit eine radikale Demokratisierung plural sein kann, werden die Forderungen nach Gleichheit demnach immer auch durch die Forderungen nach Freiheit ausgeglichen werden müssen (ebd.: 223). Pluralismus ist damit als ein wichtiger Teil radikaler Demokratie zu betrachten und verbindet sich deshalb mit dem ethischen Prinzip des Liberalismus, die Freiheit des Individuums zur Verwirklichung seiner menschlichen Fähigkeiten zu verteidigen. Diese Dimension der Freiheit ist damit konstitutiv für jedes demokratisch-emanzipatorische Projekt, verweigert sich jedoch seinen »holistischen Exzessen«, wie Laclau und Mouffe betonen. Im Mittelpunkt ihrer Theorie steht nicht die Verteidigung eines Individuums, welches unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen existiert, sondern vielmehr die Herausbildung eines »anderen Individuums«, das sich im Kontext der sozialen Verhältnisse definiert (ebd.: 223). Forderungen nach Freiheit dürfen deshalb nicht mit der Verteidigung eines radikalen Individualismus verwechselt werden, denn individuelle Rechte können niemals isoliert definiert werden, da die Frage von Rechten immer auch andere Subjekte, die am selben sozialen Verhältnis teilnehmen, betrifft. Die Freiheit, ein spezifisches individuelles Recht zu haben, kann daher nur vor dem Hintergrund existieren, dass dieses Recht die Existenz gleicher Rechte für andere voraussetzt und die Rechte damit kollektiv wahrgenommen werden können (ebd.: 223).

Das Plurale der radikalen Demokratie bezieht sich zudem auf die Pluralität der Räume, die für die verschiedenen sozialen Verhältnisse von Bedeutung sind. Diese Räume – Weltordnungen, gesellschaftliche Naturverhältnisse, Produktion, Bürgerrecht, Bildungs- und Lehr-Lernverhältnisse, Nachbarschaft, Paare, Familien etc. – können stark voneinander differenzieren und erfordern je nach den in ihnen wirkenden Verhältnissen unterschiedliche Formen von Demokratie. Die Organisationsformen der Demokratie sollten deshalb ebenso plural sein und müssen den jeweiligen sozialen Räumen angepasst werden. Demokratische Rechte in einem radikaldemokratischen Projekt können deshalb in ihrer Ausdehnung vor keinem Bereich – Multilateralismus, Bildung, Ökonomie, Geschlecht, Sexualität, Ökologie etc. – halt machen, weil die Rechte der sozialen Agent*innen auf Gleichheit und Mitbestimmung hier nicht nur auf das traditionelle Feld des »Bürger*innenrechts« beschränkt bleiben, sondern eben auch in allen Bereichen der sozialen Verhältnisse, von denen das Individuum bzw. eine Gruppe betroffen ist, wirksam werden (ebd.: 224).

Die Unvereinbarkeit zwischen Äquivalenz und Autonomie verschwindet, weil es sich bei den beiden nicht um die Grundlagen einer sozialen Ordnung handelt, sondern sie soziale Logiken darstellen, »die in unterschiedlichem Maße in die Konstitution jeder sozialen Identität intervenieren und ihre jeweiligen Effekte beschränken.« (ebd.: 221f) Das ist möglich, weil beiden Logiken nicht ein geschlossener politischer Raum zugrunde liegt, sondern ihr gemeinsamer Zusammenhang bildet die demokratische Gesellschaft als Horizont und stellt somit das Terrain dar, auf dem sich das Soziale instituiert. Der Ort der Macht ist hier im Anschluss an Claude Lefort als eine Leerstelle zu verstehen, um die gestritten werden muss und für die es niemals eine substantielle Einheit (ein politisches Organ) geben kann, die diese Einheit für alle und alles repräsentiert. Identität ist in radikal-demokratischer Perspektive damit niemals endgültig festgelegt, sondern bleibt damit etwas zutiefst latentes und prekäres (ebd.: 221–226). Demokratie wird bei Laclau und Mouffe also als ein Verhältnis zwischen sozialen Agent*innen gedacht, deren wechselseitige Beziehungen immer schon von Macht durchdrungen sind und die deshalb nicht anders können, als die Begrenzung ihrer Ansprüche durch Andere von vornherein zu akzeptieren. Aus diesem Grund kann es aber auch kein Machtgleichgewicht geben, da dies gleichbedeutend mit der Abwesenheit von Macht wäre und es damit zum Erliegen der Auseinandersetzungen um die leere Stelle des Ortes mit etwas mehr Macht, die für demokratische Gesellschaften notwendig ist, kommen würde. Den sozialen Agent*innen bleibt also nur, mithilfe der Logiken der Äquivalenz oder Differenz um Hegemonie zu ringen (ebd.: 28f). Solch eine Erfahrung von Demokratie hat keinen Endpunkt – ist immer *à venir* wie Derrida sagen würde – und hat deshalb zu akzeptieren, Artikulationen ständig neu zu schaffen und auszuhandeln, da kein endgültiges Gleichgewicht jemals erreicht werden kann (Laclau/Mouffe 2015: 29).

Ein weiterer Punkt den Laclau und Mouffe anmerken, ist, dass die Logik der Demokratie allein nicht ausreicht, um ein hegemoniales Projekt zu verwirklichen, da die Logik der Demokratie nur eine »Logik der Eliminierung der Verhältnisse der Unterordnung und Ungleichheit ist.« Neben diesem subversiven Moment der Logik der Demokratie braucht es jedoch ebenso »das positive Moment der Institution des Sozialen.« (ebd.: 228) Beide Momente stehen also in einem Wechselverhältnis zueinander, wobei eine Einheit zwischen beiden nur durch die Konstruktion eines Knotenpunktes, einer hegemonialen Fixierung hergestellt werden kann. Solch eine Form der Einheit kann jedoch nicht aus einer »anthropologischen Grundlage« bestehen, sondern ist letztlich immer ein Resultat eines kontingenten Artikulationsprozesses (ebd.: 228). Wenn ein Projekt hegemonial werden will, muss es deshalb Vorschläge für die positive Organisation des Sozialen geben, ohne diese als endgültig zu betrachten. Beide Momente lassen sich deshalb auch als die Differenz zweier unterschiedlicher Strategien beschreiben, wobei erstere als »Strategie der Opposition« und letztere als »Strategie der Konstruktion einer neuen Ordnung« bezeichnet werden könnte. Zwischen beiden herrscht eine ständige Spannung, jedoch hätte in einer hegemonialen Situation »die Verwaltung der Positivität des Sozialen und die Artikulation der verschiedenen demokratischen Forderungen ein Höchstmaß an Integration erreicht.« (ebd.: 228f) In einer entgegengesetzten Situation, in der durch antagonistische Kräfte jede Stabilität des Systems aufgelöst wäre, müssten wir von einer »organischen Krise« sprechen. Für Laclau und Mouffe kann ein demokratisches Projekt,

welches auf radikale und plurale Weise umfangreiche Emanzipation(en) ermöglichen möchte

»nicht in der Behauptung einer Reihe von anti-systemischen Forderungen, von Positionen der Marginalität aus bestehen; es muss sich im Gegenteil auf die Suche nach einem Ort des Gleichgewichts zwischen einem maximalen Voranbringen der demokratischen Revolution⁴⁸ in möglichst vielen Bereichen und der Fähigkeit zur hegemonialen Führung und zur positiven Rekonstruktion dieser Bereiche seitens der untergeordneten Gruppen stützen.« (ebd.: 229)

Das Projekt verfolgt damit keinen Mythos der »idealen Ordnung«, sondern versucht »dieses Moment der Spannung, der Offenheit, das dem Gesellschaftlichen [und auch jeder Identität] seinen grundlegend unvollständigen und prekären Charakter gibt, zu institutionalisieren.« (ebd.: 230)

Von diesem Punkt aus haben Laclau und Mouffe beide auf unterschiedliche Art und Weise an der Weiterentwicklung des Projekts gearbeitet. Laclau führte die Debatte um das Projekt bspw. bezüglich ihrer Beziehung zur Geschichte des Sozialismus, der Tradition der Emanzipation sowie die für sie spezifische Beziehung zwischen Partikularismus und Universalismus fort (Laclau 1990, 2013a; Butler/Laclau/Žižek 2013). Mouffe widmete sich in einer Vielzahl von Schriften vor allem in Auseinandersetzung mit den politischen Traditionen des Liberalismus, Kommunitarismus, dem Denken Carl Schmitts, den postpolitischen Visionen Ulrich Becks und Anthony Giddens sowie der Theorie der Multitude, der Ausarbeitung des Projekts der »radikalen und pluralen Demokratie« hin

48 Als »demokratische Revolution« bezeichnen Laclau und Mouffe jenen entscheidenden historischen Moment, den sie in der »Französischen Revolution« verorten, da sich seitdem die demokratischen Knotenpunkte Freiheit und Gleichheit als »Matrix des sozialen Imaginären« machtvoll mobilisierend durchsetzen konnten und seitdem die »Konstruktion des Politischen« wesentlich prägen. Damit ist für sie gleichermaßen das Ende einer vorherrschenden »politisch-theologischen Logik« eingeleitet worden, »in der die soziale Ordnung ihre Begründung im göttlichen Willen hatte.« (Laclau/Mouffe 2015: 191) Andererseits, so der Verfasser der Arbeit, sollte ihr Argument nicht so verstanden werden, als hätte es Bezüge auf die demokratischen Knotenpunkte *Freiheit* und *Gleichheit* nicht auch außerhalb des kolonialistischen Europas bereits längst gegeben. Nur konnten diese erst weltweit die notwendige Anerkennung finden, als diese im Zuge der »Französischen Revolution« im Zentrum des Kolonialismus und Imperialismus selbst, sich machtvoll durchsetzen konnten. Gerade Studien für den afrikanischen Kontinent haben gezeigt, dass demokratische Praktiken und Knotenpunkte in verschiedensten Varianten in den indigenen afrikanischen Staaten, welche den Missbrauch von Autorität verhinderten, längst vor der kolonialen Unterdrückung existierten. Wie die demokratischen Versuche in Europa, sollten jedoch auch diese nicht romantisiert werden, da sie ebenso Formen des Ausschlusses wie Elitismus und männliche Dominanz beinhalteten (Bradley 2005: 414ff; Bates 2010: 1134). So nennt Bradley hier u.a. als Beispiel eine Form des »Kommunalismus«, welcher sich in den »Dorfversammlungen« der Dörfer der *Igbo* und *Ibo* herausbildete und wo Themen gemeinsam diskutiert und entschieden wurden, ohne dabei das Individuum zu übergehen (Bradley 2005: 410f). Dabei ist nicht zu vergessen, dass die langwierige Kolonialherrschaft und ihre Überreste die demokratische soziale Imagination Afrikas und ihre Praktiken in vielerlei Graden blockiert haben. Trotz allem konnten hartnäckig alternative demokratische Praktiken auf dem Kontinent weiterhin bewahrt werden und aufkeimen, so Bradley (Bradley 2005: 428; Bates 2010: 1134f).

zu einem »agonistischen Pluralismus« und einem »agonistischen Konzept von Demokratie« (Mouffe 1992, 1999b, 2005b, 2005a, 2015, 2016a, 2016b). Wie Critchley und Marchart feststellen, haben Laclau und Mouffe mit am konsequentesten, ein umfassendes politisches Projekt der Emanzipation(en) seit dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen ausbuchstabiert (Critchley/Marchart 2004: 3).

Im Anschluss an die theoretischen Prämissen ihrer Diskurstheorie, welche die notwendige Unauslöschlichkeit der Dimensionen von Macht und Antagonismen akzeptiert, die zur Formierung kollektiver Identitäten entscheidend sind, greift Chantal Mouffe in späteren Werken ihr angestrebtes Projekt einer »radikalen und pluralen Demokratie« auf und entwickelt es in Richtung eines »agonistischen Pluralismus« oder einer »agonistischen Demokratie« weiter. Dies ist als ein alternatives Modell der Demokratie für die Bewältigung der Aufgaben, die im Zuge der gegenwärtig globalisierten Gesellschaften aufkommen, zu verstehen, ohne dabei die Bedingungen der Demokratie zu gefährden (Mouffe 2007: 43f). Indem sie die Dimension des potenziell konflikthaften anerkennt, die allen Praktiken, Diskursen, Institutionen die menschliches Zusammenleben organisieren, innewohnt, gelingt es ihr die Frage nach Demokratie und demokratischem Handeln neu zu formulieren. Demokratie besteht demzufolge bei ihr nicht darin, »Feindseligkeit zu domestizieren und den potenziellen Antagonismus, der die menschlichen Beziehungen durchdringt, zu entschärfen«, sondern sich der Frage zu widmen, wie etwas kollektiv Gemeinsames (eine Einheit) im Kontext von Konflikt und Diversität hervorgebracht werden kann (ebd.: 44f). *Agonistischer Pluralismus* verfolgt damit nicht einen »Konsens ohne jede Exklusion«. Zum einen, so Laclau und Mouffe, ist dies unmöglich und zum anderen benötigt die Schaffung eines »Wir« immer auch die Bestimmung der »Anderen«. Die von ihnen anvisierte Form demokratischen Handelns versucht demnach nicht die Unterscheidung zwischen »Wir« und »die Anderen« zu beseitigen, sondern versucht vielmehr die Form der Trennung auf eine neue Art zu ermöglichen, die mit pluralistischer Demokratie vereinbar ist. Es kann also nicht darum gehen Antagonismen auszuschalten, sondern in der unvermeidlichen konfliktiven Auseinandersetzung auf der Suche nach einem kollektiven »Wir« und »Sie«, den »Anderen« nicht als Feind zu betrachten, den es zu zerstören gilt, sondern als »Gegner«, dessen Ideen wir bekämpfen, dessen Recht, seine Ideen zu verteidigen, wir aber nicht in Frage stellen.« (ebd.: 45)

Die Kategorie des Gegners löscht damit nicht den Antagonismus aus, da seine gegnerische Position aufrecht erhalten wird. Der Gegner ist damit nicht nur ein Konkurrent, sondern vielmehr ein legitimer »Feind«, mit dem wir einen Konsens und eine Loyalität gegenüber den »ethisch-politischen Prinzipien« der Demokratie teilen, die ihre Grundlage bilden: *Freiheit* und *Gleichheit*. Der Dissens besteht jedoch darüber, welche *Bedeutung* diesen Prinzipien zukommt und über ihre Art der *Implementierung*. Dem mit diesem Dissens verbundenen unauslöschlichen Wertepluralismus ist nicht mit »rationalen Lösungen des Konflikts« beizukommen (Mouffe 2015: 103f). Ihm kann also nicht mit einer Auslöschung der antagonistischen Dimension begegnet werden, sondern sie kann nur »gezähmt« oder »sublimiert« werden, indem der Antagonismus auf eine »agonistische Weise »ausagiert« wird.« (Mouffe 2015: 139)

Laclau und Mouffe weisen mit ihrer Hervorhebung der antagonistischen Dimension in demokratischen Settings zudem auf die wichtige Rolle der Leidenschaften hin, die die von demokratischen Kämpfen dargestellten und ausgelösten Leidenschaften für

die Loyalität zu demokratischem Handeln spielen, denn nur verschiedene Formen von legitimen gegnerischen Positionen ermöglichen auch die affektive Bindung an demokratisch verfasste Auseinandersetzungen, da nur so ein »leidenschaftliche[s] Sich-entscheiden für ein Bezugssystem« entfacht werden kann (Wittgenstein 1984: 570 zit.n. Mouffe 2019: 155). Erst diese durch die Möglichkeit der Entscheidung entfachten Leidenschaften sind es, die die Identifikation mit demokratisch-verfassten Auseinandersetzungen und Handlungen erzeugen⁴⁹ (ebd.: 153ff). Gegnerische Positionen akzeptieren zu können verlangt also gleichermaßen eine radikale Veränderung unserer politischen Identität. D.h. nicht, dass nicht auch Kompromisse stattfinden können, jedoch sind diese nur als »temporäre Atempause in einer fortgesetzten Konfrontation« zu verstehen, wenn sie das Spiel demokratisch verfasster Beteiligung nicht aushebeln wollen. Aus der Perspektive des »agonistischen Pluralismus« liegt das Ziel demokratischen Handelns somit darin, Antagonismus in »Agonismus« zu transformieren, indem genügend »Kanäle bereitgestellt werden, durch die hindurch kollektive Leidenschaften Ausdruck in Bezug auf Themen finden können, die genug Identifikationsmöglichkeiten offenlassen, ohne den Opponenten als einen Feind zu konstruieren, sondern eben als Gegner.« (Mouffe 2015: 104)

Der Konsens über die »ethisch-politischen Prinzipien« ist damit in einer pluralistisch verstandenen Demokratie immer von konfligierenden Interpretationen abhängig, weshalb es sich stets nur um einen »konfliktorischen Konsens [sic!]« handeln kann. Dieser »konfliktorische Konsens [sic!]« ist das Terrain, auf dem sich die »agonistischen Konfrontationen unter Gegnern« entfalten, da bei einer Unterbindung der Konfrontationen durch die daraus resultierende »Apathie und Entfremdung« von Beteiligung der demokratische Prozess an sich gefährdet werden würde. Der »agonistische Pluralismus« weigert sich der Illusion eines »Konsens ohne Exklusion« stattzugeben, jedoch tritt er dafür ein, den Konsens durch demokratische Herausforderungen stets lebendig zu halten. Er tritt dafür ein in einem pluralistisch verfassten demokratischen Prozess »Dissens Raum zu geben und die Institutionen, in welchen er manifestiert werden kann zu stärken.« (Mouffe 2015: 105f)

Chantal Mouffe stellt in *Über das Politische* jedoch klar, dass Pluralismus in agonistischen Diskussionen wiederum nicht bedeutet, dass alle formulierten Forderungen als legitim akzeptiert werden müssen und dieser deshalb grenzenlos ist. Vielmehr muss zwischen Forderungen, die Teil einer agonistischen Diskussion sind, und denen, die von ihr ausgeschlossen werden müssen, unterschieden werden. Demokratische Prozesse können nur diejenigen Forderungen akzeptieren, die nicht die grundlegenden Institutionen zur Aufrechterhaltung demokratischer Prozesse in Frage stellen (Mouffe 2016b: 158). D.h. ein agonistisches Konzept von Demokratie kann nur diejenigen Forderungen akzeptieren, die, wie bereits erwähnt, einen »konfliktualen Konsens« über die »ethisch-politischen Werte der Freiheit und Gleichheit aller« teilen, jedoch zugleich dem Dissens

49 Ihrem Denken liegt hier die Zurückweisung einer essentialistischen Position zugrunde, »die spezifischen sozialen Akteuren bestimmte, vordefinierte Affekte zuweist.« (Mouffe 2019: 154) Vielmehr wollen sie im Anschluss an Freud, der Affekte als »qualitativen Ausdruck der Quantität der libidinösen Energien der Instinkte« begreift, den Punkt stark machen, dass »verschiedene Formen von Politik verschiedene affektive libidinöse Bindungen befördern können.« (ebd.: 154)

über die unterschiedliche Interpretation dieser Werte offen gegenüber stehen. Es geht also nicht darum »alle Differenzen in sich auf[zunehmen und alle Formen der Exklusion überwinden zu können«, sondern darum die *Grenzen des Pluralismus* anhand einer Trennlinie zu bestimmen zwischen denen, die die »[ethisch-politischen Prinzipien] offen ablehnen und denen, die sie akzeptieren, aber für widerstreitende Interpretationen kämpfen.« (ebd.: 158) Das Entscheidende ist hier nicht ein »Konsens ohne Exklusion«, sondern eine politisch und nicht moralisch begründete Exklusion bestimmter Forderungen zur Ermöglichung des Spiels zur Ausweitung von Demokratisierung.⁵⁰ D.h. jedoch auch, dass ebenso das »Ziehen einer Trennlinie zwischen dem Legitimen und Illegitimen« stets offen für kontroverse Diskussionen sein muss, da diese Trennlinie selbst eine Konsequenz politischer Entscheidung ist (ebd.: 158f).

Dem Projekt der radikalen und pluralen Demokratie in seiner agonistischen Dimension folgend besteht demnach die Herausforderung beim Erlangen einer *demokratischen Hegemonie* darin, nicht den Wir/Sie-Gegensatz zu überwinden, sondern dem Gegensatz eine neue Gestalt zu geben, sodass die politischen Leidenschaften für demokratische Zwecke fruchtbar gemacht und kollektive Identifikationsmöglichkeiten um demokratische Ziele geschaffen werden (Mouffe 2016a: 31f). Eine Strategie zur Vertiefung der Demokratie muss dabei auf die Bündelung demokratischer Forderungen in einen kollektiven Willen zielen, damit ein »Wir« konstruiert werden kann (die Konstruktion eines kollektiven Subjekts), das sich im Rahmen gemeinsam bindender ethisch-politischer Prinzipien jenem Gegner bzw. jenen Kräften entgegenstellt, die im Wesentlichen strukturell die Realisierung der Ausweitung von Freiheit und Gleichheit in immer weiteren Bereichen der Gesellschaft blockieren. Laclau und Mouffe sehen dies als einen unausweichlichen Schritt, um eine neue demokratischere hegemoniale Formation hervorzubringen, ohne sich dabei von den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit aller zu verabschieden (Mouffe 2018: 35, 92f).

Um gegen bestimmte Formen der Unterordnung anzugehen, ist das alleinige Vorhandensein (Präsenz) von Unterordnung nicht genug. Aus den Unterordnungsverhältnissen selbst lässt sich kein Raum für Antagonismus entwickeln, sondern es bedarf dazu immer der Präsenz eines diskursiven »Außens«, womit die Verhältnisse der Unterordnung unterbrochen werden können (Mouffe 2018: 54). Zur Errichtung einer neuen demokratischen hegemonialen Ordnung im Rahmen der ethisch-politischen Prinzipien ist deshalb die Konstruktion einer »Frontlinie« (antagonistischen Grenze) unvermeidlich. Jedoch muss diese Linie im Sinne des »agonistischen Pluralismus« auf ethisch-politische Weise so gezogen werden, dass sie den Gegner schließlich nur als legitimen Feind

50 Mouffe verweist deshalb darauf, grob zwischen zwei Typen von Forderungen zu unterscheiden: Erstens denjenigen Forderungen, bei deren Erfüllung nicht der elementare Rahmen für die Freiheit und Gleichheit aller zerstört wird, und zweitens denen, bei deren Erfüllung dieser Rahmen nicht mehr gewährleistet werden kann. Letzteres wäre z.B. der Fall bei Forderungen, welche nach der Einsetzung verschiedener Rechtssysteme innerhalb einer demokratischen Gemeinschaft verlangen würden, die jeweils dem ethnischen Ursprung oder den religiösen Überzeugungen von Gruppierungen entsprechen müssten. Die notwendige Bindung an gemeinsame ethisch-politische Prinzipien innerhalb eines demokratischen Raums wäre bei Forderungen, bei deren Erfüllung der elementare Rahmen für die Freiheit und Gleichheit aller zerstört wird nicht mehr gegeben und deshalb zu problematisieren (Mouffe 2016b: 159ff).

ansieht, ihn jedoch nicht am Ende zerstören will. Was diese Frontlinie aus einer neuen demokratischen Hegemonie auszuschließen versucht, ist die strukturelle Blockade der Ausweitung von Demokratisierungstendenzen in immer weiteren Bereichen durch bestimmte Kräfte des Sozialen. Das »Wir«, welches es braucht, um die Kräfte der strukturellen Blockierung von Demokratisierung in verschiedensten Bereichen auszuschließen, ist kein*e empirische*r Referent*in oder eine soziologische Kategorie, sondern ist das Resultat der diskursiven Konstruktion einer »Äquivalenzkette« zwischen heterogenen Forderungen, deren Einheit durch eine Identifikation mit den Vorstellungen eines radikalen und pluralen demokratischen Projekts hergestellt werden muss, um so die gemeinsame Opposition gegen die Kräfte der strukturellen Blockierung in demokratischer Perspektive sicherzustellen.⁵¹ Es handelt sich hierbei nicht um ein vorgefertigtes Programm, sondern vielmehr um eine konkrete Strategie zur Errichtung einer demokratisch konstruierten »Frontlinie« zur Vertiefung von Demokratisierung (ebd.: 92f). Das Ziel einer radikaldemokratischen Strategie ist damit nicht die Konstruktion eines essentialistischen Referenten des Kampfes, sondern die Auflösung bestimmter Formen von Unterordnungsverhältnissen durch Demokratisierung immer weiterer Bereiche, die die Verkettung heterogener Forderungen durch Äquivalenzen effektiv nutzt, um ihr Ziel zu erreichen (Mouffe 2005b: 87f).

Laclau hebt bezüglich effektiver radikaldemokratischer Interventionen dazu explizit Forderungen hervor, die umfassender sind als diejenigen, die nur die Identität einer separaten Gruppe – seine Ausführung bezieht sich hierbei auf ethnische Gruppen – präsentieren. Solcherlei umfassende Forderungen ermöglichen es Identitäten zu konstruieren, die sich durch eine Pluralität verschiedenster Identitätskonstruktionen – z.B. ethnischer, sexueller, klassenbezogener – hindurchziehen (Laclau 2018: 198). Solch eine Strategie wird zudem in gegenwärtigen Gesellschaften in Zeiten der Globalisierung zunehmend wichtiger, da wir es nicht nur mit Nebeneinanderstellungen separater Gruppen zu tun haben, sondern auch mit einem multiplen Selbst, da die Identität von

51 Wie Chantal Mouffe in Bezug auf eine radikaldemokratische feministische Strategie ausführt, sollte deshalb die Formulierung von Forderungen nicht von der empirischen oder soziologischen Differenz – hier die sexuelle Differenz – ausgehen. D.h. partikuläre Politiken – hier feministische Politiken – sollten sich nicht als getrennt von allen anderen Politiken betrachten und deshalb nur das Interesse z.B. von »Frauen als Frauen« verfolgen, sondern feministische Ziele und Interessen sollten in diesem Sinne eine breitere Artikulation von Forderungen anstreben. Worum es ihr in einer solchen Strategie geht, ist, feministische Kämpfe nicht als die Forderung nach Gleichheit einer empirisch definierten Gruppe mit einer gemeinsamen Essenz und festen Identität zu verstehen – hier als Frauen –, sondern feministische Kampf derart zu konstruieren, dass sie sich als Kämpfe gegen die unterschiedlichsten Formen, in denen die Kategorie »Frau« als untergeordnet gedeutet wird, artikulieren. Es sollten deshalb auch alle Diskurse, Praktiken und sozialen Beziehungen transformiert werden, wo Unterordnungen der als »Frau« gedeuteten Menschen stattfinden. Es geht in einer radikaldemokratischen Perspektive feministischer Politik also nicht darum eine »wahre Essenz der Weiblichkeit« respektive eine soziologische Kategorie der »Frau« zu stärken, sondern die vielfachen Möglichkeiten des Verständnisses der Unterordnung von »Weiblichkeit«, der Kategorie »Frau«, von »Gender«, »Queer« etc. sichtbar zu machen. Dies hat unweigerlich zur Folge, auch die Pluralität der Positionen feministischer Politiken anzuerkennen. Erst durch die Verweigerung sich auf eine apriorische »Essenz« zu beziehen, kann, so Mouffe, ein effektiver feministischer Kampf für die Gleichheit aller entstehen (Mouffe 2005b: 87f).

Menschen ebenso aus einer Pluralität an Subjektpositionen zusammengesetzt ist. Genau aus diesem Grund können Forderungen, welche Teil einer Äquivalenzkette werden, unterschiedliche Grade der Universalität besitzen oder anders gesagt unterschiedlich umfassend sein, wodurch temporär fixierte Hegemonie überhaupt erst möglich ist. Laclau stellt zudem im Unterschied zu Habermas klar, dass sich umfassende nach hegemonialer Universalität strebende Forderungen sowohl auf die Substanz (Institutionen, Normen, Regeln) als auch die Prozesse des Sozialen (z.B. welche Form der Demokratie in welchem Bereich) beziehen können (Laclau 2018: 199).

Die Konstruktion des »Wir« durch Äquivalenzketten bedeutet dabei nicht, dass »alle Unterschiede zu einer Einheit eingedampft« werden, vielmehr findet der Prozess der Artikulation heterogener Forderungen in einer Äquivalenzkette in einer Weise statt, die die Differenzierung innerhalb des »Wir« intakt lässt (Mouffe 2018: 75). Jede einzelne Forderung muss, wie Laclau betont, als in sich selbst konstitutiv gespalten begriffen werden, da sie zum einen eine Forderung ist, die sich als ihr eigenes partikularisiertes Selbst zeigt – z.B. die Forderung nach besserem Nahverkehr, Wasserversorgung, mehr Sicherheit, Wohnraum etc. innerhalb einer Nachbarschaft. Zum anderen verweist jede einzelne Forderung wiederum durch Äquivalenzbeziehungen auf die Gesamtheit der anderen Forderungen, da sie alle durch den Fakt der Unerfülltheit gemeinsam *eine negative Dimension teilen*, die über ihre positiv bestimmbare Differenz hinaus weist (Laclau 2005: 37). Äquivalenzbeziehungen sind deshalb, wie Laclau und Mouffe klar herausstellen, »keine Beziehung, bei der alle Differenzen zu einer Einheit verschmelzen, sondern in der die Unterschiede lebendig bleiben. Würden die Unterschiede eingeebnet, hätten wir es nicht mit Äquivalenz, sondern schlichter Gleichsetzung zu tun.« (Mouffe 2018: 75) Laclau formuliert es deshalb an einer anderen Stelle auch wie folgt: »Equivalences can weaken, but they cannot domesticate differences.« (Laclau 2018: 79) Ist es das Ziel Forderungen nach der Vertiefung von Demokratisierung in unterschiedlichen Bereichen hegemonial durchzusetzen, darf die politische Dimension – die Bestimmung von welchen oppositionellen Kräften all diese Forderungen negiert werden – nicht vernachlässigt werden, da nur so ihre gemeinsame, nämlich negative Dimension des gemeinsam Untergeordnet-seins, herausgestellt werden kann.

4.5.2 Die ethisch-politische Perspektive radikaler und pluraler Demokratie

In den letzten Jahren haben einige Autor*innen kritisiert, dass die Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe nicht genügend normative Maßstäbe bereit stelle, um zwischen wünschenswerten und abzulehnenden Hegemonien zu unterscheiden. Deshalb ist insbesondere durch Simon Critchley der Vorschlag vorgebracht worden, »die Hegemonietheorie mit der levinasschen Ethik zu verknüpfen, welche die unbedingte Verpflichtung gegenüber dem Anderen ins Zentrum rückt.« (Nonhoff 2010: 53) Jedoch sprechen sich Laclau und Mouffe gegen einen Schritt hin zu einer »subtanzialistischen Ethik« als Kompass in ihrer Hegemonietheorie aus (ebd.: 53). Dies begründen sie im Rückgriff auf Derrida, der bereits herausgearbeitet hat, dass es kein Moment politischer Entscheidung und ethischer Verantwortung (denn auch Verantwortung zu übernehmen – auf den Anderen zu antworten – setzt eine Entscheidung voraus) geben kann, ohne auf das Moment der Unentscheidbarkeit zu stoßen. Eine Entscheidung für eine bestimmte Alternative kann

niemals von dem Moment befreien, sie zu Ungunsten einer anderen getroffen zu haben – dies bleibt ein politisches und ethisches Dilemma. Da die Unentscheidbarkeit in jeder Entscheidung fortlebt, haben wir es bei jeder Entscheidung mit einem »hyperpolitisierenden« Moment zu tun, das uns nicht loslässt, weshalb sich eine pluralistische Demokratie »im Kommen« der konzeptuellen Unmöglichkeit von Demokratie stellen und sich in diesem Sinne auch konzipieren muss: D.h. unter der Herausforderung, dass vollkommene Gerechtigkeit und Harmonie immer unerreichbar bleiben (Mouffe 2015: 130ff).

Hinzu kommt, dass »das Ethische« in der Theorie von Laclau und Mouffe als das Moment des Universalen einer Gemeinschaft verstanden wird. Jedoch kann sich dieses Universale in der Gemeinschaft auf das das Ethische abzielt, nur in einer konkreten normativen Ordnung verwirklichen. Laclau spricht deshalb in diesem Zusammenhang vielmehr von einem »Ethischen Impuls der Universalität«, der von dem Moment des Universalen einer Gemeinschaft ausgeht und in eine normative Ordnung übersetzt werden muss. Konkrete Normen können damit nur das Resultat eines »anhaltenden Verhandlungsprozesses zwischen einer immer schon bestehenden normativen Ordnung und dem ethischen Impuls der Universalität« sein (Nonhoff 2010: 53). Der Vorgang der Verhandlung, der von einem »ethischen Impuls« angestoßen wird, muss deshalb als »ethisches Investment« bzw. »radikales Investment« aufgefasst werden und nicht als eine unkontaminierte substanzialistische Ethik (ebd.: 53). Laclau und Mouffe weisen deshalb daraufhin, dass es für eine Pluralistische Demokratie keine Möglichkeit gibt die irreduzible Spannung zwischen Gleichheit und Freiheit, Ethik (wie z.B. die Menschenrechte) und politischer Logik – die widersprüchlichen Tendenzen innerhalb jeglichen sozialen Austauschs, welche stets Antagonismen und Dislokation zum Effekt haben und damit auch die Erzeugung von Frontlinien – aufzulösen, sondern diese mitsamt der Gewalt anzuerkennen, die sie mit sich bringt, um diese in Richtung einer agonistischen Auseinandersetzung auszuagieren. Dieses demokratische Paradox gilt es Laclau und Mouffe nach in einer radikaldemokratischen Perspektive anzuerkennen und nicht der »Illusion einer möglichen Versöhnung zwischen Ethik und Politik« zu verfallen. Hingegen erfordert eine radikaldemokratische Perspektive mit der »nie endenden Befragung des Politischen durch das Ethische« mit all den spannungsvollen Konsequenzen eines unversöhnlichen Spannungsverhältnisses klarzukommen (Mouffe 2015: 130ff). Die einzige ethische Perspektive, die einer agonistischen Demokratie demnach zur Verfügung steht, so Mouffe, ist eine an Jaques Lacan und seine »Ethik der Psychoanalyse« anschließende, die das »Gute als solches« verneint und die »Unfähigkeit in der Beherrschung der zentralen Unmöglichkeit« – eine niemals erreichbare Harmonie, den konstitutiven Mangel – anerkennt. Eine ethisch-demokratische Strategie kann hiernach nur die symbolische Anerkennung der Irreduzibilität dieser Unmöglichkeit sein (ebd.: 132ff).

Laclau und Mouffe sind in diesem Sinne nicht bereit normative Maßstäbe festzulegen, aus denen sich »bessere« und »schlechtere« Hegemonien entnehmen lassen. Vielmehr sind diese weiterhin als ein Resultat des Spannungsverhältnisses zwischen »historisch-sozial gegebenen Sets an Normen« und dem Ethischen – und dem daraus möglicherweise erwachsenen Investment – zu betrachten. Obwohl sich dieses Spannungsverhältnis zwischen dem Ethischen und Normativen aufgrund der ontologischen Möglichkeit einer Schließung nicht auflösen lässt, leiten sie daraus noch keine normative Forderung ab, Schließungsversuche zu verhindern, denn das bleibt ganz davon abhän-

gig, wie die Hegemonie – der leere Signifikant einer Gemeinschaft (sei es Demokratie oder Gerechtigkeit etc.) – besetzt wird (Nonhoff 2010: 53f). Eine Gemeinschaft, die sich wiederum bemüht demokratisch zu sein, wird deshalb nach Möglichkeit versuchen »das Moment der Artikulation zwischen der Partikularität der normativen Ordnung und der Universalität des ethischen Moments stets offen und unentschieden zu lassen.« (Laclau 2013c: 110) In einer demokratischen Gemeinschaft kann deshalb auch kein Platz sein, für diejenigen Kräfte die einer solchen institutionalisierten Offenheit entgegen stehen wie z.B. absolutistische oder totalitäre Kräfte. Für die Radikalisierung von Demokratie ist eine Offenheit und Unentschiedenheit gegenüber bereits gegebenen historischen Akteur*innen jedoch noch nicht genug, denn für eine Ausweitung der Demokratisierung bedarf es der Einbeziehung von sozialen Akteur*innen in die historisch institutionalisierte normative Ordnung, die bisher von ihr ausgeschlossen waren, weshalb Laclau sagen kann: »Democracy is only radical if it involves an effort to give political voice to the underdog« (Laclau 2004: 295), da es sich sonst laut Laclau nicht mehr um kontingente, politische Transformationsprozesse handeln würde, sondern um bereits vorher determinierte binäre Oppositions- oder dialektische Synthesebildung, was zu unverrückbaren politischen Grenzen führen würde, was retrospektiv in der Betrachtung der Geschichte politischer Kämpfe nicht zu beobachten ist (Laclau 2018: 139ff). Wie Nonhoff bemerkt, verweist Laclau damit zumindest auf die Ressource, die uns zur Verfügung steht, um eine etablierte sedimentierte Ordnung in Frage zu stellen: auf den Anspruch, dass die bestehende Ordnung unserem »Denken von Universalität nicht genügt.« (Nonhoff 2010: 54)

Das Projekt radikaler und pluraler Demokratie bildet so gesehen einen deskriptiven Rahmen des Denkens, dessen Ethik allein darin besteht, den konstitutiven Mangel bzw. die Ungleichheit jeglicher sozialer Ordnung in den Mittelpunkt zu rücken, woraus ein möglicher ethischer Impuls erwachsen kann, der jedoch radikaldemokratisch gesehen nicht aus einer unkontaminierten substanzialistischen Ethik im Sinne einer Verpflichtung erwachsen kann, sondern nur mithilfe der Dimension des Affekts. Die affektive Dimension in dem beschreibbar gemachten Denken von einer radikalen und pluralen Demokratie ist es, welche die Antriebskraft für die Bemühung [investment] um eine vollkommene soziale Ordnung beinhaltet, da die bestehende Ordnung diesem Anspruch des Denkens (von Universalität) und seiner darin verhandelten irreduziblen Spannung zwischen Gleichheit und Freiheit niemals genügen kann, weshalb Hegemonien stets herausgefordert bleiben müssen und Kompromisse nichts anderes sein können als eine »temporäre Atempause in einer fortgesetzten Konfrontation« (Mouffe 2015: 104). Ein Bemühen um das Projekt der radikalen und pluralen Demokratie umfasst deshalb immer das Bemühen um eine Gemeinschaft, die die Auseinandersetzungen um Hegemonie stets offen und unentschieden lässt. Die Öffnung der hegemonialen Ordnung gegenüber dem (subalternen/heterogenen) Anderen erwächst damit im Anschluss an die Perspektive der radikalen und pluralen Demokratie, nicht allein wie an Levinas anschließende ethische Begründungen aus einer unbedingten Verpflichtung, welche sich aus einer unkontaminierten substanzialistischen Ethik speist, sondern bedarf ebenso der Antriebskraft durch Affekte, welche nur durch politische Signifikations- und Artikulationsprozesse machtvoll auf breiter gesellschaftlicher Ebene entfacht werden können.

